



MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Ukraine und die Europäische Union.
Vorteile und Nachteile der Integration.

Verfasserin

Tetyana Antonishena

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (M.A.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Gernot Stimmer

Meinen Eltern

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Abkürzungsverzeichnis	3
1 Einleitung	5
1.1 Vorwort.....	5
1.2 Konzeptioneller Rahmen.....	8
1.3 Forschungsfrage.....	10
1.4 Theoretische Hintergründe.....	10
1.4.1 Neofunktionalismus als theoretischer Ansatz (nach Ernst Bernard Haas).....	11
1.4.2 Regionale Integration (nach Béla Alexander Balassa).....	15
1.4.3 Negative und positive Integration (nach Jan Tinbergen/Fritz W. Scharpf).....	18
1.4.4 Hypothesen	20
2 Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU	22
2.1 Östliche Partnerschaft.....	22
2.2 Politische Analyse der Beziehungen.....	26
2.2.1 Erste Schritte der unabhängigen Ukraine	26
2.2.2 Die Kutschma Ära	28
2.2.3 Juschtschenko Ära	32
2.2.4 Die Janukovich Ära	36
2.3 Analyse der wirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine.....	40
2.3.1 Krise 1990-er Jahren.....	41
2.3.2 Investitionstätigkeit zwischen 2000-2013 Jahren.....	43
2.3.3 Wirtschaft und Handel zwischen 2000-2013 Jahren	48
2.3.4 Investitionszusammenarbeit in Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise	52
3 Positive Folgen der Integration für die Ukraine	59
3.1 Politische Vorteile	59
3.1.1 Europäische kollektive Sicherheit	59
3.1.2 Stabilität des politischen Systems.....	61
3.2 Wirtschaftliche Vorteile.....	63
3.2.1 Makroökonomische Sicherheit	63
3.2.2 Zusätzliche Investitionen in die Ukrainische Wirtschaft.....	66
3.2.3 Unterstützung der Landwirtschaft	69
3.2.4 Das Erhalten des positiven Saldos des Handelsgleichgewichts	71
3.2.5 Sicherstellung der Entwicklung in der mittleren und kleinen	75
Wirtschaft	75
3.2.6 Einführung von EU Standards im Energiesektor der Ukraine.....	80

4	Negative Folgen der Integration für die Ukraine	85
4.1	<i>Politische Nachteile</i>	85
4.1.1	Teilweiser Verlust der Souveränität	85
4.1.2	EU Unsicherheit in der Strategie der Entwicklung.....	86
4.1.3	Verschlechterung der Beziehungen zu Russland und GUS-Staaten.....	88
4.2	<i>Wirtschaftliche Nachteile</i>	90
4.2.1	Wettbewerbsverlust in bestimmten Branchen	90
4.2.2	Komplizierte Umstellung auf die europäische Preissetzung	92
5	Mögliche Vorteile und Risiken für die EU	94
5.1	<i>Mögliche Vorteile</i>	94
5.1.1	Ein großer Markt mit geringer Kaufkraft	94
5.1.2	Energieversorgung.....	96
5.1.3	Ein relativ rohstoffreiches Land	98
5.1.4	Sicherung der Welternährung.....	100
5.1.5	Gemeinsame Projekte	102
5.2	<i>Mögliche Risiken</i>	104
5.2.1	Das Problem der wirtschaftlichen Regulierung der Integration der Ukraine in der EU.....	104
5.2.2	Das Problem der Massenauswanderung aus der Ukraine in die EU-Länder.....	105
5.2.3	Problem „Tschernobyl“	106
6	Fazit.....	109
7	Quellenverzeichnis.....	113
7.1	<i>Literaturverzeichnis</i>	113
7.2	<i>Graphiken- und Tabellenverzeichnis</i>	127
8	Anhang.....	129
8.1	<i>Abstract Deutsch</i>	129
8.2	<i>Abstract Englisch</i>	130
8.3	<i>Eidesstattliche Erklärung</i>	132
8.4	<i>Curriculum Vitae</i>	134

Abkürzungsverzeichnis

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
CIS	Community Innovation Surveys
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
CAP	Common Agricultural Policy
DAZ	Deutsches Agrarzentrum
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EIDHR	Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte
EurAsEC	Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft
EUROSTAT	Statistische Amt der Europäischen Union
EWR	Europäische Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GSVP	Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
IB	International Baccalaureate
IWF	International Monetary Fund
JHA	Justice and Home Affairs
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
MEDA	Mésures d'accompagnement financières et techniques
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OSCE	Organization for Security and Co-operation in Europe
PHARE	Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
SAA	Stabilisation and Association Agreement
SMWK	Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
WTO	World Trade Organisation

1 Einleitung

1.1 Vorwort

Nachdem die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangte, wurde sie sofort als eine eigenständige staatliche Einrichtung auf der europäischen Landkarte anerkannt. Die Ukraine ist der zweitgrößte Staat Europas nach Russland (nach Landfläche) und nimmt den sechsten Platz in der Bevölkerungsliste ein. Der Staat selbst befindet sich in der Mitte des europäischen Kontinents auf der Kreuzung der Handels-, Finanz-, Informations- und Energie Trakten.

Die Ukraine wird heutzutage oft in der internationalen Öffentlichkeit diskutiert. Ein bekannter Politologe Zbigniew Brzezinski identifizierte die Ukraine in seinem Werk „The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives“ als eine der wichtigen strategischen und geopolitischen Faktoren in der modernen Europa.¹ Ein amerikanischer Diplomat, Strobe Talbott charakterisierte die unabhängige Ukraine als eine entscheidende Phase in Europa nach den Zeiten des „Kalten Krieges“ und betonte ihre geopolitische Bedeutung.² Bezogen auf die oberen Aussagen, ist die Außenpolitik der Ukraine und Ihre Europäische Entscheidung vornehmlich aus dem Winkel der Realität der Gegenwart, sowie dem der historischen Traditionen zu betrachten.

Die modernen Tendenzen in der internationalen Entwicklung stellen neue Problemen und Herausforderungen für die Ukraine dar und verlangen somit eine rege und aktive Teilnahme Ihrerseits, die aber öfters ausbleibt. Die moderne internationale sozio-ökonomische Entwicklung weist besondere Merkmale auf, die durch rasche dynamische Entwicklungsprozesse in der EU und der übrigen Welt gekennzeichnet sind. Es ist auch zu beachten, dass auch Länder, die nicht Mitglieder in einer Vereinigung der Staaten sind, oder keiner internationalen Organisationen angehören, spüren die Auswirkungen dieser Gemeinschaften auf sich.

In Europa gehört die EU zu einem Staatenverbund. Die EU Expansion führte zu einer gemeinsamen Grenze mit der Ukraine. Diese Entwicklung öffnete neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU, die aber gleichzeitig auch eine Herausforderung für beide Seiten mit sich brachten.

¹ Brzezinski, Zbigniew: The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, Basic Books; 1998.

² Vgl. Butenko, Anatolij: Unsere Zukunft unserer Wahl; Kiew; 2001; S. 76.

Die Erneuerung der historisch bedingten ukrainischen Traditionen der europäischen Orientierung erfolgte mit der Erklärung der Unabhängigkeit der Ukraine. Aus diesem Grund wird die europäische Wahl der Ukraine³ als der sichtbare Faktor der Integration verstanden, der vor allem zur Unabhängigkeit, Sicherheit, Stabilität, Entwicklung und Wiederherstellung der Entität des Staates dient.⁴ Mit der Positionierung der Integration in die europäischen Strukturen als Hauptziel, erkennt die Ukraine, dass die westlichen Staaten eine wichtige Rolle im internationalen System der globalen und regionalen Prozesse der Integration spielen, insbesondere in den internationalen Organisationen und institutionellen Steuerungsmechanismen. Die mehrseitige Kooperation mit der EU weist auf die natürliche geopolitische Ausrichtung der integrativen Maßnahmen in der Ukraine.⁵

Die oben genannten Positionen verdeutlichen die **Bedeutsamkeit** des untersuchten Themas und beweisen die Strategien der EU in Bezug auf die Ukraine (Die EU Rat Tagung in Helsinki, Dezember 1999). Die Hauptthemen dieser Sitzung waren: die Bereitschaft der EU die Ukraine bei der Ausbau der demokratischen Gesellschaft zu unterstützen, die Entwicklung der gemeinsamen Wirtschaftsraumes, die Verbesserung der Finanz- und Gesundheitssystemen.

Die **Relevanz** dieser Arbeit besteht darin, dass die Notwendigkeit besteht, dass die Ukraine langsam aber verlässlich Ihr Wirtschaftssystem an die internationale Arbeitsteilung und internationale Integrationsprozesse anpassen soll. Die heutige Lage ist durch Prozesse der globalen Transformation in allen Ländern gekennzeichnet und führt zu einer Begriffsbestimmung der neuen Standards des 21. Jahrhunderts. Die Integration der Ukraine in die EU wird in der Zukunft eine große Bedeutung haben, da die Ukraine vermehrt die Tendenzen aufweist, die den Beitritt der Ukraine in das europäische sozio-ökonomischen System überhaupt möglich machen.

Das Hauptmerkmal der modernen sozio-ökonomischen Entwicklung ist die stürmische Dynamik der Integrationsprozesse auf der Welt und vor allem in Europa. Auch wenn bestimmte Länder nicht zu einer Integrationsunion gehören, spüren diese den Einfluss dieser Vereinigungen an sich selbst. In Europa wird die Europäische Union als solche integrationsorientierte Organisation anerkannt. Die Erweiterung der EU änderte die europäische Landkarte und

³ Beschluss des Präsidenten der Ukraine: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/n0001100-02>

⁴ Vgl. Poselskij, Wladimir: Erweiterung Union und die erweiterten Europa; Kiew; 2011; S.152-159.

⁵ Vgl. Poselskij, Wladimir: 2011; S. 178-183.

machte die Ukraine zu einem Nachbarsland der EU. Diese Veränderungen öffnen zahlreiche Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU, fordert aber gleichzeitig eine neue Art an Verantwortung seitens der Politik in der Ukraine und der EU.

Die nachfolgende Arbeit lässt sich in sechs Kapitel strukturieren:

Das erste Kapitel gibt einen allgemeinen Überblick über konzeptionelle Rahmen der Arbeit und stellt die wichtigsten Forschungsfragen, die Beantwortung dessen, den Untersuchungsgegenstand „Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU“ näher analysieren und erläutern sollen. Im Mittelpunkt des Kapitels stehen die Hypothesen, die als Zielausrichtung für diese Arbeit dienen und die Analyse des Untersuchungsgegenstands eingrenzen. Anschließend werden die theoretischen Ansätze aus dem Bereich Politikwissenschaft dargestellt, die als Basis für die Analyse und für die Untersuchung der formulierten Hypothesen herangezogen wurden.

Im zweiten Kapitel, welches die tatsächliche aktuelle Lage beschreibt, werden die Beziehungen zwischen die Ukraine und EU vorgestellt und deren Entwicklung seit der Unabhängigkeit Proklamation der Ukraine in 1991. Es werden die inhaltlichen Analysen der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen gegenübergestellt. Die zeitliche Abgrenzung der Analyse erfolgt durch die legislativen Regierungsperioden der Präsidenten der unabhängigen Ukraine und wird in vier Perioden aufgeteilt, die die wichtigsten Meilensteine in den Beziehungen als Anhaltspunkte für die Analyse heranziehen. Die Analyse der wirtschaftlichen Beziehungen konzentriert sich auf die Zusammenarbeit im Rahmen der Zollunionen und Bewältigung der Wirtschaftskrise 2008. Zusätzlich werden in diesem Abschnitt die Investitionstätigkeiten in der Ukraine beschrieben, die ausschlaggebend für die weitere Analysen sind.

Das dritte und vierte Kapitel beschreiben und analysieren die Vor- und Nachteile der Kooperation zwischen der Ukraine und der EU. Es werden vor allem die politischen und wirtschaftlichen Faktoren anvisiert und dessen Bedeutung für die Bevölkerung der EU und der Ukraine analysiert. Großteils wird die Sicherheit und Stabilität der wirtschaftlichen und politischen Systeme auf beiden Seiten untersucht.

Das anschließende fünfte Kapitel wird die EU-Interessen an der Ukraine behandeln. Es werden vor allem die Gefahren für die EU, die durch den Beitritt der Ukraine in die EU aufkom-

men, und die mit dem Beitritt verbundenen Hoffnungen und Erwartungen näher abgegrenzt. Gleichzeitig werden die Anreize, die für den Beitritt sprechen näher erläutert.

Das sechste abschließende Kapitel soll die wichtigsten Ergebnisse und Funde zusammenführen und damit einen Überblick über die gewonnenen Erkenntnisse verschaffen, die als ein Basis für die zukünftige Forschung weiterverwendet werden können, da die aktuelle Thematik der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU viele interessante Aspekte für die Forschung im Bereich Politikwissenschaft in sich birgt und als Untersuchungsgegenstand nicht unterlassen werden darf. Abschließend wird ein Fazit über das gesamte Thema dargelegt.

In dieser Arbeit werden die bedeutendsten Gedanken und Argumenten zu Gunsten der europäischen Integration der Ukraine untersucht, die aus der Perspektive der strategischen und taktischen Folgen solchen Beitritts erarbeitet werden.

1.2 Konzeptioneller Rahmen

Der **Forschungsgegenstand** dieser Arbeit ist die Analyse der mehrseitigen Kooperation zwischen der Ukraine und Länder der EU im Fall der Integration der Ukraine in die Europäische Gemeinschaft; die Untersuchung der kurz- und langfristigen Faktoren der Beeinflussung, die aus der Integrationsprozessen entstammen, auf die ukrainische Gesellschaft; Erkennung potenzieller Vorteile und Nachteile, sowie Chancen und Gefahren im Fall des Beitritts in die EU.

Im Einklang mit dem **Zweck** dieser Arbeit lassen sich folgende Ziele bestimmen:

- Laufende Beziehungen zwischen der Ukraine und Länder der EU charakterisieren und deren Zustand beschreiben
- Die aktuellen Umsätze durch Außenhandel mit der EU beschreiben
- Die Analyse der dynamischen Entwicklungen im Außenhandel Beziehungen der Ukraine durchführen
- Die Bestimmung von potentiellen Folgen des Einflusses von politischen und wirtschaftlichen Formen der Eurointegration auf die Ukraine und die EU.
- Die Analyse der Vorteile und Nachteile des Beitritts für die Ukraine, sowie für die EU.

Das Hauptziel dieser Arbeit ist eine Analyse der vielseitigen Zusammenarbeit der Ukraine und Länder der EU im Fall des Beitritts der Ukraine in die Europäische Gemeinschaft, die Untersuchung der lang- und kurzfristigen Faktoren und Prozessen der Integration in die EU und deren Einfluss auf die ukrainische und europäische Gesellschaft und daraus folgend die Nachweise für Vorteile und Nachteile dieser Änderungen, sowie die potentiellen Chancen und Gefahren für die Ukraine und EU als Folgen der Integration.

Das **Hauptobjekt der Forschung** sind die Prozesse der Integration der Ukraine in die EU und dessen Einfluss auf das geopolitische und geo-wirtschaftliche Modell der Ukraine.

Das **Hauptthema der Forschung** sind die positiven und negativen Einflüsse auf die politische und wirtschaftliche Bereiche in der Ukraine im Fall des Beitritts in die EU und die Anpassung der ukrainischen Gesellschaft an die neue politische und wirtschaftliche Bedingungen.

Zeitraumen dieser Arbeit umfasst den Zeitraum seit Unabhängigkeit der Ukraine 1991 bis inklusive das Jahr 2013. Die Rahmen der Arbeit grenzen die vorliegende Arbeit nur auf die politische und wirtschaftliche Ebene ein und geben somit einen tieferen Einblick in die wichtigsten Messgegenstände des Wohlstands, die mittels Fakten begründet werden können und sich ausschließlich auf die quantitativen Aussagen und Messungen beruhen.

Der **methodische Teil** der Arbeit besteht aus normativen Akten, verschiedenen Publikationen, periodischen Editionen und in der deutsch-, englisch-, russisch- und ukrainischsprachigen Literatur. Es wurden zahlreiche wissenschaftliche Artikeln verarbeitet, in schriftlicher als auch in digitaler Form. Großteils wurden die EUROSTAT Daten, sowie die Daten der ukrainischen Behörden und Organisationen verwendet, um die statistische Funde empirisch zu bekräftigen. Für die Verfassung diese Diplomarbeit werden die Vergleichs Analysen verwendet, sowie verschiedene empirisch-statistische Verfahren der Untersuchung von internationalen Prozessen, die als Basis für die analytische Untersuchungen und synthetische Bewertung der integrativen Tendenzen in europäischen Region gedient haben (inkl. Ukraine).

1.3 Forschungsfrage

In dieser Arbeit werden die Vorteile und Nachteile der Integration der Ukraine in die EU im Rahmen einer qualitativen Politik- und Wirtschaftsanalyse untersucht.

In erster Linie ist das Hauptziel der Forschung folgende Fragen so präzise wie möglich zu beantworten:

- Wodurch wird die Östliche Partnerschaft gekennzeichnet? Wann ist sie entstanden und welche Ziele verfolgt sie?
- Welche Möglichkeiten der Integration der Ukraine in den europäischen politischen und wirtschaftlichen Raum möglich in der gegenwärtigen Phase?
- In welchen politischen und ökonomischen Relationen stehen heutzutage die EU und die Ukraine zu einander?
- Welche Folgen wird die Integration der Ukraine für die EU haben? Warum strebt die Ukraine nach einer Mitgliedschaft in der EU?

1.4 Theoretische Hintergründe

Der Begriff „Integration“ beschreibt die Bewehrung der Beziehungen und Bestimmtheit in den sozialen Systemen. Die regionale Integration ist eine besondere Form der Integration, die durch territoriale oder geopolitische Rahmen abgegrenzt ist. Nach der allgemeinen Meinung, die regionale Integration wird am erfolgreichstem dynamisch durch die Europäische Union ausgeübt. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass die meisten sozio-ökonomischen Theorien, die auf das Verstehen der Prozesse der regionalen Integration gerichtet sind, aus der Lehre über europäische Integration stammen.⁶

Im Anbetracht der Beziehungen oder Vorhersage der Entwicklungen zwischen der Ukraine und der EU werden selten theoretische Ansätze herangezogen. Die verwendete Analyse wurde absichtlich verwendet, um bestimmte Vorgehensweise bei vorgezogenem Ansatz zu überprüfen. Es ist bekannt, dass die Integrationstheorien konkurrieren⁷, dennoch, wenn diese zu-

⁶ Vgl. Paul J.J. Welfens: Regionale Integration in der Ordnungs-, Außenwirtschaftsund Wachstumstheorie. In: Cassel, Dieter/Apolte, Thomas: Regionale Integration und Osterweiterung der Europäischen Union; Stuttgart: Lucius & Lucius; 2003; S. 29-34.

⁷ Vgl. Ben, Rosamond: Theories of European Integration, Basingstoke; London: Macmillan 2000. In: Dimitris N. Chrysochoou: European Integration, Sage Publications 2001; p.15-55.

sammen betrachtet werden, kommen neue Erkenntnisse im Bezug auf die Methoden, Variablen, Prozesse und Rahmenbedingungen der Integration der Ukraine in die europäischen Strukturen.

Der bekannte amerikanische Ökonom Fritz Machlup untersuchte der Herkunft des Begriffs „Integration“ und stellte fest, dass dieser erst ab 1942 in der internationalen Beziehungen verwendet wurde: internationaler Handel, Kapital Transfers, Finanzsektor usw. Eine engere Vorstellung der „politischen Integration“ wurde zuerst Ende 40er bzw. Anfang 50er Jahre in die politische und wissenschaftliche Terminologie eingeführt.⁸

Die Theorien der politischen Integration unterscheiden sich durch den anhaftenden spezifischen Auslegung der Inhalt und Form des Integrationsprozesses. In der Geschichte Europas sind viele Projekte der Vereinigung Europas vorhanden. Zahlreiche Wissenschaftler stellten verschiedene integrative Projekte auf, die verschiedenen Ziele verfolgten aber allesamt die Vereinigung Europas als Hauptziel innehatten.

Die europäische Integration wird in dieser Arbeit mittels *klassischer Theorie der politischen Integration* untersucht, genau genommen, es werden die Theorien des Neofunktionalismus, Intergouvernementalismus und die wirtschaftlichen Ansätze der Integration herangezogen.

1.4.1 Neofunktionalismus als theoretischer Ansatz (nach Ernst Bernard Haas)

Der wohl bekannteste Vertreter und Mitentwickler des Neofunktionalismus war Ernst Haas. Er verwendete die Schlüsselthesen aus der Funktionalismus Theorie um ein eigenes Konzept für die nationale statt für die supranationale Ebene zu entwickeln. In seinem Buch „The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces“ legte er die politische Integration als „ein Prozess, in dem die Teilnehmer des politischen Lebens von getrennten nationalen Systemen verleiten sich zu einer zu einer Neuorientierung der Loyalität und politischen Aktivitäten in Richtung des neuen Zentrums, Instituten dessen über eine bestimmte Jurisdiktion verfügen bzw. diese auf die nationale Ebene anderer Staaten vollstrecken wollen fest“⁹.

⁸ Vgl. Machlup, Fritz: History of Thought on Economic Integration; Columbia University Press; 1977; p. 7.

⁹ Haas, Ernst B.: The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces 1950-57.; Ann Arbor, MI: UMI Books on Demand; 1996; p. 76.

Somit wird die politische Integration als ein Prozess angesehen, der in seinem Ausmaß den anderen überlegen ist und qualitative Eigenschaften aufweist, die als Zeichen der Loyalität zu den Zentralinstitutionen anerkannt werden kann. Aus Haas' Sicht, beinhaltet Neofunktionalismus folgende Punkte:¹⁰

1. erstens, bestimmte notwendige Bedingungen der Integration, wie die vorhandenen gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, die Ähnlichkeit des Wirtschaftssystems, politische Pluralismen, die Interdependenzen.
2. zweitens, es wird auf die Anfangsschritte der Integration geachtet. Der Prozess der Partnerschaft soll genau dort anfangen, wo er am meisten gebraucht wird.
3. drittens, nachdem die Anfangsphasen der Zusammenarbeit erfolgten, soll die Kooperation weiterhin erweitert werden, um mehr Nebengebiete zu ergreifen.

Die Neofunktionalisten beschreiben die Integration als ein langwieriger und abgestufter Prozess und nicht als etwas, das in ein oder zwei Jahren abgewickelt werden kann. Vorerst soll die Kooperation in den Bereichen stattfinden, die am meisten betroffen sind, und darauffolgend erfolgt die Erweiterung der Integration, die auch die Nebengebiete erfasst. Dieser Prozess motiviert die politische Integration zur Errichtung von internationalen Zentren, die für die Entscheidung von Treffen zuständig und pflichtbewusst sind.¹¹

In den späteren Werken, die zusammen mit Philippe Schmitter geschrieben wurden, versteht Haas unter politischer Integration ein Prozess, an dem Teilnehmer teilnehmen, die auf einer nationalen Ebene agieren (Abgeordnete der Regierung, die Vertreter der Interessengruppen, politische Akteure, einfache BürgerInnen), hören damit auf sich auf der nationalen Ebene zu identifizieren und orientieren sich hauptsächlich mehr auf nationale Gremien und Gemeinschaften.¹²

Darauffolgend in einer Überlegung bezüglich der einfachen politischen Sachlichkeit, die auch objektive Realität mitinkludiert, kommt Haas zum Entschluss, dass die Entwicklung der Integrationsprozesse erfolgt nicht wegen „europäischer Idee“ mit ihrem Motto der Beibehaltung der Eigenartigkeit Europas und nicht mit der Idee der „europäischen Zivilisation“ mit

¹⁰ ebd.

¹¹ Vgl. Haas, Ernst B.: *The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces 1950-57*; Stanford: Stanford University Press; 1964; p. 105.

¹² Vgl. Philippe, Schmitter: Ernst B. Haas and the Legacy of Neofunctionalism; Routledge Taylor & Francis Ltd; in: *Journal of European Public Policy*, 2005, Vol.12 (2); p. 255-260.

Ihren abstrakten Überlegungen der „großen Europas“,¹³ sondern durch die praktische Interessiertheit und pragmatisches Verhalten von bestimmten sozio-politischen Gruppierungen.

Ähnliche Ergebnisse bewegten die Idee des wissenschaftlichen Neofunktionalismus auf die Anerkennung der Wirtschaft als wichtigen Bestandteils im Integrationsprozess. Die Themen-erweiterung über pragmatische Interessen der Mitglieder führt zu einer Spaltung der Politik auf «kleine»(low politics) und «große» (high politics). Die „kleine“ Politik wird mit Notwendigkeit das Wirtschaftswachstum zu steigern verbunden, die „große“ Politik dagegen ist auf dem Handeln der Akteure basiert, die die Prämissen des Prestiges und nationalen Ambitionen zufrieden stellen wollen. Hier wird der Dualismus, der als deutlicher Merkmal des Neofunktionalismus aufscheint, als die Lösung einer der wichtigsten theoretischen Problems bezeichnet – die Frage nach dem Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und politischen Integration, welche von beiden, „high“ oder „low“, priorisiert wird.¹⁴

Zum Beweis für das Vorhandensein des politischen unausgesprochenen Sinns in der Entwicklung der wirtschaftlichen Integration, führten Haas und seine Anhänger den Begriff „Spill-over“ ein. Laut Leon Lindberg, ist „Spill-over“ dann aufzufinden, wenn bestimmte Taten, die zur Erreichung des Ziels nötig sind, zu einer Situation führen, in der die Erreichung der vorab gestellten Ziele nur dann möglich scheint, wenn neue Taten geplant und umgesetzt werden, die wiederum neue Rahmenbedingungen für mehr Aktivitäten schaffen.¹⁵ Somit weitet sich die Logik der Integration aus und fasst neue Gebiete auf, um in die neuen gesellschaftlichen Sphären einzudringen.

Der „Spill-over“ Konzept wurde teilweise in Neofunktionalismus benützt, um theoretisch die Kette der wirtschaftlichen Integration zu begründen: der Übergang vom Freihandelszonen in Zollunion und dann in den gemeinsamen Markt und dann weiterhin in die Wirtschafts- und Währungsunion. Darüber hinaus, die Anhänger dieser Theorie behaupteten, dass die fortschreitende Entwicklung der wirtschaftlichen Integration zur Änderungen auf der institutionellen Ebene führt und ohne Zweifel die politische Integration auf eine neue Ebene herbeiführt.¹⁶

¹³ Vgl. Haas, Ernest: *Beyond the Nation-State: Functionalism and International Organization*; Stanford: Stanford University Press; 1964; p.83.

¹⁴ Vgl. Haas, E./Haas, P.M.: *Pragmatic Constructivism and the Study of International Institutions*; Millennium 31 (3); 2002; p. 573.

¹⁵ Vgl. Haas, Ernest: 1964; p. 208.

¹⁶ Vgl. Smitter, Philippe: 2005; p. 268-272.

Somit ist die Logik des „spill-over“ die organische Einheit der wirtschaftlichen und politischen Integration zu beweisen und zu zeigen, dass ein wirtschaftlicher Verband unaufhaltsam in den politischen Verband übergeht.

Am meisten wurde die Neofunktionalismus Theorie durch sogenannte Intergouvernementalismus Anhänger, die zu einer Gruppe der Theoretiker der Integration gehören (S. Hoffmann, A. Morawchik), unter Beschuss genommen.¹⁷ Die Intergouvernementalisten verwendeten, offen, als auch verdeckt, die realistischen und neorealistischen Ansätze der Theorie der internationalen Beziehungen.¹⁸ Gleichzeitig erklärten sie, dass die neofunktionalistische Meinung von der Beziehung zwischen funktionellem Lösung der Probleme, der politischen Definition der Probleme, und deren Lösung auf einem übernationalen Niveau, viel zu vereinfacht und unkritisch und somit nicht in der Lage die Realität des Handelns der Staaten zu spiegeln sind, welche aus Ihrer eigenen Interessen aufkommt. Darüber hinaus, die Staaten verlieren das Interesse die Macht des Entscheidung Treffens auf einer politischen Ebene an die übernationalen Organe zu übergeben, vor allem wenn diese Entscheidungen die Fragen die „high Politik“ betreffen (z.B. die nationale Sicherheit). Somit taucht der früher erwähnte „spill-over“ Effekt nur in der „low Politik“ auf. Die Neorealisten hatten auch gewichtigere Argumente: der Fakt, dass die Theorie der Neofunktionalismus behandelt die Beziehungen in der Struktur der Macht aus der Sicht der internationalen Systemen und sieht diese nicht als den versteckten Faktor der Einfluss. Jedoch, die verschiedenen Regierungsebenen, die die anderen Ansätze kritisiert haben, waren nicht bereit ihre eigene kohärente Theorie der Integration vorzulegen, da sie die Einschränkung der übernationalen Integration als Ausgangspunkt gewählt haben.¹⁹ Um ein besseres Verständnis dieser Argumentation zu erlangen, wird die Erklärung direkt veranschaulicht: “We need to focus on the ways in which, more or less autonomously, more or less strongly, more or less efficiently, the state acts, not merely as a mediator between internal demands and external pressures, but as a shaper capable of moulding its own domestic support, of choosing among internal interests and external constraints, of playing some against others, of using the fragmentation of interests and classes in order to fashion – to preserve or to reform – the social order, of using the challenges of complexity, the expansion

¹⁷ Liste der Werke Hoffman und Morawchik: http://www.ces.fas.harvard.edu/people/res_faculty/Hoffmann.
<http://www.getcited.org/mbrx/PT/2/MBR/11058245>

¹⁸ Vgl. Kenneth, Waltz: Theory of International Politics, Reading, Mass. 1979.

¹⁹ Vgl. Moravcsik, Andrew: Taking Preferences seriously: A Liberal Theory of International Politics. In: International Organisation; 1997; 51, Nr. 4; S. 513-553.

system in order to define the common interest”²⁰

Der gleiche Ansatz gilt auch für die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU – die Prozesse in der Ukraine können dadurch erklärt werden, dass die funktionale Motivation zu einem Triebwerk der Integration wird. Um die oben erwähnten theoretischen Ansätze anhand des Themas dieser Arbeit zu überprüfen werden zwei Hypothesen formuliert.

1.4.2 Regionale Integration (nach Béla Alexander Balassa)

In der heutigen Zeit fungieren in der Weltwirtschaft zwei Tendenzen. Einerseits, die Verstärkung der Ganzheit im Weltwirtschaft, Ihre Globalisierung, die Liberalisierung des Handels, die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten, die Erschaffung neuer Kommunikations- und Informationstechnologien, sowie Weltstandards und Normen. Dieser Prozess wird durch die aktiven Tätigkeiten der Transnationalen Akteure begleitet. Andererseits, findet die wirtschaftliche Annäherung und Zusammenarbeit der Staaten auf einer regionalen Ebene statt. Es werden große regionale Integrationsstrukturen formiert, die ihre Entwicklung so gestalten, dass sie zu einem relativ unabhängigen Zentrum der weltweiten Wirtschaft gerichtet ist.

In dieser Diplomarbeit wird Groß teils die Theorie der regionalen Integration untersucht. Die Spezialität der europäischen Integration besteht darin, dass zwischen theoretischen Begründung und praktischen Umsetzung der Theorie nur 15- 20 Jahre der Diskussionen und schnellen organisatorischen Änderungen liegen.

Die größte Verbreitung bekam das Schema von Bela Balassa, das im 1962 in seiner bekannten Arbeit „Theorie der ökonomischen Integration“²¹ publiziert wurde. Balassa führten die doppelseitige Interpretation der Kategorien der Integration – als Prozess und als Zustand. Er schlug auch die Unterscheidung zwischen „Kooperation“ und „Integration“ vor. Während der Prozess der Kooperation nur die Reduzierung der Diskriminierung als sein Ziel innehat, führt der Prozess der Integration zur Beseitigung der Diskriminierung.²²

²⁰ Hoffman, Stanley: Reflections on the nation-state in Western Europe Today. In: Journal of Common Market Studies 20:1-2, 21-37; in: Bieling, Hans-Jürgen: Theorien der europäischen Integration; Wiesbaden; 2006; S. 91.

²¹ Balassa, Bela: The Theory of Economic Integration. Aspects and Problems, Leyden; London; 1961.

²² Vgl. Balassa, Bela: The Theory of Economic Integration: An Introduction; in: The European Union; Brent/Nelsen; Basingstoke; 2003; S. 179-195.

Das System von Balassa wurde durch internationale Organisationen anerkannt und als „klassisch“ eingestuft. Gemäß Balassa, die Integration besteht aus diskriminierungsfreien Stufen und sieht folgende Formen vor:²³

1) Freihandelszonen – sind die Zoll- und Begrenzungsfreien Zonen ohne jegliche Gebühren. Es findet die Liberalisierung des internationalen Handels und die Vereinfachung des Handels statt. Die negativen Folgen – ungünstige importierte Ware, die Inneren Märkte sind nicht konkurrenzfähig. In der Freihandelszonen werden die Begrenzungen nur für die Mitgliedsstaaten aufgehoben, gegenüber der Drittländer behalten die Länder Ihre wirtschaftliche Souveränität und setzen Ihre eigenen Tarife gegenüber Drittländer;

2) Zollunionen – bezweckt die Abschaffung der Zollgebühren im Handel, die Durchführung einer einheitlichen Außenhandel Politik in Bezug auf die Drittländer Gebiete. In einer Zollunion existieren die Zollfreie Handel und ein einheitlicher Zoll Tarif gegenüber Drittstaaten. Die Einführung einer Zollunion führt zur Rationalisierung der Produktion und Schaffung der Stabilität im Bund. Der Bedarf nach der Errichtung der übernationalen Organe wird größer. Eine Zollunion vermutet das Vorhandensein zweier großen Staaten:

3) der gemeinsame Markt sieht die Lösung folgender Angelegenheiten vor:

- die Aufhebung der Zollgebühren zwischen der Mitgliedsstaaten;
- die Erarbeitung der gemeinsamen Politik im Hinsicht zu Drittländer;
- die Erarbeitung der gemeinsamen Politik der Entwicklung in priorisierten Branchen der Wirtschaft;
- die Bildung der Bedingungen für den freien Zugang zum Arbeits- und Dienstleistungsmarkt, störungsfreien Warentransport, freien Informationszugang;
- die Formierung der gemeinsamen Fonds für die Unterstützung des regionalen Entwicklungsfonds.

4) Wirtschaftsunion hat die gemeinsame Feststellung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten, die Durchführung der gemeinsamen Politik der Entwicklung in bestimmten Branchen der Wirtschaft im Sinne. Es werden übernationale Organe errichtet, deren Gesetze für alle Mitglieder zwingend sind. Die gemeinsamen Kredit-, Fiskal- und Sozialpolitik werden vereinheitlicht.

5) Die gesamte Wirtschaftsintegration wird als eine Wirtschaftsunion, mit allen für die Wirtschaftspolitik relevanten Faktoren, verstanden und auf der supranationalen Ebene durchgeführt, gegebenenfalls im Einklang mit dem Grundsatz der Subsidiarität. Zu diesem Zweck

²³ Vgl. Balassa, Bela: 1961; p. 84-136.

müssen sowohl die supranationalen Behörden als auch die supranationalen Gesetze vorhanden sein. Ein Beispiel ist die Euro-Zone, die derzeit irgendwo zwischen einer Wirtschafts-Union und einer „Total Economic Integration“ klassifiziert werden können. Doch einige supranationale Behörden und gemeinsame Regelsetzung wurden bereits mit dem Vertrag von Rom im Jahr 1957 gegründet, und anschließend verbessert.²⁴

Die Länder der EU sind durch alle Ihre Entwicklungsstufen durchgegangen und befinden sich jetzt in einer Dilemma: entweder die Erweiterung der EU, oder die Vertiefung der Inneren Integration fortzuführen – extensive oder intensive Entwicklung der einer der größten Gebilde der Welt. Diese Entwicklung zwängte viele Forscher in der EU neue theoretische Definitionen für die Verbesserung der Inneren Mechanismen in dieser Gebilde zu finden, die öfters an ein Modell der Regulation für die interregionalen Proportionen geknüpft wurden, um die Begründung für die EU Erweiterung zu finden.²⁵

Die grundsätzlichen Postulate der ersten Richtung der Entwicklung der europäischen Integration wurden durch die Arbeit von Ali M. El-Agraa klar beschrieben. Seiner Meinung nach, kann zwischen folgenden Formen der europäischen Integration unterschieden werden:²⁶

- die Verbesserung der mobilen Produktionsfaktoren, deren Entwicklung durch Barrieren im Außenhandel gehindert wird;
- die Koordination der Geld-, Kredit- und Steuerpolitik (Zielgebiete: Investitionen, Fiskalpolitik, Monetäre Politik);
- die Formierung gemeinsamer Ziele, die auf die Erreichung der niedrigen Arbeitslosenquote, Wirtschaftswachstum, Konvergenz und die gerechte Einkommensverteilung gerichtet sind usw.

Die Erweiterung der EU, welche bereits durch führende Spezialisten des Instituts für Strategische Untersuchungen in Mailand (Italien) P. Savono und J. Carlo in 1995 prognostiziert wurde, erblickte der Realität am 1. Mai 2004, wenn die EU ihre Grenzen erweiterte und sich zum „global player“ gekrönt hat.²⁷ Im 21ten Jahrhundert verstärkte der Turbokapitalismus die dynamische Bewegung des Kapitals und steuerte dessen Entwicklung in zwei verschiedene

²⁴ ebd.

²⁵ Roland, Döhrn/Ullrich, Heilemann: Strukturwandel und Integration: Theoretische und empirische Aspekte der EU-Osterweiterung; in: Cassel [Hrsg.]; Apolte: Regionale Integration und Osterweiterung der Europäischen Union; Stuttgart: Lucius & Lucius; 2003; S. 384-397.

²⁶ Vgl. El-Agraa, Ali: The European Union. History, institutions, economics and policies; 1998; p. 106-117.

²⁷ Vgl. Savono/Carlo: Geo-Ökonomie - die Domäne der Wirtschaftsraum; Mailand; 1995; S. 83.

Richtungen – die Erweiterung des geo-wirtschaftlichen Raums und die Bildung neuer Integrationsstufen.²⁸ Die 21. Jahrhundert wurde durch starke Entwicklung der Theorien der Eurointegration gekennzeichnet. Als Hauptproblem wurde das Problem der politischen Integration gestellt, welche das Institutionelle Modell der EU bekräftigen hätte sollen. Dennoch, in den meisten modernen wirtschaftlichen Integration Theorien figuriert die Theorie der inneren Regionalismus – die Gründung von homogenen wirtschaftlichen Raum, wo die sozio-ökonomische Disproportionen, durch den Einfluss von übernationalen europäischen Strukturen, vermindert werden können.

1.4.3 Negative und positive Integration (nach Jan Tinbergen/Fritz W. Scharpf)

Der erste Versuch die europäische Integration zu definieren wurde bereits in den 70er durch J. Tinbergen, während seiner Untersuchung zwischen „negativen“ und „positiven“ Integration, unternommen. Aus der „positiven“ Integration folgten die Idee der stufenweisen Abschaffung der Grenzen und die Verabschiedung der dazu nötigen Gesetze. Er beschrieb auch die Gründung der nationalen Strukturen, die später in die wichtigsten Postulate der Theorie der europäischen Institutionalismus transformiert wurden. Dabei legte er die „negative“ Integration als „die Beseitigung von bestimmten Instrumenten in der internationalen Politik Arena“ und die „positive“ als „die Einführung von zusätzlichen Maßnahmen für die Reorganisation und zur Lösung der Probleme der Übergangsperiode“²⁹ fest.

Die Unterscheidung zwischen positiver und negativer Integration basiert auf den folgenden Aspekten:³⁰ Negative Integration hat die Marktintegration (Marktschaffung, Marktöffnung und Herstellung von Wettbewerbsgleichheit) zum Ziel und versucht diese durch das Verbot all jener nationaler Regelungen zu erreichen, die dem Funktionieren eines gemeinsamen Marktes hinderlich sein könnten. Sie setzt der Regelungskapazität der Nationalstaaten Grenzen. Es kommt zu einer Deregulierung nicht marktkonformer Regelungen.

Positive Integration dagegen beschreibt eine gemeinsame europäische Regulierung des Marktes mittels neuer, einheitlicher und gemeinsam gesetzter Regeln. Wichtigstes Ziel der positi-

²⁸ Vgl. Savono/Carlo: 1995; S. 128.

²⁹ Vgl. Tinbergen J.: International Economic Integration; Amsterdam, 1954.

³⁰ Vgl. Scharpf, Fritz: Governing in Europe. Effective and Democratic? Oxford: Oxford University Press; 1999; S. 219–220.

ven Integration ist nicht die Marktschaffung, sondern die Marktkorrektur.³¹

Aufgrund der institutionellen Ausgestaltung der EU ist die negative Integration leichter zu erreichen als die positive: Negative Integration ist einfacher mit dem Bestreben der Mitgliedstaaten zu vereinbaren, die ihre nationale Souveränität erhalten wollen. Positive Integration hängt dagegen vom Einverständnis der Mitgliedstaaten im Ministerrat ab. Sie zeichnet sich durch ihren zwischenstaatlichen Charakter aus. Entscheidungen können nur getroffen werden, wenn alle Staaten zustimmen. Ein Veto (in Fällen der Einstimmigkeit) ist gegen gemeinsame Regulierung möglich und ein Einverständnis zwischen den einzelnen Staaten meist nur schwer und aufwändig zu erreichen. Negative Integration wiederum kann schon allein durch die EU-Kommission (etwa im Wege von Vertragsverletzungsklagen) oder den Europäischen Gerichtshof auf supranationalem Weg vorangetrieben werden.³² Ein Beispiel ist hier die Entscheidung über die gegenseitige Anerkennung: In einem Mitgliedstaat der Union legal erzeugte Produkte dürfen auch in allen anderen Mitgliedstaaten angeboten werden, sind also von den anderen Staaten anzuerkennen und für den Vertrieb in ihren eigenem Markt zuzulassen.

Positive Integration ist dann erfolgreich, wenn sie gewissermaßen die Voraussetzungen dafür bereitstellt, dass die negative Integration gelingt. Die EU kann eher Probleme lösen, wenn es um die Erweiterung der Marktfreiheiten und die Marktschaffung geht. Weniger problemlösungsfähig ist sie bei der Marktgestaltung im Sinne der politischen Beschränkung der Marktfreiheit, wie z.B. im Bereich der Sozialpolitik oder der Umweltpolitik.³³

Da die positive Integration schwer durchzusetzen ist, läuft die EU Gefahr, „zu einem Markt ohne Staat“³⁴ zu werden, denn der Steuerungsverlust auf nationaler Ebene kann nur sehr schwer auf der europäischen Ebene kompensiert werden. Die hierarchische Steuerungsfähigkeit des Nationalstaates wird geringer, während die EU selbst kein eindeutiges, klar definiertes Entscheidungszentrum besitzt. Es klafft eine „Regulierungslücke“ zwischen der fehlenden Regulierungskompetenz der europäischen Ebene und dem Deregulierungsziel der Mitgliedstaaten und des EU-Vertrages.³⁵

³¹ Für eine detailliertere Gliederung und genauere Begriffsdefinition von positiven und negativen Integrationsmaßnahmen siehe Falkner; 2003; S. 487.

³² Vgl. Scharpf, Fritz: 1999; S. 205.

³³ Zur Diskussion um die unterschiedliche Bewertung der europäischen Sozialpolitik siehe Falkner; 2003, S. 490–493.

³⁴ Vgl. Scharpf, Fritz: 1999; 215.

³⁵ Vgl. Scharpf, Fritz: 1999; 215-220.

Scharpf argumentiert, dass sich die europäischen nationalstaatlichen Wohlfahrtsmodelle nur unter der Bedingung des Schutzes nationaler Ökonomien und der Diskriminierung ausländischer Anbieter (etwa durch Schutzzölle oder Importquoten) entwickeln konnten. In einem gemeinsamen Binnenmarkt mit einer Konkurrenz zwischen Produktions- und Investitionsstandorten ist es nationalen Regierungen nicht mehr möglich, Regelungen zu erlassen, welche Anbieter aus anderen Mitgliedstaaten diskriminieren und die Kapitalakkumulation behindern könnten. Die Mitgliedstaaten treten so in eine verschärfte Konkurrenz, um möglichst gute Investitionsstandorte anbieten zu können. Diese Konkurrenz könnte durch eine verstärkte Regulation auf europäischer Ebene gemildert werden. Tatsächlich brachten die institutionellen Bedingungen der EU aber eine „neoliberaler Verfassung für die Wirtschaft“³⁶ hervor.

1.4.4 Hypothesen

Die **erste Hypothese** ist darauf bezogen, *dass die Wachstumsrate des Integrationsprozesses in der Ukraine ist in den Regionen höher, wo die funktionellen Erfordernisse am meisten konkretisiert sind.* Zum Beispiel: Bestimmte Wirtschaftssektoren wie Energie- und Verkehrssektor, wo die Zusammenarbeit offensichtlich ist und das Wachstum größer sein sollte. Damit ist gemeint, dass bestimmte Sektoren der ukrainischen Wirtschaft, die bereits langjährige Beziehungen mit Europa pflegen, schneller zum Bestandteil der Integrationsprozesse werden können. Diese Bereiche der Wirtschaft sollen auch als Vorbild für die anderen Sektoren dienen.

Bezogen auf die theoretischen Ansätze vom Haas wird die **zweite Hypothese** formuliert – *eine echte europäische Integration der Ukraine ist nicht möglich, solange die ukrainische politische Elite Ihre Gedanken nur auf die nationale Ebene bezieht.* Wenn das Vorhaben der Ukraine sich in die Europäische Gemeinschaft zu integrieren wahrhaft ist, muss die Ukraine auch für die Umverteilung von wirtschaftlichen und politischen Zuständigkeiten auf die supranationale Ebene bereit sein. Dabei ist die Initiative der EU die zuständigen Organe zu errichten, die für die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine zuständig wären, von Bedeutung.

Die oben genannten theoretischen Ansätze können grundsätzlich in zwei Gruppen aufgeteilt

³⁶ Vgl. Scharpf, Fritz: 1999; 220–221.

werden, die im Anschluss auf das Beispiel der Integration der Ukraine in die EU angewendet werden:

- Erste Gruppe, die aus allgemeinen theoretischen Ansätze der Integration besteht und lediglich die Integration als solche beschreibt. Diese Gruppe schildert vor allem die Stufen des Prozesses der Integration im Rahmen der internationalen Organisationen. Es findet die Unterscheidung der Integration in Prozess und Zustand.
- Zweite Gruppe, die die europäische Integration genauer untersucht und ihren Schwerpunkt auf positive und negative Integration setzt. Zusätzlich, baut diese Gruppe auf Prämissen von Balassa und seiner „klassischen“ Idee von regionalen Integration.

Um die oben genannten theoretischen Ansätze analysieren zu können, bedarf es zusätzlicher Informationen über die Beziehungen der Ukraine und der EU seit dem Erlangen der Unabhängigkeit der Ukraine 1991, die in den nächsten Kapiteln näher erläutert werden.

2 Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU

In diesem Kapitel werden die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse in der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU erwähnt, die für die Analysen in dieser Arbeit notwendig sind. Diese, zusammen mit der statistischen empirischen Daten werden dazu benötigt, um die mögliche Anwendung der theoretischen Ansätze der Politikwissenschaft anhand des Beispiels Ukraine- EU zu bestätigen. Zusätzlich wird auf die sogenannte „Östliche Partnerschaft“ eingegangen, die eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Ukraine spielte.

2.1 Östliche Partnerschaft

Die weitere Erweiterung der Europäischen Union ist durchaus möglich und erwünscht, da „any European country which respects the principles of liberty, democracy, respect for human rights and fundamental freedoms, and the rule of law may apply to become a member of the Union. The Treaty on European Union sets out the conditions.“³⁷ Seit der Gründung der Europäischen Union, ebenso wie der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1952, hat sich die Anzahl der teilnehmenden Länder seit der letzten Erweiterung von 6 auf 28 vergrößert. Die Bedingungen des Eintrittes, die in die Kopenhagener Kriterien aufgenommen wurden, sind 1992 vereinbart und im Maastricht Vertrag (Artikel 49) manifestiert.³⁸

Derzeit haben folgende vier Länder den Status eines Kandidaten: Mazedonien (seit 2004), Serbien (seit 2009), die Türkei (seit 1987) und Montenegro (seit 2008).³⁹ Mazedonien und Serbien haben ihre Beitrittsverhandlungen noch nicht begonnen. Die anderen Westbalkan-Staaten unterzeichnet das Abkommen über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (Stabilisation and Association Agreement, SAA), der für Albanien, Mazedonien und Montenegro bereits in Kraft getreten ist und in der Regel einen Antrag auf Mitgliedschaft voraussetzt.⁴⁰ Albanien hat diesen im April 2009 eingereicht, aber die Europäische Kommission hat diesbezüglich noch keine Beschlüsse gefasst. Es sollte festgestellt werden, dass Montenegro

³⁷ Conditions for Enlargement: Enlargement of the European Union; European Commission; 2011: <http://www.webcitation.org/617OHKcte>

³⁸ European Commission: The Stabilisation and Association process for South East Europe Second Annual Report – Annex 1; Brussels, 26.3.2003.

³⁹ European Commission: Enlargement of the European Union; 2010: http://ec.europa.eu/enlargement/index_en.htm

⁴⁰ Counsel of the European Union; Council conclusions on Enlargement and Stabilisation and Association Process; General Affairs; Brussels; 17 December 2013; p. 6-7.

ist die zweite Stufe nach Kroatien die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, und unter den Annahmen der Experten, seinen Eintrag bis 2014 auftreten werden. Island beantragte die Mitgliedschaft im Jahr 2009, aber im Mai 2013 hat die neue isländische Regierung beschlossen, die Verhandlungen über den Beitritt zur EU einzufrieren.⁴¹ Im Fall der osteuropäischen Erweiterung, sagte Heather Ghraib, Vertreter des Centre for European Reform: "Belarus is too authoritarian, Moldova too poor, Ukraine too large, and Russia too scary for the EU to contemplate offering membership any time soon."⁴² Doch alle diese Länder haben in unterschiedlichem Maße das Interesse ausgedrückt, Teil der nächsten Osterweiterung zu werden.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die ehemaligen Sowjetrepubliken in Osteuropa und im Kaukasus als potenzielle Kandidaten für die EU-Erweiterung berücksichtigt. Alle von ihnen sind eng mit Russland verbunden, weswegen sie sich auf ihre europäischen Partner konzentrieren müssen, um den Status des Kandidaten zu erhalten. Allerdings bleiben diese Staaten, zumindest in der nahen Zukunft außerhalb der Union. Sie sind nicht in das aktuelle Ausbauprogramm aufgenommen, da die Union ihre Kräfte derzeit auf den westlichen Balkan, die Türkei und Island konzentriert.

Ergänzend zur Europäischen Nachbarschaftspolitik sind 2008 die Union für das Mittelmeer und 2009 die Östliche Partnerschaft gegründet worden. Östliche Partnerschaft - ein Projekt der Europäischen Union, mit dem angegebenen Hauptzweck die Entwicklung der Integration zwischen der EU und sechs ehemaligen Sowjetrepubliken: Ukraine, Moldawien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Weißrussland zu fördern.⁴³

Die Idee des Projekts wurde von Außenminister Radoslaw Sikorski vertreten, mit der Teilnahme von Schweden auf dem Europäischen Rat der Allgemeinen Angelegenheiten und Außenbeziehungen am 26. Mai 2008.⁴⁴ Die Diskussion über die Schaffung der "Östlichen Partnerschaft" fand am 19./20 Juni 2008 im Europäischen Rat statt. Tschechien hat den Vorschlag unterzeichnet, während Bulgarien und Rumänien viel vorsichtiger waren und glaubten, dass das neue Programm die Arbeit des bereits bestehenden Schwarzmeerforums für Dialog und Zusammenarbeit und der Organisation der Schwarzmeer Wirtschaftskooperation (SMWK)

⁴¹ Vgl. Islandiya otozvala zayavku na Evrosojuz; REGNUM Zeitung; 15 Juni 2013.

⁴² Vgl. Ever-Expanding Union?: The Economist; Retrieved 7 June 2007.

⁴³ Vgl. Rozoff, Rick: Eastern Partnership: the Wests Final Assault on the former Soviet Union; in: Global Research; February 13; 2009; p. 34-39.

⁴⁴Vgl. EU and NATO keep Eastern countries at bay; Euractiv; 8.18.2008: <http://www.euractiv.com/east-mediterranean/eu-nato-keep-eastern-countries-b-news-220981>

negieren könnte.⁴⁵ Die wichtigsten Schwerpunkte der Reformen in den Partnerländern und deren Zusammenarbeit mit der EU identifiziert die folgenden Bereiche:⁴⁶

- Demokratie, die Verbesserung der Regierungsführung und Stabilität;
- Wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit sektorale Wirtschaftspolitik der EU, einschließlich der Errichtung von Freihandelszonen;
- Energiesicherheit;
- die Entwicklung der Kontakte zwischen den Menschen (Visa-Liberalisierung und Stärkung des Kampfes gegen illegale Migration).

Die neue Initiative sieht auch die Perspektive der bilateralen Abkommen zwischen der EU und den Partnerländern des Verbandes, die als ein wichtiger Schritt zur weiteren Integration in den europäischen sozio-ökonomischen und politischen Raum dienen sollte.

Der Prager Gipfel fand am 7. Mai 2009 in Prag statt. Es wurde die gemeinsame Erklärung über die "Östliche Partnerschaft" übernommen und erhielt hier seine offizielle Gründung. Das Hauptziel der neuen Initiative wurde wie folgt erklärt: "*The main goal of the Eastern Partnership is to create the necessary conditions to accelerate political association and further economic integration between the European Union and interested partner countries [...] The Eastern Partnership will seek to support political and socio-economic reforms of the partner countries, facilitating approximation towards the European Union.*"⁴⁷ Auf dem Prager Gipfel wurde betont, dass die Aktivitäten der Östlichen Partnerschaft durch das Prinzip der „Konditionalität“ bearbeitet werden. Das Voranbringen ist nur abhängig von den Teilnehmerländern geführt worden, die des Programms auf bestimmte Anforderungen der EU. Die Östliche Partnerschaft bietet die Perspektive auf ein Abkommen über die Assoziierung der neuen Generation der tiefen Integration in die EU-Wirtschaft, ein umfassendes Abkommen über Freihandelszonen, auf Reisen in die EU für die Bürger zu erleichtern, wenn die Umsetzung von Maßnahmen, um die Sicherheit, Energiesicherheit und die Umsetzung von Maßnahmen zu verbessern, um finanzielle Hilfe zu erhöhen.⁴⁸

⁴⁵ Vgl. Renata, Goldinova: Eastern Partnershaft could lead to enlargement; Euroobserver; 27.05.08: <http://euobserver.com/foreign/26211>

⁴⁶ Vgl. Sergulin, Alexander: Ostliche Partnerschaft: Herausforderung die russische Diplomatie in Osteuropa; Vesnik; Die Staatliche Universität Sankt Petersburg; 18 August 2009; S. 205-209: http://www.vestnik.vsu.ru/program/view/view.asp?sec=lingvo&year=2010&num=01&f_name=2010-01-48

⁴⁷ Concil of the European Union: Joint Declaration of the Prague Eastern Partnership Summit; Brussels; 7 May 2009; p. 6: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/eastern_partnership/documents/prague_summit_declaration_en.pdf

⁴⁸ Vgl. Joint Declaration of the Prague Eastern Partnership Summit; Brussels; 7 May 2009.

Der Warschauer Gipfeltreffen fand vom 9-30. September 2011 statt. Der zweite Gipfel war Weißrussland gewidmet. Früher hat das Europäische Parlament die Außenminister zu den EU-Gipfeln entsendet, um die Menschenrechtslage im jeweiligen Land zu diskutieren. Die Vertreter der EU wurden wieder einmal daran erinnert, dass die aktive Teilnahme von Weißrussland an der EU-Programme den Anforderungen der Menschenrechte entsprechen muss.⁴⁹

Der dritte Gipfel fand vom 28-29. November 2013 in Vilnius statt. Auf dem Gipfel war eine Einigung über die Paraphierung einer Freihandelszone mit der Republik Moldau geplant und die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. EU Vertreter José Manuel Barroso lehnte das Angebot des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowich über die Teilnahme Russlands an den Verhandlungen ab.⁵⁰ Martin Schulz sagte, dass die Vereinbarung mit der Ukraine erst mit dem nächsten Präsidenten unterzeichnet werden könnte, der die ukrainische Integration in die EU weiter fortführt.⁵¹ Die Gastgeberin des Gipfels, die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė, konnte ihre Enttäuschung nicht verbergen und nahm eine harte Position ein: *"Die EU wird keine Geschäfte oder Verhandlungen mit der heutigen ukrainischen Führung eingehen, solange die notwendigen Schritte der Integration, die bekannt und eindeutig definiert sind, seitens der Ukraine nicht vorgenommen werden"*.⁵²

Die Reaktion Russlands. Russische Experten glauben, dass dieses Projekt eine Herausforderung für die russischen Interessen in der Region ist. Die Östliche Partnerschaft ist als polnische Initiative entstanden und kann das Projekt vor den anti-russischen geopolitischen Ambitionen verbergen. Insbesondere ist die Schaffung von alternativen Möglichkeiten der russischen Energielieferungen nach Europa entscheidend. Ein weiteres, offensichtliches Ziel Russlands - geopolitischen Einfluss in Osteuropa zu untergraben und die Position der EU zu stärken. Einige russischen Experten sagen, dass die Absicht der Europäischen Union schließlich den sowjetischen Raum mit Hilfe der "Östlichen Partnerschaft" aufzulösen zu scheitern scheint. Zusätz-

⁴⁹ Vgl. Council of the European Union: Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit, Warsaw, 29-30 September 2011:

http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/eastern_partnership/documents/warsaw_summit_declaration_en.pdf

⁵⁰ Vgl. Fontanka Barroso: Trilaterale Verhandlungen mit Russland und der Ukraine Kiev Assoziation mit der EU wird nicht; 2013.11.29: <http://www.fontanka.ru/2013/11/29/132/>

⁵¹ Vgl. Glava Evroparlamenta: Kiev mojet sblizitsya s ES posle ychoda Janukovicha; RIA Novosti: 28.11.2013: <http://ria.ru/politics/20131128/980461699.html>

⁵² Vgl. Final Vilnjusskogo sammita: strogie ozenki v adress Ukrainu i Rossii; DELFI; 29 November 2013: <http://ru.delfi.lt/news/politics/final-vilnyusskogo-sammita-strogie-ocenki-v-adres-ukrainy-i-rossii.d?id=63410728>

lich versucht die EU den Einfluss Russlands auf die GUS-Länder zu vermindern.⁵³ Offizielle Position Moskaus bezüglich der "Östlichen Partnerschaft" formulierte Russlands ständiger Vertreter bei der EU Wladimir Tschishow: „*Wir sind stark dagegen, dass die GUS-Staaten vor der künstlichen Dilemma gestellt werden: entweder sich auf eine glänzende Zukunft mit der EU konzentrieren oder sich zurück zu Russland bewegen. Es ist eine Tatsache, dass solche Symptome in der Anfangsphase der "Östlichen Partnerschaft" vorhanden waren.*“⁵⁴ Nachfolgend erfolgt die Analyse der politischen Beziehungen der Ukraine, die sich vor allem auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU konzentriert.

2.2 Politische Analyse der Beziehungen

In diesem Kapitel wird überwiegend die Abfolge der Geschehnisse beschrieben, die zur Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU beigetragen haben. Diese werden chronologisch dargestellt und fassen einen Zeitraum zwischen August 1991 und Dezember 2013 um.

2.2.1 Erste Schritte der unabhängigen Ukraine

Der oberste Rat der Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik akzeptierte folgende Resolution über „Die Proklamation der Unabhängigkeit der Ukraine“. Die Resolution beschloss folgendes: „Ab dem 24 August 1991 wird die Ukraine als ein unabhängiger Staat proklamiert. Am 1 Dezember 1991 wurde ein Referendum abgehalten, um den Akt der Unabhängigkeit und Staatsbildung zu bestätigen.“⁵⁵ Am 24 August 1991 proklamierte der oberste Rat der Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik die Unabhängigkeit der Ukraine und die Errichtung eines neuen ukrainischen Staates. „*Das Territorium der Ukraine ist weder teilbar noch verletzlich. Von heute an gelten auf dem Territorium der Ukraine ausschließlich die ukrainische Verfassung und ukrainische Gesetze*“.⁵⁶

Die internationale Gemeinschaft akzeptierte die Ergebnisse des Referendums in der Ukraine

⁵³ Vgl. Sergulin, Alexander: 2009; S. 205-209; S. 206.

⁵⁴ Vgl. Wladimir, Tschishow: "Den Südstrom" muss man das Prioritätsprojekt der EU machen; Dippcourier Zeitung; 18.05.2009: http://www.ng.ru/courier/2009-05-18/9_chizhov.html?mright=0

⁵⁵ Verkhovna Rada of Ukraine: Akt progoloshennya nezaleznosti Ukrainu: 24.08.1991: http://gska2.rada.gov.ua/site/postanova/akt_nz.htm

⁵⁶ ebd.

am 1. Dezember 1991. Am 2. Dezember 1991 kündigten folgende Staaten die Anerkennung der neuen Ukraine an: Kanada und Polen, am 3ten – Ungarn, am 4ten – Lettland und Litauen, am 5ten – Argentinien, Bulgarien, Bolivien, Russische Föderation und Kroatien. Bereits am Ende des Monats wurde die Unabhängigkeit der Ukraine durch 68 Staaten anerkannt.⁵⁷

Am 1. Dezember 1991 wurde Leonid Krawtschuk zum ersten Präsidenten der Ukraine durch das Volk gewählt und erreichte 61,6 % der gültigen Stimmen. Es wurde ein demokratisches politisches System errichtet, das durch die Verfassung vom 1996 verstärkt wurde.⁵⁸ Am 2. Juli 1993, der Oberste Rat der Ukraine verkündete „Die Richtungen der Außenpolitik der Ukraine“. Es wurde festgelegt, dass der Ausbau der Ukraine eine Teilnahme an der internationalen Gemeinschaft als ihr Hauptziel innehat. Auf ihrem Weg in die Welt wird die Ukraine vor allem ihre eigenen nationalen Ziele verfolgen.⁵⁹ Zwischen 1992 und 1993 ging die Ukraine diplomatische Beziehungen mit folgenden Staaten ein: USA, Kanada, Polen, Deutschland, Frankreich, Republik China, Russische Föderation, Kasachstan, baltischen und skandinavischen Staaten. Gleichzeitig trat die Ukraine der „Charta von Paris für ein neues Europa“⁶⁰ und vielen anderen internationalen Organisationen (z.B. IWF, IB) bei.

Die inkonsequenten Reformen der 90er Jahre brachten den neugeborenen Staat in die wirtschaftliche Krise, welche die politische Situation im Land nur verschlechterte. Nichtsdestotrotz machte die Ukraine klare Schritte in Richtung Integration in die EU. Die Position der Ukraine gegenüber der EU wurde erstmals auf der Gesetzesgeber-Ebene durch den obersten Rat der Ukraine in den Grundlegenden Richtungen der Außenpolitik der Ukraine am 02. Juni 1993 formuliert.⁶¹

Weiter werden die politischen Entwicklungen in der Ukraine mittels drei Zeitabschnitte beschreiben, die jeweils eine legislative Periode vom Präsidenten als zeitliche Abgrenzung verwenden.

⁵⁷ Vgl. Kappeler, Andreas: Die kleine Geschichte der Ukraine; München; 2009; S. 253.

⁵⁸ Vgl. Kis, Jaroslav/Pedich, Basyl: Aktuelle Probleme der Geschichte der Ukraine; Ivano-Frankivsk; 2004; S.304-306.

⁵⁹ Vgl. Kis, Jaroslav/Pedich, Basyl: 2004; S. 308.

⁶⁰ Charta von Paris für ein neues Europa: Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit; Paris; 19.-21. November 1990: <http://www.menschenrechtsbuero.de/pdf/paris90g.pdf>

⁶¹ Vgl. Kis, Jaroslav/Pedich, Basyl: 2004; S. 311.

2.2.2 Die Kutschma Ära

Der Übergang von zentralisierter Planwirtschaft zum freien Markt begründete die Verschärfung der Situation im sozioökonomischen System des Landes. Diese wiederum veranlassten die Verschärfung der politischen Situation. Es wurde die Entscheidung getroffen die vorzeitigen Präsidentschaft- und Ratswahlen zu veranlassen und durchzuführen. Der Prozess des politischen Machtwechsels wurde durch Präsidentschaftswahlen abgeschlossen, die im Juni-Juli 1994 stattfanden. Nach der zweiten Runde der Wahlen kam Leonid Kutschma als Gewinner und der 2te Präsident der unabhängigen Ukraine heraus.⁶²

Während der Wahlkampagne versprach er die russische Sprache als zweite Amtssprache zu legalisieren und zeigte eine Tendenz zur Annäherung an Russland, wechselte jedoch seine Position, nachdem er zum Präsidenten gewählt wurde. Während seiner Präsidentschaft verbesserte Kutschma die „multivektorale“⁶³ Politik, die durch den ehemaligen Präsident Krawtschuk eingeführt wurde. Er führte öfters die Gespräche mit dem Kreml (Russische Föderation), bewegte aber die Ukraine mehr in die Richtung EU und NATO.⁶⁴ *"Wir gründeten die Ukraine, jetzt müssen wir die Ukrainerinnen schaffen"*,⁶⁵ - eine der Kutschmas Phrasen, die zu einem Sprichwort wurde. Die Ukraine war das erste der GUS Länder, das ein Abkommen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit der EU abgeschlossen hat. Dieses definierte den Rechtsmechanismus der Kooperation zwischen zwei Seiten. Dieses Abkommen wurde am 14 Juni 1994 in Luxemburg unterzeichnet und am 10 November 1994 durch den ukrainischen obersten Rat ratifiziert⁶⁶

Das erste EU-Ukraine Gipfeltreffen fand am. 5 September 1997 in Kiew statt. Der Präsident Leonid Kutschma bestätigte die „europäische“ Wahl der Ukraine im Einklang mit dem 1992 unterzeichneten Abkommen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Es wurde auch ein Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der ukrainischen Regierung über Handel mit bestimmten Stahlerzeugnissen unterzeich-

⁶² Vgl. Boeckh, Katrin: Die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg; in: Boeckh/Völkl: Ukraine – Von der Roten zur Orangen Revolution; Regensburg; 2007; S. 122 – 185; hier: S. 215.

⁶³ Neumann, Matthias/ Pleines, Heiko: Neues Europa? Osteuropa 15 Jahre danach Beiträge für die 12. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten; Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa; Nr 60; Bremen; 2004; S. : <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoAP60.pdf>

⁶⁴ Vgl. Kuzio, Taras: National Identities and Virtual Foreign Policies among the Eastern Slavs, in: Nationalities Papers; Vol. 31; No. 4; 2003; S. 431–452.

⁶⁵ Kutschma, Leonid: Die Ukraine ist nicht Russland; Verlag: Wremja; 2003; S. 67.

⁶⁶ Vgl. Verkhovna Rada of Ukraine: Uгода pro partnerstvo i spivrobotnuztvo mij Ukrainoju i Evropejskumu Cpivtovarustvamu ta ih derjavamu-chlenamu; 10.11.1994: http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/998_012

net. Als Ergebnis des Abkommens zählt auch die Einführung einer visumfreien Einreise für Inhaber von Diplomatenpässen aus EU-Ländern.⁶⁷ Im Jahr 1997 wurde der Ausschuss Ukraine – EU Komitee gegründet. Die erste Ausschuss-Sitzung fand am 5 November 1998 in Brüssel statt und eröffnete die neue Etappe der Beziehungen, die dazu berufen war, die Bestimmungen des Abkommens über Partnerschaft und Kooperation tatsächlich umzusetzen. Diese Etappe war als der nächste Schritt im Prozess der Bekräftigung der Beziehungen in der realen Partnerschaft zwischen der Ukraine und der EU anzusehen und bewies gleichzeitig die Bereitschaft der Ukraine zuerst assoziatives Mitglied und dann auch vollständiges Mitglied der EU sein zu wollen.⁶⁸

Das zweite Gipfeltreffen fand am 16. Oktober 1998 in Wien statt. Die staatlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU wurden als „strategische und einzigartige Partnerschaft“ bezeichnet. Zum ersten Mal deutete die Ukraine darauf hin, dass sie die assoziative Mitgliedschaft in der EU anstrebt.⁶⁹ *„Wir sind realistisch genug, um zu wissen, dass die wirtschaftlichen Bedingungen (der Ukraine) einen Beitritt derzeit noch nicht gestatten [...] Es wäre wohl an der Zeit, der Ukraine den Status eines marktwirtschaftlichen Staates zuzuerkennen“*, betonte Präsident Kutschma in Wien. Außenminister Wolfgang Schüssel betonte: *„Die Ukraine gehört zum erweiterten Mitteleuropa. Ihre Integration in die europäischen Netzwerke muss schrittweise erfolgen. Die Integration der Ukraine ist unter anderem deshalb so wichtig, weil sie eine Brücke zu den zentralasiatischen Staaten darstellt“*.⁷⁰ Am 5. Oktober 1998 fand die erste Sitzung des Ausschusses für Zusammenarbeit statt und es wurden Sechs Unterausschüsse gegründet:⁷¹

- für Handel und Investitionen;
- auf Finanz-, Wirtschaftsfragen und Statistik;
- für Energie, Nuklearfragen und Umwelt;
- auf Zoll- und Grenzzusammenarbeit, die Bekämpfung der Geldwäsche und Drogenhandel;
- für Verkehr, Telekommunikation, Wissenschaft und Technik, Bildung;

⁶⁷ Vgl. Wehrschütz, Christian: Die Ukraine und die Europäische Union (1) eine Beziehung mit erheblicher Frustrationstoleranz; September 1999:

http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/01_ueu_01_ueu.pdf

⁶⁸ Vgl. Boeckh, Katrin: 2007; S. 227.

⁶⁹ Vgl. Durkot, Juri: EU oder GUS – Quo vadis, Ukraine? In: KAS-AI, H. 3; 2003; S. 34-39.

⁷⁰ Wehrschütz, Christian F.: Die Ukraine und die Europäische Union (1) eine Beziehungen mit Erheblicher Frustrationstoleranz: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/01_ueu_01_ueu.pdf

⁷¹ Delegation of the European union to Ukraine: Chronology of bilateral relations; 1998:

http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/eu_ukraine/chronology/index_en.htm

- auf Kohle, Stahl, Bergbau und Rohstoffe Branchen.

Der dritte Gipfel EU-Ukraine fand am 23. Juni 1999 statt, dem Jahr der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Die EU bestätigte ihr Vorhaben, den Beitritt der Ukraine in die Welthandelsorganisation (WTO) zu fördern. Es wurde ein Grundbaustein für die Freihandelszone zwischen der Ukraine und der EU gelegt.⁷²

Das vierte EU-Ukraine Gipfeltreffen fand am 5. September 2000 in Kiew statt. Während des Gipfels bestätigte die EU ihre Unterstützung der Reformen in der Ukraine. Das Abkommen zwischen dem französischen Präsidenten Jacques Chirac, dem Präsidenten der Eurokommission Romano Prodi und Präsident Leonid Kutschma sah weitere Vertiefungen der Zusammenarbeit vor, als wichtigen Beitrag zur Sicherstellung von Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa.⁷³ Im September 2000 wurde das Programm der Integration der Ukraine in die EU durch den Präsidenten Kutschma bewilligt.⁷⁴ Die europäische Orientierung wurde auch zum Bestandteil aller Regierungsprogramme und war von Jahr zu Jahr ein Bestandteil der Anweisungen der Präsidenten an den obersten Rat der Ukraine. Während der Genehmigung der gemeinsamen vierjährigen Strategie für die Ukraine, worin der europäische Rat festhielt, dass die erfolgreiche und stabile Ukraine am meisten den Interessen der EU entspricht. Es wurde insbesondere betont, dass die vollständige Durchführung des Abkommens über Partnerschaft und Kooperation eine Voraussetzung für die erfolgreiche Integration der Ukraine in das europäische Wirtschaftssystem ist und der Ukraine helfen wird, ihre europäische Identität einzurichten.⁷⁵ Somit, trotz der Tatsache, dass die gemeinsame Strategie darauf deutete, dass die EU politisch nicht bereit ist, auf dieser Etappe die Ukraine als zukünftiges Mitglied der Gemeinschaft vorzustellen, schlug sie neue Strategien und Möglichkeiten für die Vertiefung der Zusammenarbeit vor. Bei der richtigen Anwendung würden diese die Ukraine näher an die Integration in die EU bringen. Zum gleichen Zeitpunkt wendete sich die Ukraine an die EU mit einer Bitte, sie als assoziatives Mitglied zu kennzeichnen. Darauf folgend wurde ihr nur der Status der „Nachbarschaft mit der EU“⁷⁶ gewährt, dessen Erklärung erst ein Jahr später erfolgte.⁷⁷

⁷² Vgl. Durkot, Juri: 2003; S. 39-41.

⁷³ ebd.

⁷⁴ Vgl. Durkot, Juri: 2003; S. 41-48.

⁷⁵ Vgl. Europäische Parlament: Europäische Rat Europäische Rat Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Helsinki; 10-11. Dezember 1999: http://www.europarl.europa.eu/summits/hel1_de.htm

⁷⁶ ebd.

⁷⁷ Vgl. Kappeler, Andreas: Die kleine Geschichte der Ukraine; München; 2009; S. 283.

Der fünfte Gipfel EU-Ukraine fand am 11. September 2001 in Jalta statt. Der Gipfel fand während des Medienskandals in der Ukraine, betreffend das Verschwinden des Journalisten Georgij Gongadze, statt. Die Vertreter der EU sprachen von der Einmischung der Regierung in die Medien und von weiteren Verletzungen der demokratischen Rechte in der Ukraine. Gleichzeitig hielt die offizielle Ukraine einige Versprechen der EU nicht ein: die Finanzierung der Schließung des Tschernobyl Atomkraftwerks und die Schaffung der zusätzlichen Kapazitäten in den Rivnenska und Khmel'nitska Atomkraftwerken. Durch die Kooperation im Energiesektor, die vor allem aus dem Transit von Rohöl und Gas bestand, erwartete die Ukraine die Schaffung des Konsortiums in der Verwendung der Rohrleitung Odessa-Brodu. Jedoch befriedigte der Gipfel von Jalta nicht die ukrainischen Erwartungen.⁷⁸

Der sechste Gipfel EU-Ukraine, fand am 4. Juli 2002 in Kopenhagen statt. Die Vertreter der ukrainischen Regierung beschrieben diesen Gipfel als den ersten Versuch der Formalisierung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU. Der Präsident Leonid Kutschma erläuterte auf dem Gipfel folgende Pläne der Ukraine:

- 2003-2004 ein Abkommen mit der EU zu unterzeichnen, betreffend der assoziativen Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und die Besprechung der Einführung der Freihandelszone;
- 2004-2007 die Ukraine muss alle Vorgaben betreffend des Abkommens über assoziative Mitgliedschaft erfüllen;
- 2005-2007 – die Errichtung der Zollunion zwischen der Ukraine und der EU;
- 2007-2011 – die Vorgaben betreffend des Beitritts in die EU erfüllen.

Trotz der Erwartungen, unterzeichnete die EU nur ein Abkommen über die Kooperation in der Forschung und Technologie und begrüßte die Durchführung der demokratischen Wahlen im ukrainischen Parlament. Die Fraktion „Unsere Ukraine“, angeführt von Viktor Juschtschenko, gewann diese.⁷⁹

Der siebte Gipfel EU-Ukraine fand am 7. Oktober 2003 in Jalta statt. Die Ukraine betonte erneut ihre langfristigen strategischen Ziele, sich vollständig in die EU integrieren zu wollen. Die Europäische Union erkannte die europäischen Bestrebungen der Ukraine an und begrüßte die demokratischen Wahlen in der Ukraine. Insbesondere behauptete Leonid Kutschma, dass

⁷⁸ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of Ukraine: <http://mfa.gov.ua/ua/about-ukraine/european-integration/ua-eu-relations>

⁷⁹ Vgl. Delegation of the European Union to Ukraine: European Union-Ukraine Summit; {10607/02 (Press 195)}; 4.07.2002; Copenhagen: http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/statement_en.pdf

offizielle Kiew klare Pläne für die Zukunft der Ukraine mit den EU Vertretern ausdiskutieren wolle, um die Erleichterung der Visumpflicht für die ukrainischen Bürgerinnen und den Status des Staates mit einer Marktwirtschaft für die Ukraine zu erreichen. Vor diesem Gipfel fand im Frühling des Jahres die Europäische Konferenz statt, in der ein Programm „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“⁸⁰ präsentiert wurde. Tatsächlich schlug die EU der Ukraine keinen Status des Kandidaten auf den Beitritt in die EU vor, sondern nur einen Status des Nachbarstaates im Rahmen des europäischen Nachbarschafts-Programms vor. Gleich in diesem Jahr hat Kutschma durch sein Dekret ein Tag der Europa in der Ukraine eingeführt.⁸¹

Trotz der Erwartungen der Ukraine konnte bei dem *Achten Gipfel EU - Ukraine* im Juli 2004 in Haag kein Plan der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU finalisiert werden. Das offizielle Kiew bestand weiterhin darauf, dass die Änderungen bezüglich der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU nach der Erfüllung der Vorgaben dem Abkommen hinzugefügt werden sollen, jedoch kam keine Meldung seitens Brüssel zu diesem Thema. Der Eurokommissar Romano Prodi deklarierte die Bereitschaft der EU mit der Ukraine im Rahmen der Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zusammen zu arbeiten. *“Diese Politik hat nichts mit dem Beitritt in die EU zu tun – diese Frage steht derzeit nicht an der Tagesordnung”*⁸² fügte er bei. Der Präsident Kutschma hat es auch nicht geschafft den Status des Staates mit dem Marktwirtschaft für die Ukraine zu beschaffen. Gleichzeitig betonten die Beamten der EU, dass die ukrainische Regierung den demokratischen Verlauf der Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 sichern muss.⁸³

2.2.3 Juschtschenko Ära

Die grundsätzliche Änderung der Ansichten der Ukraine bezüglich der europäischen Integration der Ukraine passierte nach der Wahl von Viktor Juschtschenko zum Präsidenten der Ukraine. In seiner Rede auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew sagte er: *„Unser Weg in die Zu-*

⁸⁰ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Größere Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn; KOM (2003) 104; Brüssel; 11.03.2003:
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf

⁸¹ Vgl. Delegation of the European union to Ukraine: EU-Ukraine Summit; {13091/03 (Press 2869)}; 7.10.2003; Yalta:

http://eas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/summit03_statement_en.pdf

⁸² Kutschma, Leonid: 2003; S. 43.

⁸³ Vgl. Kappeler, Andreas: 2009; S. 290.

*kunft ist der Weg den das vereinte Europa geht. Wir und Europa gehören zu einer Zivilisation und teilen gleiche Werte. Unsere Geschichte, wirtschaftliche Perspektiven, Interessen der Bürgerinnen deutet eindeutig darauf hin, wo wir nach unserem Schicksal suchen sollen. Unser Platz ist in der EU. Mein Ziel – die Ukraine im vereinten Europa.*⁸⁴ Um der Aufgaben der europäischen Integration der Ukraine Genüge zu tun, bedarf es bestimmte Ziele und Vorgaben seitens der Europäischen Gemeinschaft um überhaupt das Niveau der Gespräche über den Beitritt der Ukraine in die EU erreichen zu können.

Der neunte Gipfel EU – Ukraine fand am 1. Dezember 2005 in Kiew statt. Dieser Gipfel war einer der erfolgreichsten in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU. Die EU vertraute dem vor kurzem gewählten Präsidenten Wiktor Juschtschenko und gewährte der offiziellen Vertretung Kiews gewisse Vorzüge. Es wurde entschieden, der Ukraine der Status des Staates mit der Marktwirtschaft im Rahmen der Anti-Dumping Regelung der EU zu gewähren. Es wurden auch Abkommen in Aero- und Energiesektoren abgeschlossen.⁸⁵ Die EU zeigte sich auch bereit, die Ukraine beim Beitritt in die Welthandelsorganisation zu unterstützen. Die Vertreter Ukraine und die EU - Premierminister Großbritanniens Tony Blair, oberste Repräsentant der EU Javier Solana, der Präsident der Europäischen Kommission Jose Manuel Barroso, zeigten dass *"die Demokratie und die Reformen öffneten neue Perspektiven für die Ukraine und ihre Beziehungen zu der EU."*⁸⁶

14. Juni 2004: Der EU- Rat verabschiedete die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die separat von der weiteren Erweiterung der EU betrachtet wird. ENP basiert auf drei Prinzipien - Differenzierung, Mehrwert für die Gemeindeentwicklung und Umsetzung. Sein Hauptinstrument sind die Aktionspläne, die mit jedem Land – und dessen Nachbarn bestehen. Der EU-Aktionsplan schloss 10 Ländern ein: Ukraine, Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Israel, Jordanien, Moldau, Marokko, Palästina, Tunesien. Der Aktionsplan EU - Ukraine wurde am 21. Februar 2005 unterzeichnet und definierte die wichtigsten Ziele der Vertragsparteien für den Drei- Jahres-Zeitraum. *"The European Union and Ukraine are determined to work together, through the implementation of this European Neighbourhood Action Plan, to help ensure that no new dividing lines are drawn in Europe."*⁸⁷ Der Aktionsplan definierte den stra-

⁸⁴ Juschtschenko: Nicht erlaubt Betrug; Mirror Weekly: Nr. 47; 25.11.2004.

⁸⁵ Vgl. Delegation of the European union to Ukraine: EU-Ukraine Summit; {15222/05 (Press 337)}; 1.12.2005; Kiev:

http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/eu-ukraine_summit_en.pdf

⁸⁶ Vgl. Kappeler, Andreas: 2009; S. 298.

⁸⁷ EU-Ukraine Aktionsplan: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf

tegischen Rahmen für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Werte und stellt eine Reihe von Prioritäten sowohl innerhalb als auch außerhalb des Rahmens des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU.

Der zehnte Gipfel EU – Ukraine fand am 27. Oktober 2006 statt. Während des Gipfels von Helsinki zeigten die Vertreter der EU die Bereitschaft, die Verhandlungen über der Freihandelszone zwischen der Ukraine und der EU aufzunehmen und die Form des neuen Abkommens zu besprechen. Der Präsident der Ukraine Viktor Juschtschenko betonte, dass das offizielle Kiew bereit ist, das neue Basisabkommen so zu gestalten, dass dieses „*die politische Assoziation und wirtschaftliche Integration*“⁸⁸ mitinkludiert. Die beiden Seiten diskutierten die Vorbereitung der Abkommen über die Kooperation im Energiesektor, vereinfachte Visumsbeschaffung und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Das Thema der Remission wurde umfangreich bearbeitet, um die Rückkehr der Bürgerinnen der Ukraine, die sich illegal in der EU aufhielten, zurück in die Ukraine zu erleichtern. Als Gegenleistung haben bestimmte Bevölkerungsschichten den leichteren Zugang zum Visum in die EU erhalten. Gleichzeitig zeigte sich die EU aufgrund der häufigen Machtwechsel in der Ukraine besorgt. Zu diesem Zeitpunkt war die Julija Timoschenko keine Premier-Ministerin der Ukraine mehr.⁸⁹

Der elfte Gipfel EU – Ukraine fand am 14. September 2007 statt. Im Laufe des Gipfels in Kiew stellten die politischen Vertreter fest, dass das Wichtigste in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU die vertieften Verhandlungen bezüglich der Freihandelszone sind. Es wurden konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Atomkraftstabilität in der Ukraine beschlossen, insbesondere die Fertigstellung der Maßnahmen beim Tschernobyl-„Schutzeinrichtung“-Objekt. Die offiziellen Vertreter von Kiew und Brüssel einigten sich auf einer gemeinsamen Politik bezüglich der Sicherheit der ukrainischen Atomreaktoren.⁹⁰

Der zwölfte Gipfel EU – Ukraine fand am 9. September 2008 in Den Haag statt. Das war der erste Gipfel nach der größten EU-Erweiterung in der Geschichte der EU. Auf dem Gipfel wa-

⁸⁸ ebd.

⁸⁹ Vgl. Delegation of the European union to Ukraine: EU-Ukraine Summit; {14604/06 (Press 294)}; 27.10.2006; Helsinki:

http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/eu_ukraine_summit_joint_en.pdf

⁹⁰ Vgl. Delegation of the European union to Ukraine: EU-Ukraine Summit; {12927/07 (Press 199)}; 14.09.2007; Kiev:

http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/st12927_en.pdf

ren die Fragen der inneren Entwicklung in der Ukraine und in der Europäischen Union besprochen, des Zustandes und der Perspektiven der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und die EU – „Strategy for the External Dimension of Justice and Home Affairs (JHA): Global Freedom, Security and Justice“.⁹¹ Im Verlauf des Gipfels wurden die Perspektiven der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), insbesondere der Aktionsplan EU – Ukraine, beschlossen. Die ukrainische Seite hat deutlich gemacht, dass das Wichtigste für das Land ist, dass der Aktionsplan nicht nur eine Systematisierung der bestehenden Bereiche der Zusammenarbeit mit der EU aufweisen soll, sondern auch dem Land eine echte Perspektive bieten. Es waren für die Ukraine vor allem die vier Grundfreiheiten wichtig - freier Personenverkehr, freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr und freier Kapitalverkehr. Die Diskussion auf dem Gipfel bekräftigte dessen Bedeutung, vor allem dadurch, dass die Parteien für die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU sorgten.⁹²

Der dreizehnte Gipfel EU – Ukraine fand am 4. Dezember 2009 statt. Die Führungskräfte der Ukraine und der EU begrüßten den dritten Fortschrittsbericht zu den Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen, in Anbetracht der erheblichen weiteren Fortschritte, die im Laufe des Jahres erreicht wurden. Sie stellten eine progressive, innovative und umfassende Natur des Abkommens fest. Zusammen mit dem Assoziierungsabkommen wird die Assoziierungsa-genda der politischen Assoziierung und wirtschaftlichen Integration mit der EU zu fördern sein. Die EU hat die wachsende Annäherung der Außenpolitik und der Sicherheit, gegründet auf den allgemeinen Werten und den Verpflichtungen, bestätigt. Ab 2009 entwickeln sich die Beziehungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union im Rahmen der Initiative der EU «Östliche Partnerschaft». Der Präsident der Eurokommission Jose Manuel Barroso pflegte die Hoffnung, dass die Gespräche über Assoziation Ende 2010 fertig gestellt werden können. Gleichzeitig wurde er von den Taten der ukrainischen Regierung enttäuscht und sagte: „*Herr Präsident, ich werde ehrlich zu Ihnen sein. Sehr oft kommt es uns vor, dass das Versprechen die Reformen durchzuführen nur teilweise erfüllt wird und die Wörter selten durch Taten begleitet werden.*“⁹³ Als die Hauptgründe für die langsamen Reformen nannten die Experten die Konfrontation zwischen dem Präsidenten Viktor Juschtschenko und Premier Ministerin Timo-

⁹¹ Vgl. Council of the European Union: A Strategy for the External Dimension of JHA: Global Freedom, Security and Justice; Brüssel; 30.11.2005:

⁹² Vgl. Join Evaluation Report EU-Ukraine Action Plan; Brussels/Kyiv, March 2008:
http://ec.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/ukraine_eu_joint_evaluation_2008_en.pdf

⁹³ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of Ukraine: Ukrain-EU Summit; Joint Statement; 4.12.2009; Kyiv:
<http://mfa.gov.ua/en/page/open/id/780>

schenko.⁹⁴

2.2.4 Die Janukovich Ära

Der Wahl von Viktor Janukovich zum Präsidenten wurde in den Medien als eine Rückkehr zur „bi-vektoralen“⁹⁵ Politik der 90er Jahre beschrieben. Stattdessen gab es einen Stillstand und es folgten keine Entscheidungen bezüglich des Beitritts in die EWR oder GUS.

Der vierzehnte Gipfel EU – Ukraine fand am 25. November 2010 statt. Zum ersten Mal nach der Wahl besuchte der neu gewählte Präsident der Ukraine Viktor Janukovich den Gipfel in Brüssel. Zu diesem Zeitpunkt hat die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine bereits die Anschuldigungen gegen die ehemalige Premierministerin der Ukraine Julija Timoschenko zu dem bekannten „Gas Fall“, der stark in den Medien diskutiert wurde, gemacht. Auf dem Gipfel wurde der Aktionsplan für das Visumfreie Model zwischen der Ukraine und der EU vorgestellt. Dies beinhaltete 60 Punkte und sah die Aktualisierung der bestehenden fünfzehn und die Entwicklung sieben neuer nationalen Strategien vor. Der Präsident des EU Rates Herman van Rompey und der Präsident der Eurokommission Jose Manuel Barroso zeichneten den Fortschritt in den Beziehungen Ukraine - EU aus, betonten aber gleichzeitig, dass die Ukraine alle Anforderungen bezüglich der Visumpolitik erfüllen muss. Die beiden Seiten bestätigten auch das gemeinsame Vorhaben, die Freihandelszone zwischen der Ukraine und der EU einzuführen, mit dem Ziel der schrittweisen Integration der Ukraine in den internen Markt der EU.⁹⁶ Während seines Besuchs in Berlin deutete Präsident Janukovich an dass die Ukraine sich im Klaren darüber ist, dass die Verhandlungen über Assoziierungsabkommen nicht dem Beitritt der Ukraine in die EU beisteuern, sondern lediglich als eine Perspektive des Beitritts anzusehen sind. In der Ukraine werden Janukovich's Aussagen skeptisch betrachtet und als Täuschungsmanöver gesehen, da der Präsident weiterhin die Interessen der Oligarchien in der Ukraine präsentiert und die EU als Wirtschaftsgemeinschaft ohne weiteres sieht.⁹⁷

Der fünfzehnte Gipfel EU – Ukraine fand am 16. Dezember 2011 statt. Der Präsident der Eurokommission Jose Manuel Barroso und der Präsident des Europäischen Rates Herman van Rompuy betonten, dass die Unterzeichnung und die Ratifizierung des Abkommens vollkom-

⁹⁴ ebd.

⁹⁵ Vgl. Reiter, Erich (Hg.): Entwicklungsszenarien in Osteuropa – mit Schwerpunkt Ukraine; Böhlau Verlag; 2011; S. 46.

⁹⁶ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of Ukraine: EU-Ukraine Summit, 22.11. 2010; Brussels: <http://mfa.gov.ua/en/page/open/id/777>

⁹⁷ Vgl. Reiter, Erich (Hg.): 2011; S. 47.

men vom Zustand der Demokratie in der Ukraine abhängig sind. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Julija Timoschenko zu sieben Jahre Haft verurteilt. *„Wir wollen uns so schnell wie möglich in die Richtung der Unterzeichnung und Ratifizierung des Assoziierungsabkommens begeben, aber unsere Bewegung direkt von der politischen Situation abhängt. In diesem Sinne führt eine bestimmte Anzahl an internen Prozessen in der Ukraine zu einer schweren Atmosphäre in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU“*⁹⁸ – sagte Herman van Rompuy. Die Vertreter der EU stellten fest, dass der Weg für die technische Vorbereitung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU, inklusive die Verträge für die Freihandelszone, offen ist, aber die weitere Bewegung völlig von der ukrainischen Regierung abhängig ist.⁹⁹

Der sechzehnte Gipfel EU – Ukraine fand am 25. Februar 2013 statt und es wurde eine gemeinsame Anweisung bewilligt, die als eine Bestätigung dazu diente, die Bereitschaft der Ukraine alle Vorgaben, die für den Assoziierungsabkommen und die Schaffung der Freihandelszone notwendig sind, zu erfüllen. Die Vertreter zeigten das Engagement für das bereits mehrmals besprochene Assoziierungsabkommen und das Thema Freihandelszone. Die weiteren Schritte wären erst dann möglich, wenn die notwendigen Schritte in diese Richtung seitens der Ukraine endgültig vorgenommen sind, die während des Gipfels Ukraine – EU 2011 aufgezeichnet wurden. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht die Ukraine die Anwendung und Einhaltung der Bestimmungen, die in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 10 Dezember 2012 zu finden sind, als Pflicht. Die Vereinbarung gilt als Priorität für die Ukraine. Die Unterzeichnung kann auch durch Teilanwendung vom bestimmten Teilen des Abkommens, durch die Ukraine, begleitet werden.¹⁰⁰

Die Vertreter der EU haben auch den Abschlussbericht der OSCE bezüglich der Nationalratswahlen in der Ukraine vom 28. Oktober 2012 unter die Lupe genommen. Die Vertreter der Ukraine willigten ein, die Änderungen in den Wahlrechtsvorschriften vornehmen zu wollen. Diese sahen die klaren Regeln im Wahlkodex und eine enge Zusammenarbeit zwischen Wahlteilnehmer, Medien, OSCE und dem Europäischen Rat vor, und würden zusätzlich die Frage bezüglich der gültigen Ergebnisse in bestimmten Wahlgebieten genauer untersuchen können. Die Regierungschefs tauschten die Meinungen über internationale und regionale Fragen aus,

⁹⁸ ebd.

⁹⁹ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of Ukraine: EU-Ukraine Summit, 19.12. 2011; Kyiv: <http://mfa.gov.ua/ua/page/open/id/3474>

¹⁰⁰ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of Ukraine: EU-Ukraine Summit; Brussels; 25.11.2012: <http://mfa.gov.ua/ua/page/open/id/3519>

insbesondere die, die die Präsidentschaft der Ukraine in der OSCE betreffen. Die Ukraine besitzt bestimmte Fähigkeiten, um als eine Verbindungsstelle in der OSCE tätig sein zu können und kann diese auch zur Verbesserung der eigenen Verfassung einsetzen. Diese zeigten sich auch bezüglich der Teilnahme der Ukraine in den OSCE Missionen zufrieden.¹⁰¹

Das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, dessen Inhalt speziell für die Ukraine entwickelt worden ist, wurde als Ersatz des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit vorbereitet. Das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU ermöglicht den Übergang von der Partnerschaft und Zusammenarbeit zur politischen Assoziierung, sowie in der weiteren Folge zur wirtschaftlichen Integration. Ein wichtiges Element des Abkommens ist die Bestimmung über die Schaffung einer ausgebauten und allumfassenden Zone des Freihandels. Die Ukraine betrachtet das Assoziierungsabkommen als einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Annäherung an die nächste Stufe, - die Stufe der Vorbereitung auf den EU-Beitritt. Das Abkommen hat für die Ukraine eine große wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Bedeutung. Es eröffnet die Perspektive für die Ukraine, zum Bestandteil des europäischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Raums zu werden.

Jedoch, traf das Ministerkabinett am 21. November 2013 kurz vor dem Gipfeltreffen in Vilnius die Entscheidung, das Vorbereitungsverfahren zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union einzustellen. Die Verordnung darüber wurde offiziell durch den Ministerpräsident der Ukraine Mykola Asarow angekündigt.

Als Antwort auf die Exportblockade seitens Russlands beauftragte das Ministerkabinett die Ministerien und Behörden *„Maßnahmen ... einzuleiten, die auf die Entwicklung des Handels, der industriellen Zusammenarbeit und des technologischen Austausches mit den GUS-Staaten gerichtet sind.“*¹⁰² Den Worten von Mykola Asarow zufolge, sei diese Entscheidung dadurch verursacht, dass es sich als unmöglich darstellt, die Wirtschaft in kürzeren Zeiträumen zu modernisieren, um für den Wettbewerb mit den europäischen Produzenten, zu dem es im Falle der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens kommt, bereit zu sein.

Am 24. November 2013 fand die größte Demonstration seitens der Opposition zu Regie-

¹⁰¹ ebd.

¹⁰² Pravda Ukraine: Azarov otkazalsya ot coglasheniya ob associacii s ES; 21.11.2013: http://www.pravda.com.ua/news/2013/11/21/7002657/view_print/

rungszeiten von Janukowich statt. Die Kolonnen von Demonstranten erstreckten sich die ganze Khreschatyk - Straße (Hauptstrasse in Kiew) entlang aus; nach Schätzungen der Opposition, kamen zum Protest 150 Tausend Menschen zusammen, nach Schätzungen des Innenministeriums waren es ungefähr 50 Tausend Personen. Diese Völkerversammlung nahm einstimmig „die Forderungen des Euro-Majdans“ an und überreichte diese an die Regierung. Es wurden zahlreiche Forderungen formuliert, die vor allem Rücktritt der Regierung von Asarow und ihn selbst verlangten.¹⁰³ Die Proteste auf dem Euromajdan wurden von einem weiten Kreis der Politiker unterstützt und zeigten somit die klaren Unterschiede in der Politik der Ukraine. Insbesondere zeichnete sich auf Majdan die politische Gruppe mit dem Namen „Studentinnen“ auf, die aus ein paar Tausenden Personen bestand. Die Führungspersonen dieser Gruppe versuchten ihre Proteste als „nicht politisch“ zu organisieren, und hoben nur die Anforderung der Assoziierung mit der Europäischen Union hervor. Aber nach der Auflösung des Majdan in der Früh (4:00) am 30. November 2013 verloren diese „nicht politische Führungspersonen“ an Einflussnahme auf die Massen, ihre „nicht politische Rhetorik“ war im Kontext der Anforderungen „des Rücktritts von der Regierung und des Präsidenten“ nicht zu hören. Dieses wurde von den Menschen am Majdan als eine Hauptforderung gesehen.¹⁰⁴

Vom 23. – 25. November fanden in 20 Ländern der Welt die Solidaritätsaktionen mit den ukrainischen Bevölkerung statt, die gegen den Beschluss der ukrainischen Regierung protestierten, das Verfahren der Vorbereitung auf die Unterzeichnung der EU-Assoziierung abzustellen. Unter den größten Euromajdans sind die Aktionen in den Städten von Kanada, der USA, Deutschlands, Polens, Großbritanniens, Italiens und Frankreichs zu nennen. Die kleineren Aktionen fanden in Österreich (Wien), Australien (Melbourne), Belgien (Brüssel), Georgien (Tiflis), Estland (Tallinn), Israel (Tel-Aviv), Irland (Dublin), Spanien (Barcelona), Litauen (Vilnius), Norwegen (Bergen, Oslo), Portugal (Lissabon), Ungarn (Budapest), Finnland (Turku), Tunesien (Tunesien), Tschechien (Brno, Prag), Schweden (Malmö, Stockholm), in der Schweiz (Basel, Genf) und anderen Ländern.¹⁰⁵ Die Aktionen fanden unter der Teilnahme der ukrainischen Studentinnen, der Diaspora und der Bürgerinnen, die die Bestrebung der Ukraine unterstützen, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, statt.

¹⁰³ Vgl. Evromajdan pruzyal rezoljuciju i obiyavil bessrochnuju akziju: LB.UA; 24.11.2013: http://lb.ua/news/2013/11/24/242546_evromaydan_prinyal_rezolyutsiyu.html

¹⁰⁴ ebd.

¹⁰⁵ Pro-West-Protest: Klitschko warnt vor Bürgerkrieg in der Ukraine: Der Spiegel; 20.01.2014: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/pro-west-protest-klitschko-warnt-vor-buergerkrieg-in-der-ukraine-a-944383.html>

Die Reaktion des Europäischen Parlaments: Am 26. November verbreiteten die Massenmedien die Information über die offizielle Erklärung der Vertreter des Europäischen Parlaments über die möglichen schweren Folgen für die ukrainische Regierung, wenn sie die Gewalt gegen Anhänger der europäischen Integration während der Massenproteste einsetzt. *„Die ukrainische Regierung hat kein Recht, die Kraft gegen Demonstranten einzusetzen, die einen friedlichen Protest auf dem Europäischen Platz gegen den Beschluss der ukrainischen Regierung durchführen, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen. Sonst werden ernsthafte Sanktionen eingeführt...“*.¹⁰⁶

Die Reaktion der NATO: Am 28. November antwortete der NATO-Generalsekretär, Anders Fogh Rasmussen auf die Frage der Journalisten „über den Druck auf die Ukraine“: *„Übt jemand den Druck auf die Ukraine aus, um sie von der Beschlussfassung abzuhalten, das Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, so stellt das eine grobe Verletzung der Grundsätze dar, die wir noch 1999 unterzeichnet haben...“*.¹⁰⁷

Die oberen Unterkapitel dienen zu einer chronologischen Darstellung der Entwicklungen in der ukrainischen Politik der letzten 20 Jahre. Haas bemerkte, dass die Entwicklung der Integrationsprozesse Großteils nicht von der Idee der Integration, sondern von Interessiertheit von bestimmten sozio-politischen Gruppierungen abhängig ist. Diese Idee ist am Beispiel der politischen Entwicklung der unabhängigen Ukraine deutlich sichtbar. Jeweils mit dem Wechsel der Präsidenten, die immer zu einer bestimmten sozio-politischen Gruppe gehörten, kam einer der Eigenschaften der neofunktionalistischen Analyse zum Erscheinen – Dualität der Loyalität. Das Problem bestand darin, dass die ukrainische Politik immer durch den ewigen Konflikt der Interessen geprägt wurde – sogar wenn die nationalen Interessen der sozio-politischen Gruppierungen übereinstimmten, gab es immer Streitigkeiten bezüglich der übernationalen Interessen. Eine Gruppe sehnte sich in die europäische Richtung, die andere in die Partnerschaft mit den GUS-Ländern. Der häufige Regierungswechsel erschwerte nur die Zusammenarbeit. Die Entscheidungen auf der politischen Ebene verlangsamten die Integrationsprozesse und hatten direkten Einfluss auf die ukrainische Wirtschaft. Die wichtigsten wirtschaftlichen Beziehungen werden im nächsten Kapitel analysiert.

2.3 Analyse der wirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine

Dieser Unterkapitel reflektiert die bedeutendsten Phasen in der ukrainischen Wirtschaft und

¹⁰⁶Eskalation der Gewalt in der Ukraine; in Ukraine – Analyse; Nr. 126; 28.01.2014; S. 9.

¹⁰⁷Eskalation der Gewalt in der Ukraine; in Ukraine – Analyse; Nr. 126; 28.01.2014; S. 16.

beinhaltet wichtige statistische Daten, die die Beschreibung dieser Entwicklung untermauern.

2.3.1 Krise 1990-er Jahren

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, sowie dem Abbruch sämtlicher Wirtschaftsbeziehungen mit den ehemaligen Republiken war die Ukraine, die ihre Unabhängigkeit erklärt hatte, von ernsthaften Problemen sowohl auf dem Binnen- als auch auf dem Außenmarkt betroffen. Die größte Anzahl der Bevölkerung war der Meinung, dass sich die Erklärung der Unabhängigkeit automatisch in die Verbesserung deren finanziellen Lage des Landes und somit auch dessen Einwohner ergibt und die von den Sowjetzeiten vererbte Wirtschaftskrise beseitigt. In der ersten Hälfte der 90-er Jahre spürte aber das Land jedoch die Zunahme an Wirtschaftsschwierigkeiten, die eine wesentliche Senkung der Lebensqualität der Bevölkerung auslösten. Die Verschärfung der Krise wird sowohl durch objektive Bedingungen verursacht, als auch durch Planungsfehler in der Wirtschaftspolitik der Republik. Unter den objektiven Bedingungen der Krise sind aufzuzählen:¹⁰⁸

- die sowjetische (ukrainische) Industrie hatte zum Ziel, nicht die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern die Produkte herzustellen, die direkt oder indirekt mit dem Militärisch-Industriellen-Komplex zusammenhängen (in der Ukraine nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist 40% des sowjetischen Militärisch-Industriellen-Komplexes geblieben);
- überwiegende Anwendung der veralteten Technologien mit dem nicht effizienten Energieverbrauch sowie eine niedrige Wettbewerbsfähigkeit;
- in den meisten Unternehmen war die veraltete Technik im Einsatz (eine dringende Modernisierung benötigten 40% der Maschinen und Anlagen);
- die Industrie der Republik erzeugte nicht mehr als 20% des Endprodukts; den größten Teil ihrer Warenprodukte stellten die Halbfabrikate und Zubehöre dar;
- rückständige Landwirtschaft und Wirtschaftsführungsmethoden.

Verstärkt wurden die objektiven Wirtschaftsschwierigkeiten von der nicht kompetenten Wirtschaftsführung und den fehlenden Bereitschaft, die Marktreformen umzusetzen, herbeigerufen. Insbesondere durch folgende markante Maßnahmen:¹⁰⁹

- Ausscheiden der Ukraine aus dem etablierten System der Wirtschaftsbeziehungen.

¹⁰⁸ Vgl. Ernst, Piehl: Die Ukraine; in: Piehl, Ernst/ Schulze, Peter W./ Timmermann, Heinz: Die offene Flanke der Europäischen Union – Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau; Berlin; 2005; S. 331–457; hier S. 345-356.

¹⁰⁹ Vgl. Vincentz, Volkhart: Perspektiven für einen Reformschub in der Wirtschaft; in: Simon, Gerhard: Dieneue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik; Köln; 2002; S. 245 – 265.

Dadurch blieben viele Unternehmen der Ukraine ohne Verbraucher und Finanzierung (von 1990 bis 1994 Jahren ist das Volumen der industriellen Produkte um 41% geschrumpft). In westlichen Ländern waren die Produkte der ukrainischen Herstellung nach Weltstandards nicht wettbewerbsfähig.

- Die Wirtschaft der Ukraine hing wie früher von Erdölgas-Treibstoff ab, den Russland, Kasachstan und Turkmenistan geliefert hatten. Infolge der Marktreformen in Nachbarstaaten stiegen die Preise in der Ukraine auf Gas binnen 1992 um das Hundertfache, und auf Erdöl – um das dreihundertfache an. Die Haushaltsausgaben sind somit angestiegen.
- 1994 brachte die Nationalbank der Ukraine die Inflation zum Halten. Dies wurde aber nur dadurch erreicht, dass die Zahlungen der Löhne, Gehälter, Renten und andere Sozialausgaben künstlich verzögert und viele staatliche Betriebe stillgelegt wurden.
- Ende 1993 – Anfang 1994 wurde auf einer Direktiven Ebene ein niedriger Währungskurs festgelegt und der Interbank-Devisenhandel abgestellt. Das Niveau der direkten und indirekten staatlichen Preisregulierung ist bis 80% gesunken.
- Der nicht begründete Steuerdruck (in der Ukraine war der höchste Ertragssteuersatz in der Welt in Höhe von 90% festgelegt). Die Unternehmer zeigten dem Staat nicht ihre Erträge. Ende 1994 betrug der Schattensektor nach Angaben des Ukrainischen Fonds für Reformunterstützung 60%.
- Die Kredite, die der Ukraine gewährleistet waren, wurden nicht für neue Technik, Technologien und Organisation der Industrie ausgenutzt, sondern halfen der damaligen Regierung mit Erträgen und Ausgaben des Staates über die Runden zu kommen. 1994 beliefen sich die Außenstände der Ukraine auf 4,3 Mrd. US-Dollar, mit Stand vom 01. 03.1999 betrug diese Zahl 11,2 Mrd. US-Dollar. Am 01.03. 2004 schuldete das Land 8,678 Mrd. US-Dollar, am 1.03.2005 -16,316 Mrd. US-Dollar.

Die instabile Regierungspolitik in Fragen des ausländischen Kapitals und die Korruption der Beamten bildeten ein ungünstiges Investitionsklima und eine nicht ausreichende Wirtschaftattraktivität für das ausländische Privatkapital.

In ihrem Besterben die wirtschaftliche Souveränität, den Wohlstand und Bedingung für eine hemmungslose Arbeit zu sichern, hätte die Ukraine eine wirtschaftliche Reform umsetzen müssen. Deren Umsetzung trug aber einen widersprüchlichen Charakter. Es wurde kein genaues Programm für die Reformierung der Wirtschaft entwickelt. Die Reformen liefen langsam und waren durch das Verhältnis der politischen Kräfte in der Gesellschaft geprägt. Eine

erfolgreiche Umsetzung der Reformen war auch von den häufigen Regierungswechseln abhängig.¹¹⁰

Im Jänner 1992 sind Kupon-Karbowanez als Vorreiter einer vollwertigen Nationalwährung eingeführt worden. Ab dem 25. August 1996 brachte man laut der Verordnung des Präsidenten Leonid Kutschma „Über die Geldreform“ eine neue Nationalwährung der Ukraine Hrywnja auf den Markt, die bis heute relativ stabil blieb.¹¹¹

Zu einem wichtigen Element der Marktinfrastruktur wurden Banken. Die Zentralbank des Staates ist die Nationalbank der Ukraine, die die Staatspolitik im Bereich des Geldumlaufs, der Kredite, Verstärkung der Geldeinheit ausübt sowie den Kurs des Staates auf Währungen von den anderen Staaten bestimmt. Die ukrainische Nationalbank verfügt über ein Monopolrecht, das Geld in Umlauf zu bringen, aufbewahrt die Reservefonds des Geldes, ebenso wie der Edelmetalle und sonstiger Staatswerte.

Das Jahr 2000, wenn die Regierung von Wiktor Juschtschenko die Macht erlangt hat, wurde zum Wendepunkt der ukrainischen Wirtschaft und zeichnete sich mit der wirtschaftlichen Stabilisierung aus. Zum ersten Mal während der ukrainischen Unabhängigkeit erzielte man den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5,9%; 2001 um 9,2%; 2002 um 5,2%; 2003 um 9,6%; 2004 um 12,1%.¹¹² Innerhalb von 1999- 2002 stieg die Produktion der Konsumgüter um 40,2%, und des Maschinenbaus um 38,4%. Die ausländischen Direktinvestitionen erhöhten sich von 4,84 Mrd. US-Dollar im Jahre 1999 auf 7,3 Mrd. US-Dollar am 1. Juli 2004.¹¹³ Diese werden im nächsten Unterkapitel genauer beschrieben.

2.3.2 Investitionstätigkeit zwischen 2000-2013 Jahren

Die EU-orientierte Wahl der Ukraine widerspiegelt die lebenswichtigen Interessen des Landes und die Absichten der Bürgerinnen, ihren Staat als ein integrierter Teil des einheitlichen Europas anzusehen. Die existierenden Entwicklungsvektoren sichern den Kurs auf die europäische Integration und beschaffen der Ukraine einen Platz im System der Wirtschaftsbeziehungen. Die Investitionstätigkeit bedeutet für die Ukraine die Bewegung in Richtung der zivili-

¹¹⁰ Vgl. Vincentz, Volkhart; 2002; S. 245 – 265.

¹¹¹ Vgl. Kuzio, Taras/Wilson, Andrew: Ukraine Under Kuchma: Political Reform, Economic Transformation, and Security Policy in Independent Ukraine (Studies in Russian & Eastern European History and Society); Hardcover; 2000; p. 179-190.

¹¹² Economist: <http://www.economist.com/markets/indicators/>

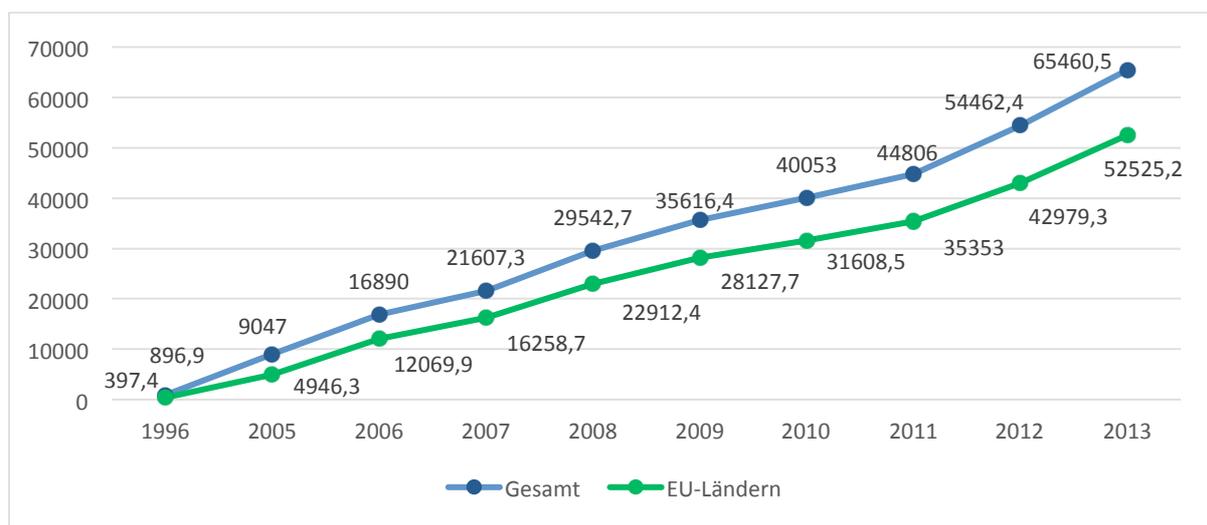
¹¹³ Ukrainisches Statistikkomitee: Das Bruttoinlandsprodukt; 2013: http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2005/vvp/vvp_ric/vvp_u.htm

sierten, sozial- und marktorientierten Wirtschaft.

Heutzutage wird die Investitionszusammenarbeit als eine separate Art in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen angesehen, zu deren Zielen eine sinnvolle Aufteilung der Investitionsressourcen gehört. Dadurch können höhere wirtschaftliche Ergebnisse erreicht werden.

Das Volumen der ausländischen Direktinvestitionen betrug am 1. Jänner 2013 52,2 Mrd. US-Dollar und erhöhte sich somit im Vergleich zu Volumen von Jänner 1996 um 44,6%, was 873 US-Dollar pro Person betrug (siehe Graphik 1).

**Graphik 1: Ausländische Direktinvestitionen in der Ukraine 1996-2013
(in Mio. US \$ zu Jahresbeginn)**



Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee:

http://ukrstat.org/uk/operativ/operativ2013/zd/ives/ives_u/ives0713_u.htm

Die Zahl der Länder, die in die Wirtschaft der Ukraine investieren, betrug am 1. Jänner 1996 94 Länder, zum Anfang 2013 waren es bereits 215.¹¹⁴ Die größten Volumina der ausländischen Direktinvestitionen wurden von den Nichtresidenten aus 10 Ländern geleistet: Zypern, Deutschland, Niederlande, Russische Föderation, Österreich, Frankreich, Polen, die USA, Großbritannien und Schweden, die über 81% des Gesamtvolumens der Direktinvestitionen in der ukrainischen Wirtschaft verfügen. Im Vergleich zu 1996 schieden aus den 10 größten Investorenländern die Schweiz, Irland, Belgien und Polen aus, und überließen den Platz für

¹¹⁴ Vgl. Ukrainisches Statistikkomitee: Die Express-Ausgabe: Außenhandel der Ukraine im Jahr 2013; No.140; 14.08.2013; S. 4.

Schweden, Großbritannien, Österreich und Frankreich.¹¹⁵

Den Angaben des Ukrainischen Statistikkomitees zufolge legten die ausländischen Investoren im Jahre 2013 5986 Mio. US-Dollar der Direktinvestitionen. Aus den EU-Mitgliedsstaaten wurde 4605,8 Mio. US-Dollar (76,9% des Gesamtvolumens), aus den GUS-Staaten – 849,2 Mio. US-Dollar (14,2%), aus den anderen Staaten – 531,0 Mio. US-Dollar (8,9%).¹¹⁶

Einen Zuwachs erfuhr das Kapitalvolumen aus Zypern um 909,3 Mio. US-Dollar, aus Frankreich – um 736,3 Mio. US-Dollar, Deutschland um 475,0 Mio. US-Dollar und Schweden um 454,1 Mio. US-Dollar. Die erwähnten Länder gewährleisteten fast 90% des Zuwachses am ausländischen Direktkapital in die Ukraine.¹¹⁷ In der Regel zählen zu den wichtigsten Partnern der Ukraine im Investitionsbereich die EU-Mitgliedsstaaten. Als gesetzliche Übereinkommensbasis gilt das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit (APZ) (abgeschlossen am 16.06.1994, am 1. März 1998 rechtswirksam geworden, Laufzeit - 10 Jahre).¹¹⁸ Die Ukraine und die EU fingen jedoch am 5. März 2007 das Verhandlungsverfahren zum Abschluss eines neuen Abkommens, das nach des 12 Gipfeltreffens Ukraine – EU (am 9. September 2008, Paris, Frankreich) als „Assoziierungsabkommen“ zwischen der Ukraine und der EU bezeichnet wird.¹¹⁹

Unter den hauptsächlichen Investitionsländern werden besonders Zypern, Deutschland, Niederlande, Österreich, das Vereinigte Königreich und Polen gesondert angesehen. Ein Spitzenreiter nach den Investitionsvolumen in die Ukraine ist Zypern (17692,2 Mio. US-Dollar); den zweiten Platz belegt Deutschland (6124 Mio. US-Dollar); den dritten – die Niederlande (5260,8 Mio. US-Dollar) (siehe Graphik 2).

¹¹⁵ Vgl. Zypern und Deutschland - die größten Investoren in der Ukraine:

<http://ubr.ua/finances/macroeconomics-ukraine/kipr-i-germanii--krupneishie-investory-v-ukrainu-78409>

¹¹⁶ Vgl. Ukrainisches Statistikkomitee: Die Express-Ausgabe: Außenhandel der Ukraine im Jahr 2013; No. 140; 14.08.2013; S. 5.

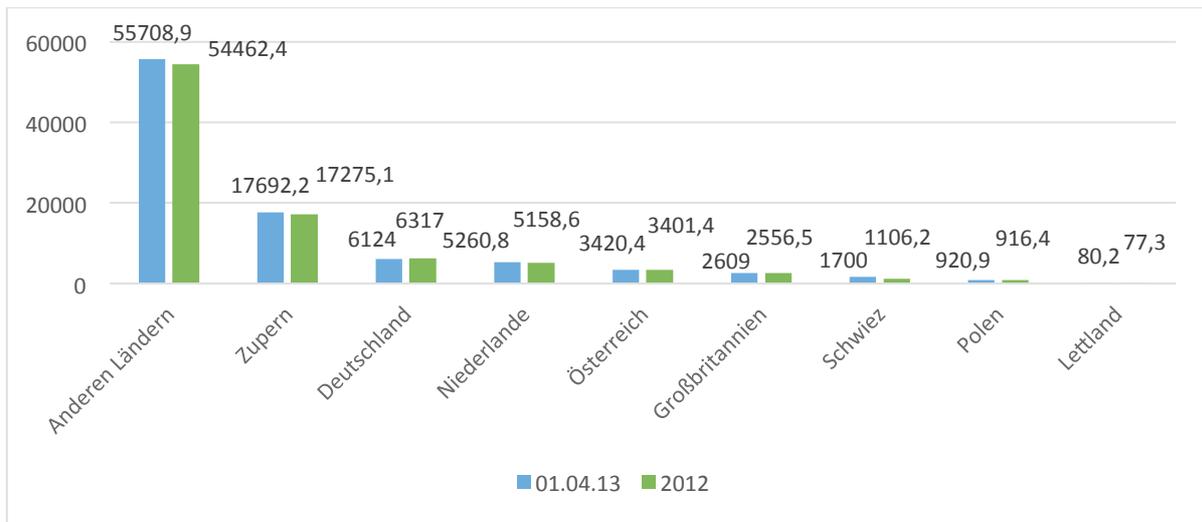
¹¹⁷ ebd.

¹¹⁸ Vgl. Ukraine Nachrichten: Ökonomische Jahresbilanz der Ukraine; 18.01.2014:

<http://ukraine-nachrichten.de/thema/statistik/>

¹¹⁹ ebd.

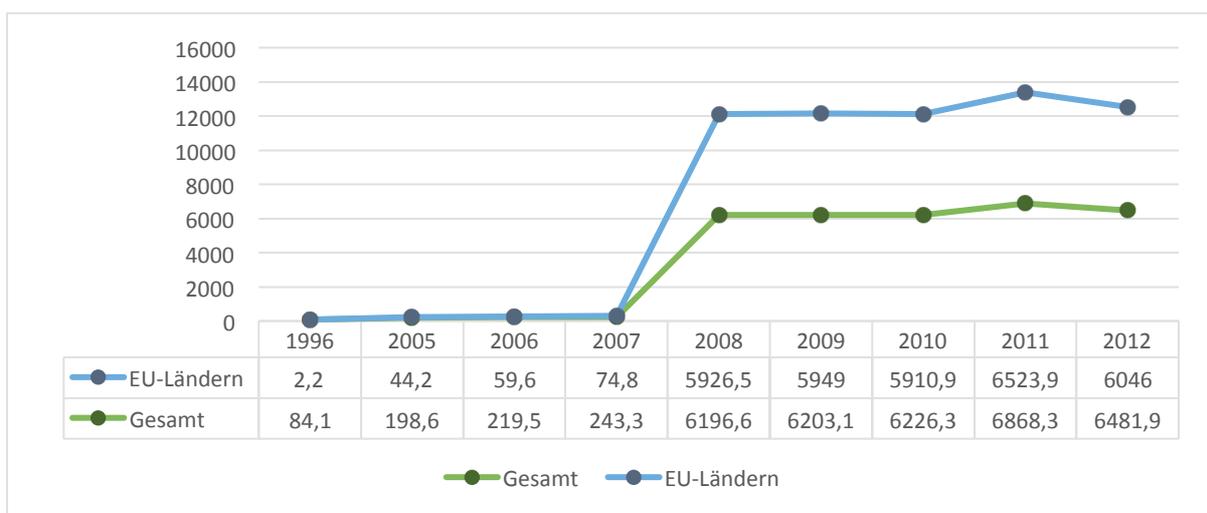
Grafik 2: Ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine von den großen Ländern investieren 2012 – 2013 (in Mio. US \$ zu Jahresbeginn)



Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee: <http://ukrstat.org/uk>

Das wesentliche Investitionsvolumen aus der Europäischen Union sind in den industriellen Unternehmen konzentriert – 22,6% (Nahrungsmittel-, Getränke-, Tabakwaren-, Metallindustrie). 22,1% der ausländischen Investitionen aus der EU wurden in die Finanzinstitutionen gerichtet. 9,2% der Investitionen kam den Unternehmen zu, die die Immobilientransaktionen, Miete, Engineering und Erbringung der Dienstleistungen an Unternehmer betreiben. In die Unternehmen, die im Handel, in der Autoreparatur, Renovierung der Hausgeräte und Gegenstände der eigenen Verwendung tätig sind, wurde 8,6% der Investitionen angelegt.¹²⁰

Grafik 3: Direktinvestitionen aus der Ukraine zwischen 1996-2012 (in Mio. US \$)



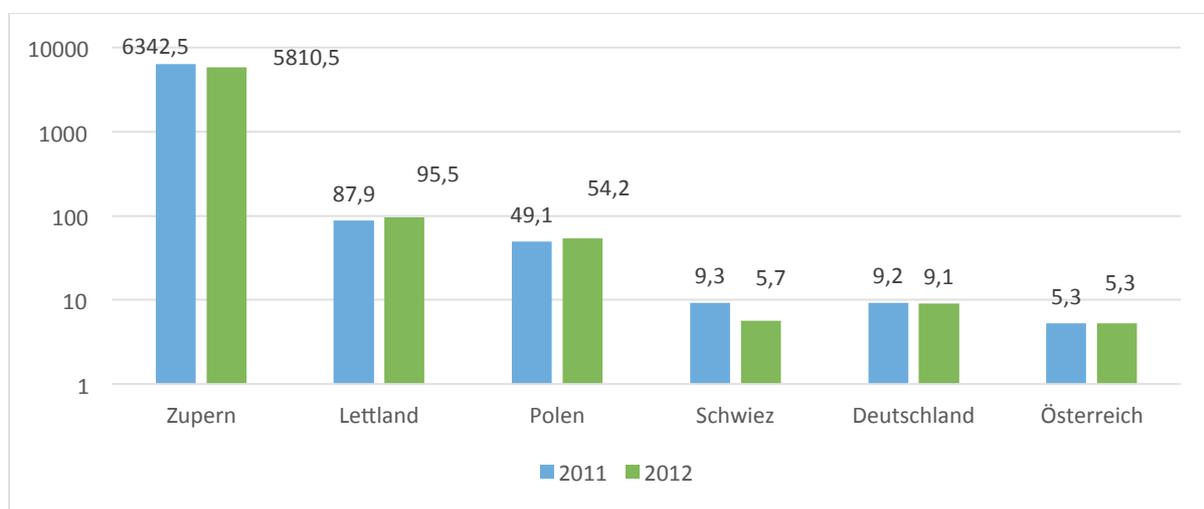
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee: <http://ukrstat.org/uk>

¹²⁰ Vgl. Die Investitionen zu die Ukraine aus den EU-Ländern wurden auf 21 % verringert: <http://delo.ua/ukraine/investicii-v-ukrainu-stran-es--138691/>

Insgesamt erreichten die Direktinvestitionen aus der Ukraine im Jahr 2012 zu den EU-Mitgliedstaaten erreichten 6046 Mio. USA-Dollar. Dies beträgt 94,7% des gesamten ukrainischen Außen Investment (6793,2 Mrd. USA-Dollar) (siehe Graphik 3).

Unter den EU-Ländern den ersten Platz in Bezug auf Investitionen aus der Ukraine nimmt Zypern ein (5810,5 Mio. US-Dollar), den zweiter Platz - Lettland (95,5 Mio.), den dritter Platz – Polen (54,2 Mio. US-Dollar) (siehe Graphik 4).

Grafik 4: Direktinvestitionen aus der Ukraine von den großen Ländern investieren 2011-2012 (in Mio. US \$ zu Jahresbeginn)



Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee: <http://ukrstat.org/uk>

In der Regel gibt es einen positiven Trend in der Investitionszusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU-Mitgliedstaaten. Inländische Experten beachteten vor allem die Investitionen und die Zusammenarbeit mit Zypern, Deutschland und den Niederlanden, weil diese Länder zur Integration der Ukraine ausgiebig beitragen könnten. Wechselwirkungen zwischen diesen Ländern können historische Verantwortung für den westlichen Vektor einnehmen. Das größte Hindernis für die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU bleibt nach wie vor der riesige Unterschied im ökonomischen Niveau zwischen der Ukraine und der europäischen Ländern.

Die Ukraine gehört zu den zehn Ländern, dessen Unternehmen aktiv die Offshore Systeme für ihre Geschäfte benützen. Laut dem Minister für Einkünfte und Steuereinnahmen, verliert die Ukraine jährlich etwa 100 Milliarden US Dollar wegen solcher Machenschaften. Nach Schätzungen der Tax Justice Network, hat die Ukraine seit dem Erlangen ihrer Unabhängigkeit

bereits 165 Mrd. US Dollar auf solche Weise an Offshore Konten verloren.¹²¹ Heutzutage ist Zypern der größte Investor in die ukrainische Wirtschaft (30 % aller ausländischen Investitionen).

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion beschlossen die meisten Unternehmer im postsowjetischen ukrainischen Raum ihr Geld nach Zypern zurückzuziehen. Neben der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Ukraine und Zypern, wurde zusätzlich in diesem Jahr ein Abkommen über Verrechnungspreisgestaltung zwischen der Ukraine und Zypern unterzeichnet. Nichtsdestotrotz, bemerkt der Präsident der europäischen Wirtschaft Assoziation Tomasz Fiala – die meisten Investitionen in der Ukraine ist nichts anderes als ein Geldfluss, der allein dadurch entsteht, dass das Geld aus der Ukraine durch Verrechnungspreise (vgl. Konzernzahlungen, die zwischen den einzelnen Abteilungen des Unternehmens stattfinden) das Land verlässt und kehrt dann in Form von direkten ausländischen Investitionen zurück.¹²²

Die, durch die analytische Gruppe Da Vinci AG, vorbereitete vierteljährliche wirtschaftliche Prognose „*Ukrainian Economic Trends Forecast*“ für den dritten Quartal 2013, sagt aus, dass das neue System der Verrechnungspreiskontrolle wird die effiziente Steuerung der Transaktionen ermöglichen und somit das staatliche Einkommen um einiges vergrößern. Ob die Umsetzung dieser Gesetze erfolgreich war, kann erst im ersten Halbjahr 2014 beurteilt werden. Die vorrangigen Pläne des Finanzministeriums zeigen die Bereitschaft mit Organisationen wie OECD, Europäische Organisation für Steuerverwaltung, Weltzollorganisation bei den Informationstausch für Steuerzwecke verstärkt zu kooperieren. Einzig die Zeit wird zeigen, ob die ambitionierten Pläne des ukrainischen Finanzministeriums tatsächlich umgesetzt werden. Eins ist klar – der Kampf gegen Offshore Systeme hat gerade erst begonnen.¹²³

2.3.3 Wirtschaft und Handel zwischen 2000-2013 Jahren

Unter den Bedingungen der Verstärkung der Globalisierungsintegrationsprozesse zählt die Umsetzung des Wirtschaftspotentials des Staates in der internationalen Arbeitsverteilung zum Hauptkriterium der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft. Der Außenhandel bildet immerhin einen der grundlegenden Bestandteile der Wirtschaftsdynamik in der Ukraine. Der

¹²¹ Vgl. Ukrainskie kapitalu u dalshe otduhajut na Kipre; INPRESS.UA 16.01.2014:
<http://inpress.ua/ru/economics/23460-ukrainskie-kapitaly-i-dalshe-otdykhayut-na-kipre>

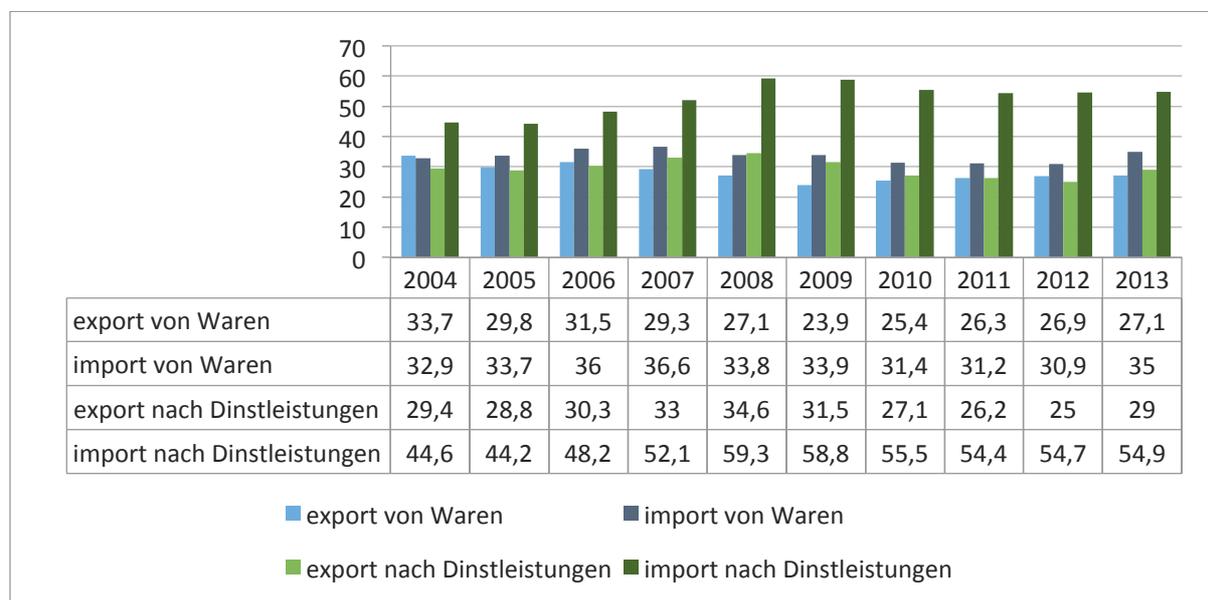
¹²² ebd.

¹²³ Ukrainian Economic Trends Forecast: By Da Vinci AG Analytic Group; 2013:
<http://ru.davinci.org.ua/docs/4Q2013.pdf>

Lage und der Entwicklung von Handelsbeziehungen mit den hauptsächlichen Außenpartnern wird somit eine kritische Bedeutung in der Wirtschaftsentwicklung der Ukraine zugeschrieben.

Während des Wirtschaftswachstums entwickelte sich der Außenhandel mit der Europäischen Union relativ schnell. Von 2000 bis 2008 wuchs der Außenhandel mit Waren zwischen der Ukraine und der EU um 36,4 Mrd. US-Dollar oder um 4,4%. Die Ausfuhr der ukrainischen Waren in die EU-Staaten vergrößerte sich von 5,7 Mrd. US-Dollar auf 18,1 Mrd. US-Dollar oder um 3,2%; die Ausfuhr aus den EU-Ländern in die Ukraine erhöhte sich von 4,8 Mrd. US-Dollar auf 28,9 Mrd. US-Dollar und überschritt das Niveau von 2001 um das sechsfache. Von 2002 bis 2008 betrug das durchschnittliche Volumenwachstum der Ausfuhr und Einfuhr 18,5 % und 27,1 % dementsprechend. In der Periode von 2010 – 2013 wuchs der Export mit Waren von 13051,9 bis 13779,8,3 Mio. US-Dollar. In der Struktur der Exporte und Importe von Dienstleistungen geschieht die Senkung (siehe Graphik 5).

**Graphik 5: Export und Import nach Waren und Dienstleistungen
2004 – 2013 (in%)**



Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee: <http://ukrstat.org/uk>

Trotz der Tatsache, dass die Ukraine in Außenhandelsbeziehungen mit allen EU-Ländern besteht, weisen die Einfuhr- und Ausfuhrströme im geographischen Hinblick ein bedeutendes Konzentrationsniveau auf. So kam gut die Hälfte der Exportlieferungen 2008 den fünf größten Handelspartnern zu: Deutschland, Italien, Polen, Niederlande, Ungarn und etwa 60% der Im-

portlieferungen: Deutschland, Italien, Polen, Frankreich, Tschechien. So ein hohes Niveau der geographischen Konzentration im Außenhandel bleibt innerhalb der ganzen EU-Ausbauetappe im Jahre 2004 erhalten.¹²⁴ Im 2012 sind Hauptpartnerländer der Export-Import von Dienstleistungen Großbritannien, Deutschland, Zypern, Österreich, Polen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Export-Import nach Hauptpartnerländer in 2012 (in%)

Export-Import Waren		
Hauptpartnerländer	Export	Import
Polen	15,10%	13,60%
Italien	14,50%	8,50%
Deutschland	9,60%	26,00%
Ungarn	8,80%	4,40%
Spanien	9,00%	3,60%
Anderen	38,10%	36,30%
Export-Import Dienstleistungen		
Hauptpartnerländer	Export	Import
Vereinigtes Königreich	19,30%	19,10%
Deutschland	12,10%	14,20%
Zypern	11,80%	24,80%
Österreich	5,10%	5,90%
Polen	3,70%	4,80%
Anderen	27,70%	19,30%

Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee: <http://ukrstat.org/uk>

Die erwähnten Warengruppen sicherten den größten Zuwachsanteil am Export in die EU von 2003 bis 2008. Im Grunde genommen kann eine Reihe der Schlüsselfaktoren festgelegt werden, die in der Vorkrisenzeit die Dynamik beeinflussten sowie die Struktur des Außenhandels zwischen der Ukraine und der EU bildeten:¹²⁵

¹²⁴ Vgl. Bilateral relations; Statistics. Ukraine:
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113459.pdf

¹²⁵ Vgl. Movchan/Veselovskij: International review; No.4 (12); December 2009; S. 4-40.

- die stufenweise Liberalisierung des Handelsregimes der Ukraine und der WTO-Beitritt, beeinflussten positiv den Zugang zu den Märkten von vielen Länder positiven und beseitigten die Handelshemmnisse für eine Reihe von Waren der ukrainischen Herstellung. Zu einer wichtigen Folge der WTO-Mitgliedschaft der Ukraine wurde die Risikoverminderung in der Festlegung von den neuen Handelseinschränkungen seitens der EU.¹²⁶
- Wirtschaftswachstum der EU-Länder, das zur Bildung der Nachfrage am Rohstoff sowie Investitionsprodukten von der Ukraine führte;
- Investitionsaktivität in den EU-Ländern;
- Preissteigerung am europäischen Markt auf traditionelle Schlüsselwarengruppen des ukrainischen Exports, was die Entwicklung des Exports von Rohstoff und hochtechnologischen Produkten der inländischen Metallurgie, Chemieindustrie, Gewinnungsindustrie und der Landwirtschaft;
- Preiswettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Produkte.

Offensichtlich konnte die Wirtschaftszusammenarbeit der Ukraine und der EU nicht vom Einfluss der weltweiten Rezession verschont bleiben. Der durch die Weltfinanzkrise und Veränderung der Handelsbedingungen ausgelöste Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten sowohl in der Ukraine als auch in den EU-Staaten wirkte sich negativ auf die Handelswerte zwischen der Ukraine und der EU aus und verursachte Umsatzrückgänge.

Zu grundlegenden Elementen, die die Aktivierung der Exporttätigkeit 2010 förderten, zählten:¹²⁷

- eine günstige Preiskonjunktur an den Weltmärkten für entscheidende Exportwaren der Ukraine, die die Preissteigerung auf diese Waren verursachte;
- Erneutes Wachstum in den Ländern, die die hauptsächlichen Handelspartner sind, das zur Umsatzsteigerung in der Herstellung sowohl der Konsum-, als auch der Investitionsprodukte führte;
- Preissteigerung am Rohstoffmarkt, was den Rohstoffexport aus der Ukraine förderte. Durch den Preisanstieg am Weltmärkten, erhöhten sich die Exportvolumen in die EU von solchen Produkten wie Quicksilber, Schlacken und Asche, Steinkohle, Anthrazit, Koks und Halbkoks, Erdöl und Erdölprodukte;

¹²⁶ Vgl. Movchan/Veselovskij: International review; 2009; S. 37.

¹²⁷ Vgl. Modernisierung der Ukraine - unsere strategische Wahl: Jahresbotschaft des Präsidenten der Ukraine, die Werchowna Rada der Ukraine; 2011: http://www.president.gov.ua/docs/Poslannya_sborka.pdf

- Abschaffung der Handelshemmnisse und Vereinfachung der Importverfahren in einzelne Länder - Handelspartner.

Zu einer deutlichen Tendenz 2010 zählte insbesondere die Verstärkung der Position der Ukraine am Weltmarkt als führender Exporteur des Sonnenblumenöls. Im Grunde genommen fand es durch die Vereinfachung der Importverfahren aus der Ukraine in die EU statt und durch die Steigerung der Weltpreise auf dieses Produkt.

Die Wirtschaftsregeneration nach der Krise förderte die Steigerung der Nachfrage auf europäische Konsum- und Investitionsprodukte. Eine positive Dynamik des Warenimports 2010 betrug 24,2 %. Die größte Nachfrage auf ausländische Produkte war im Maschinenbaubereich zu beobachten – sowohl auf Produkte eines langen Lebenszyklus als auch Investitionsprodukte. Der Import der Autos und Anlagen erhöhte sich um 10,7 %, der Transportanlage um 70,7 %.¹²⁸

Die Dynamik des Letzteren erklärt sich vor allem durch die Erneuerung der Nachfrage seitens der Bevölkerung auf Personalkraftwagen und Erhöhung der Einfuhr von Anlagen im Transportbereich, in der Industrie und der Landwirtschaft. Erweitert war die Nachfrage auf Chemieprodukten (die Erhöhung der Einfuhr betrug 23,0 %), Nahrungsmittelprodukten (17,5 %) sowie, Schwarz- und Buntmetallen (jeweils 35,3 % i 25,1 %).¹²⁹

2.3.4 Investitionszusammenarbeit in Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise

Die im Herbst 2008 sich schnell verbreitete Weltfinanzkrise unterbrach den Wachstumszyklus in der Ukraine und in vielen anderen Entwicklungsländern. Der ukrainische Markt war insbesondere mit einem wesentlichen Abbau des Warenhandels und der Dienstleistungen sowie mit den Auswirkungen von den ausländischen Kapitalzuflüssen aus den EU-Mitgliedsstaaten konfrontiert.

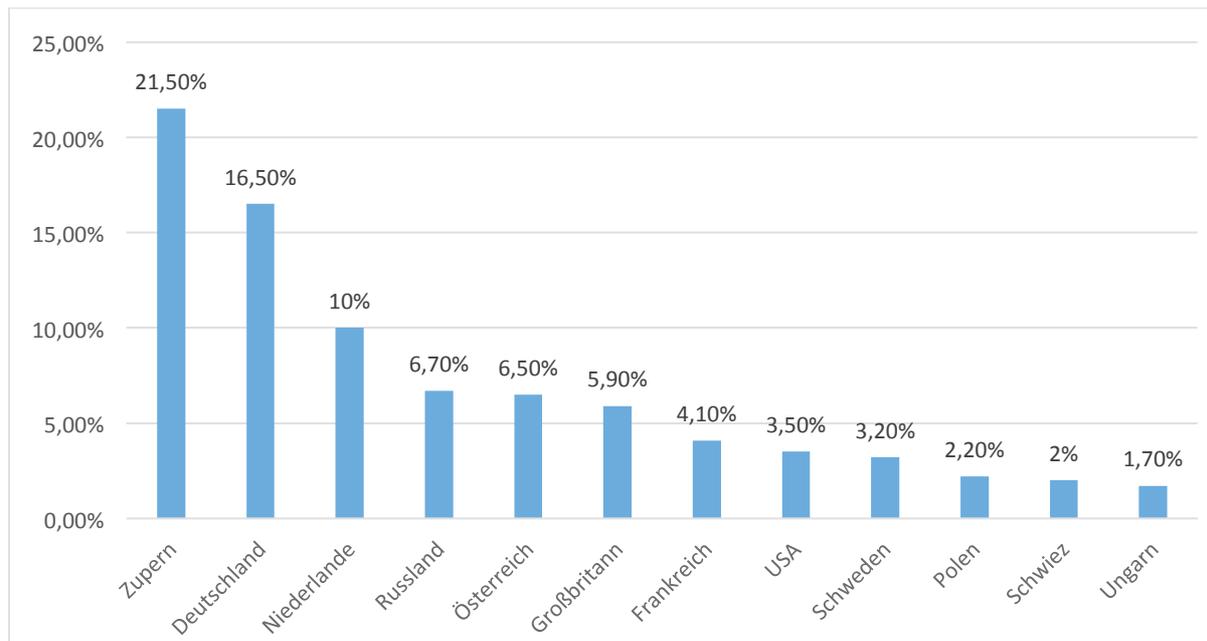
Die Europäische Union bleibt für die Ukraine der hauptsächliche ausländischer Investor; dessen gesamter Anteil der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) im Jahre 2009, im Vergleich zu 2008, fast unverändert erhalten blieb und betrug am 1. Jänner 2010 - 78,3 %. Den Angaben des Staatlichen Statistikdienstes zufolge betrug die Gesamthöhe der aus 125 Staaten eingegangenen ausländischen Direktinvestitionen in die Wirtschaft des Landes 40026,8 Mio. US-

¹²⁸ Vgl. World Integrated Trade Solution (WITS): <http://www.wits.worldbank.org>

¹²⁹ ebd.

Dollar, von denen 31350,5 Mio. US-Dollar wurden von den EU-Mitgliedsstaaten angelegt wurden.¹³⁰ Die Höhe der ADI war hingegen in den ersten drei Quartalen 2009 im Gegensatz zu den vorjährigen Angaben um das Zweifache niedriger, und der Gesamtumfang der ausländischen Direktinvestitionen ist 2009, im Vergleich zu 2008, ist sogar gesunken (siehe Graphik 6).

Grafik 6: Verteilung der ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine von großen Investitionsländern im Jahr 2009 (in%)

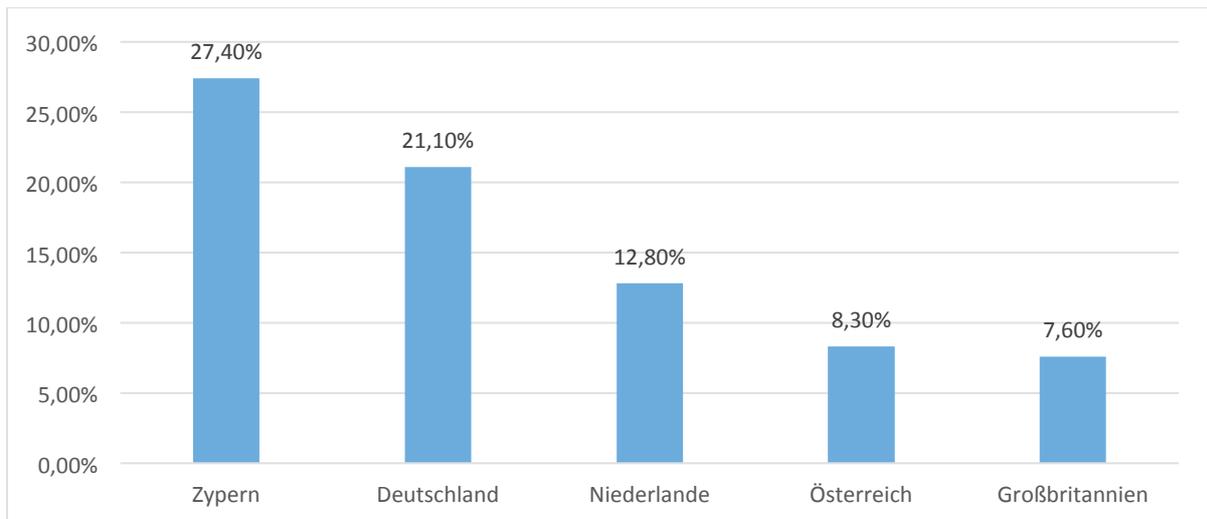


Quelle: European Journal of Economics, Vol. 10 No.1, März 2011, S. 5

Während der Weltwirtschaftskrise Ende 2008 und 2009 ist die Europäische Union also als der wichtigster finanzwirtschaftlicher Investor in der Ukraine geblieben. 2009 wurden in die Ukraine Direktinvestitionen aus 51 Staaten geleistet. Die Spitzenreiter-Staaten blieben auch unverändert: das sind die EU-Staaten Zypern (8593,2 Mio. US-Dollar – 27,4 % des Gesamtumfangs der Investitionen aus der EU-Staaten), Deutschland (6613,0 Mio. US-Dollar – 21,1 %), Österreich (2604,1 Mio. US-Dollar – 8,3 %), Großbritannien (2375,9 Mio. US-Dollar – 7,6 %) und Niederlande (4002,0 Mio. US-Dollar – 12,8 %) (siehe Graphik 7).

¹³⁰ Vgl. Ukrainisches Statistikkomitee: Die Investitionen der außenwirtschaftlichen Tätigkeit im Jahr 2009, Express Ausgabe No.35; 17.02.2010; S. 1.

**Grafik 7: Ausländische Direktinvestitionen in die Ukraine aus der EU-Ländern
im Jahr 2009 (in%)**



Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee: <http://ukrstat.org/uk>

Im Laufe der ganzen Krisenperiode erhöhten sich aber die ADI-Umfänge in die Einrichtungen des Finanzsektors. Binnen eines Jahres wuchs der ADI-Umfang in diesem Sektor um 0,8 Mrd. US-Dollar und erreichte am 1. Oktober 2009 8,1 Mrd. US-Dollar, und der Anteil im ADI-Sektor wuchs 2009 bis 21,0 %. Im Vergleich zum Vorjahr, befand sich dieser Wert bei 19,5 %. So leisteten einige Dachgesellschaften ihren Tochtergesellschaften den finanziellen Beistand (dies betrifft vor allem Investoren aus Österreich, Niederlanden, Frankreich), und der deutsche Investor Deutsche Bank eröffnete sogar in der Ukraine eine Niederlassung. Zugleich verkürzte sich der ADI-Umfang in den Finanzsektor der Ukraine, z.B., aus Großbritannien, was vor allem mit Maßstäben der Probleme im Finanzsektor dieses Landes zusammenhängt.¹³¹

Anzumerken ist, dass sich die ADI-Verkürzung 2009 sowohl auf die Entwicklungsländer als auch auf die Industrieländer negativ ausgewirkt hat. Den Schätzungen der UNO-Kommission zufolge ist der ADI-Zufluss in diesem Jahr in die Industrieländer um 41 % gesunken, während der ADI-Zufluss in die Entwicklungsländer um 35 % verkürzt wurde. Der ADI-Umfang in die Entwicklungswirtschaften ist bisher innerhalb von 6 Jahren nacheinander gewachsen. Weltweit ist der ADI-Umfang im Jahre 2009 um 39 % gesunken. Auf solche Weise setzten die globalen Zuflüsse der ausländischen Direktinvestitionen ihre im Krisenjahr 2008 angefan-

¹³¹ Vgl. Staatliche Agentur der Ukraine für Investitionen und Innovationen: www.in.gov.ua

gene Senkungstendenz fort.¹³²

Eine günstige geographische Lage, sowie ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung, eine gute technisch – wissenschaftliche Basis und ein niedriges Lohnniveau stellen eine ideale Basis für die westlichen und mitteleuropäischen marktorientierte Unternehmen dar. Aktuell zeichnet sich die Ukraine mit einem relativ niedrigen Kreditrating aus, diese Tatsache hält viele europäische Investoren von den Kapitalanlagen in die ukrainische Wirtschaft ab. Unter den neuen Bedingungen gewinnt die ukrainische Wirtschaft an Attraktivität gegenüber der ausländischen Investoren.

Hierbei bleibt der Investitionsschutz eines der schwierigsten Elemente des Investitionsklimas als Bereich, in dem die Staatsorgane keine spürbaren Zugeständnisse erreichen konnten. Dieser Bereich zeigt wie deutlich der Dualismus der Neofunktionalismus sichtbar sein kann. Das Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen und politischen Integration kann das notwendige Gleichgewicht nicht erreichen und es tritt ein „Spill-down“ Effekt auf. Die Bereitschaft der ukrainischen Wirtschaft die Investitionen entgegenzunehmen und einzusetzen ist vorhanden, erfordert aber die Entscheidungen auf der politischen Ebene um voranzukommen, die aber öfters ausbleiben.

2.3.5. Die Ukraine zwischen der europäischen und russischen Zollunion

Aktuell ist die Ukraine in eine einzigartige Lage geraten. Das Land ist zwischen zwei Zollunionen „gepresst“: der Europäischen Union einerseits und der Zollunion von Russlands, Weißrusslands und Kasachstans andererseits, die im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde. Die Ukraine erklärte die europäische Integration offiziell als strategisches Ziel ihrer Außenpolitik.¹³³

Die Ukraine ist nicht der einzige postsowjetische Staat, der sich in einer solchen Zwickmühle befindet. Das Armenien äußerte mehrmals die Absichten sich an die EU anzunähern. Durch mehrere strukturelle Reformen bereitete sich Armenien auf die Freihandelszone mit der EU, fing dann aber gleichzeitig an den Gesprächen mit Russland bezüglich der Zollunion teilzu-

¹³² Vgl. Die Beziehungen zwischen der Ukraine - EU: der Druck der Finanzkrise; No. 1, 2010; S. 26: www.fes.kiev.ua

¹³³ Vgl. Pleines, Heiko: Die Ukraine zwischen Ost und West. Außenpolitische und kulturelle Orientierungen No. 99; Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen; 2008; S 9-10.

nehmen. Die Aussagen der Experten schildern, dass Armenien keinesfalls bereit ist die Assoziierung mit der EU zu unterschreiben. Die offizielle armenische Vertretung meint dagegen, dass die Gespräche mit der EU, trotz der Wille die Zollunion mit Russland beizutreten, weitergeführt werden.¹³⁴

Die Wirtschaftsbeziehungen der EU und der Ukraine sind durch die Regulierungsnormen des einheitlichen Markts der EU in der Ukraine und durch die Einführung in die ukrainischen Gesetze der allgemeinen harmonisierten Regeln des „acquis communautaire“ charakterisiert. In einer langfristigen Perspektive wird vorgesehen, auf die Ukraine vier Arten der Freizügigkeiten zu verbreiten: freier Güter-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehr.¹³⁵ Besonders wichtig ist der Ende 2006 gefasste Beschluss über die Möglichkeit für Nachbarstaaten, an der Arbeit der einzelnen EU - Institutionen und –Programmen teilzunehmen. In diesem Sinne ist die Anwendung des Mandats der Europäischen Investitionsbank sowohl in der Ukraine (als auch in den anderen Nachbarländern) hervorzuheben.¹³⁶

Im Mai 2009 wurde eine neue Ausrichtung der EU-Politik „Östliche Partnerschaft“ (Eastern Partnership) angekündigt. Hierbei wurde der Begriff „Wirtschaftsintegration mit der EU“ in Bezug auf östliche Mitgliedsstaaten, aber auch auf die Ukraine tatsächlich legalisiert. Anzumerken ist, dass die Politik der Östlichen Partnerschaft unter ihren Prioritäten die Verbesserung der gesellschaftlichen Institute in den Mitgliedsstaaten mit Hilfe der Programme für umfassende Entwicklung des institutionellen Potentials (Comprehensive Institution Building programmes) festlegte.¹³⁷

2011 wurde den technischen Abschluss der Verhandlungen zu einer erweiterten und umfassenden Freihandelszone angekündigt, wobei die Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens über Assoziierung nicht abgeklärt bleiben, im Hinblick auf die Herausforderungen, auf die die Partner im politischen Dialog gestürzt sind. Das Abkommen könnte die Voraussetzungen für den weiteren EU-Beitritt der Ukraine erfüllen. Zugleich stellt es aber sowohl keine Garantie seitens der EU als auch keine Verpflichtung seitens der Ukraine dar. Die Arbeit am Abkommen dauerte 5 Jahre – ab März 2007 bis März 2012. Das Abkommen ist unbefristet

¹³⁴ Vgl. TAZ.DE: Kehrtwende in Jerewan; 6.09.2013: <http://www.taz.de/!123236/>

¹³⁵ Vgl. Heiko, Pleines; 2008; S 11.

¹³⁶ Vgl. Movchan, Veronika: Die Ukraine und die Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan:würde sich eine engere Integration auszahlen? In: Ukraine-Analysen No. 119; 25.06.2013; S. 4.

¹³⁷ ebd.

und hat ca. zwei Tausend Seiten.¹³⁸ Im Gipfeltreffen für Östliche Partnerschaft am 28. – 29. In Wilna (Vilnius) November 2013 wurde das Abkommen nicht unterzeichnet.

Die Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine und Russland stellen im institutionellen Kontext einen komplizierten und widersprüchlichen Komplex der gegenseitigen Zusammenhänge und Interessenskonflikte dar, was ab und zu eine spürbare Verschärfung der Beziehungen auslöst. Zum hauptsächlichen Konflikt der strategischen Bedeutung zählt die Bestrebung von Russland, um jeden Preis die Ukraine zum Wechsel ihres EU-Integrationskurses auf den euro-asiatischen zu bringen, die Bedingungen der ukrainischen Binnenwirtschaftstätigkeit den euro-asiatischen Normen (genauer ausgedrückt den russischen, verbreitet auf dem ganzen euro-asiatischen Kontinent) zu unterordnen, und dadurch die Verwandlung der ukrainischen Wirtschaft in den Bereich der dominierenden Einflussnahme der russischen Wirtschaftsinteressen zu sichern. Hierbei akzeptiert Russland die Position der Ukraine eindeutig nicht. Auf solche Weise wird eine offensichtliche Konkurrenz zwischen zwei verschiedenen internationalen Integrationspolitiken beobachtet: europäische und euro-asiatische.¹³⁹

Am 21. November 2013 entschied das Ministerkabinett vor einigen Tagen vor dem Gipfeltreffen in Vilnius, das Verfahren der Vorbereitung auf den Abschluss des Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union abzustellen. Die Verordnung darüber wurde offiziell vom Ministerpräsident Mykola Asarow angekündigt. Als Antwort auf die Exportblockade seitens Russlands beauftragte das Ministerkabinett die Ministerien und Behörden *„Maßnahmen [...] einzuleiten, die auf die Entwicklung des Handels, der industriellen Zusammenarbeit und des technologischen Austausches mit GUS-Staaten gerichtet sind“*.¹⁴⁰

Zwischendurch erklärten die Vertreter von beiden Unionen – der EU und der Zollunion, dass die Ukraine zugleich die Freihandelszone mit der EU einzuführen und der Zollunion beitreten nicht dürfe. *„Ein Land darf nicht zugleich das Mitglied der Zollunion sein und eine Freihandelszone mit der EU haben. Es ist unmöglich“*¹⁴¹ so José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission am 25. Februar 2013. *„Es steht zur Auswahl: Unterzeichnet ihr das Abkommen über die Freihandelszone mit der Europäischen Union, so tretet ihr nie der Zoll-*

¹³⁸ Vgl. Fessenko, Volodymyr: Die Zukunft der EU-Ukraine-Beziehungen, in: Ukraine Analysen No. 119; 25.06.2013; S. 15.

¹³⁹ Vgl. Zentrum für politischen und rechtliche Formen: Die Ukraine, der Zeit zu Wahlen; Kiew; 2013; S. 6-7.

¹⁴⁰ Vgl. Ukrainiska Pravda: Azarov otkazalsya ot coglasheniya ob associacii s ES; 21.11.2013: <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/11/21/7002657/>

¹⁴¹ Vgl. Ukraine will sich nicht auf EU festlegen; Kiew; 25.02.2013: <http://www.derwesten.de/politik/ukraine-will-sich-nicht-auf-eu-festlegen-id7657836.html#plx197663495>

union bei“, Sergej Glasjew, persönlicher Berater der Präsidenten der Russischen Föderation, am 27. April 2013.¹⁴²

Laut Haas ist die Integration im Sinne der Neofunktionalismus ein langwieriger Prozess, dass eine längere Zeit in Anspruch nehmen kann und grundsätzlich aus drei Phasen besteht. Die Ukraine ging zwei Phasen bereits durch:

- es wurden bereits auf der politischen Ebene die Bedingungen der Integration in die EU definiert, die Erarbeitung deren wiederum aus den gemeinsamen Interessen zwischen der Ukraine und der EU abgeleitet wurde (siehe Kapitel 2.2.4);
- der Prozesse der Partnerschaft fand in der wirtschaftlichen Bereich der Ukraine statt, der am meisten für die Einbeziehung in die integrativen Prozesse vorbereitet war (siehe Kapitel 2.3);

Die dritte Phase legt die weitere Vertiefung der Beziehungen fest und kann erst dann erfolgen, wenn die zweite Phase vollständig abgeschlossen ist und im Fall der Ukraine kann diese noch nicht erfolgen.

In den nächsten Kapiteln wird auf die wichtigsten positiven und negativen Aspekte der Integration der Ukraine in die EU eingegangen.

¹⁴² Vgl. Glacev: Ukraina asociacii s ES navsegda zakruvaet dver v TS; Kiew; 27.04.2013: <http://www.rosbalt.ru/ukraina/2013/04/27/1123413.html>

3 Positive Folgen der Integration für die Ukraine

Nachdem die vorherigen Kapiteln die politische und wirtschaftliche Entwicklung der unabhängigen Ukraine beschrieben, erfolgt anschließend die Beschreibung der Folgen der Integration der Ukraine in die EU. Es werden zuerst die Vorteile und Risiken dieses Vorhabens auf der Seite der Ukraine analysiert. Es ist schon vorweg klar, dass die Ukraine durch ihre un stabile Entwicklung mehr Vorteile als auch mehr Risiken durch die Integration erleben wird und sich deswegen auf die Konvergenz besser vorbereiten soll.

3.1 Politische Vorteile

3.1.1 Europäische kollektive Sicherheit

Die Interessen der Europäischen Union umfassen die Sicherung des Friedens und der Stabilität innerhalb ihrer Grenzen, um auch mit den Nachbarländern eine stabile und demokratische und vor allem prognostizierbare und alliierte Außenpolitik aufzubauen. Für die Ukraine ist die Frage der europäischen kollektiven Sicherheit lebenswichtig, da die imperialistische Absichten des Nachbars Russlands und dessen Ideologie des „*Dritten Roms*“¹⁴³, angepeilt durch Unbestimmtheit in den zwischenstaatlichen Beziehungen sowie den ständigen politischen Druck, haben die Lage zwischen dieser Staaten sehr angespannt.¹⁴⁴ Die Ukraine, die in ihren Bestrebungen, ein friedlicher Staat zu werden, die Nuklearwaffe abgeschafft hatte, ist für Russland von großem Interesse. Zbigniew Brzeziński ist hierzu der Meinung, dass sich Russland ohne die Ukraine von einem europäischen Staat zu einem asiatischen wandelt und sein geostrategischen Einfluss verliert.¹⁴⁵

Würde die Ukraine zum Mitglied der EU werden, so könnte sie in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)¹⁴⁶ einbezogen werden, die der Ukraine staatliche Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit sichern würde. Die Petersbergerklärung von 1992 bestätigte

¹⁴³ Der Ausdruck „Moskau, Drittes Rom“ wird im 16. Jahrhundert in drei Briefen des Philotheus (Filofei), Strez des Pskower Eleazar-Klosters, an den Großfürsten Wassili III., an den Kirchenschreiber Misjur Munechin und an Iwan den Schrecklichen geprägt. Seitdem wurde diese Wendung als vorgebliche Staatstheorie immer wieder aufgegriffen, um den Machtanspruch Russlands, aber auch der Sowjetunion, im 20. Jahrhundert zu untermauern.

¹⁴⁴ Vgl. Pasichnik, Wolodimir: Die nationale Idee im Rahmen der ukrainisch-russischen Beziehungen; Kiew; 2007; S.95.

¹⁴⁵ Vgl. Brzeziński Zbigniew: The Choice: Global Domination or Global Leadership; Basic Books; New York; 2004; S.87-93.

¹⁴⁶ Vgl. Hauser, Gunther: Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure; Wien; 2006; S 18.

die Bereitschaft der EU-Mitgliedstaaten, die militärischen Einheiten mit allen ihnen untergeordneten Streitkräften zur Durchführung der militärischen Aufgaben zu schaffen, die die humanitären Aktionen und Rettungsaktionen einschließen sowie die Aufgaben zur Friedenserhaltung und zum Einsatz der Streitkräfte für die Belegung der Krisensituationen.¹⁴⁷ Auf der Helsinkier Tagung von 1999 verpflichteten sich die EU-Mitgliedstaaten innerhalb von 60 Tagen die Operativtätigkeit der europäischen Schnelleinsatztruppe auf bis zu 60 Tausend Mann des Militärs einzuleiten und diese mindestens für ein Jahr zur Verfügung zu stellen. „Das Hauptziel 2010“ besteht in der Fähigkeit, spätestens innerhalb von 10 Tagen nach der Billigung eines Beschlusses über den Anfang der Operation den Militäreinsatz vor Ort zu beginnen.¹⁴⁸

Die aktuelle Strategie der EU wurde mit Rücksicht auf die neue geostrategische Lage festgelegt, die sich nach dem Terrorangriff auf die USA am 11. September 2001 entwickelte. Die neuen Arten der Bedrohungen und Herausforderungen bedingen die Notwendigkeit, ein grundsätzlich neues Modell für die Weltentwicklung und globale Sicherheit zu schaffen. Die Ukraine wäre im Falle einer EU-Mitgliedschaft aktiv an der Bildung der Mechanismen für eine neue internationale, antiterroristische Politik und europäische kollektive Sicherheit beteiligt, trüge tatsächlich zur Gewährleistung der Stabilität in der Zone der EU-Interessen bei, die sich auf Friedensschaffung, Beseitigung der Folgen von außerordentlichen Situationen, strategische Verkehrsbeförderungen usw. ausrichten.

Gemäß den Beschlüssen der Europäischen Union in Helsinki sind alle Mitgliedstaaten berechtigt, in vollem Umfang und auf gleichen Grundsätzen an sämtlichen Beschlussfassungen und Besprechungen des Rates sowie der entsprechenden Gremien des Rates bezüglich der Aktionen unter Leitung der EU teilzunehmen. Die Entscheidung des Staates, die nationalen Streitkräfte für solche Aktionen zur Verfügung zu stellen, soll auf einem souveränen Beschluss begründet sein.¹⁴⁹ Zur Tätigkeit im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) werden die Verteidigungsminister einbezogen. Fasst der Rat den Beschluss bezüglich der Teilnahme der EU an den kriegerischen Aktivitäten, werden zur Teil-

¹⁴⁷ Hochleitner, Erich P.: Die Europäische Union am Weg zur Sicherheits- und Verteidigungsunion; 2000, in: Hochleitner, Erich P. (Hg.): Das europäische Sicherheitssystem zu Beginn des 21. Jahrhunderts; Wien; S. 153 – 232.

¹⁴⁸ Vgl. Hoffmann, Karl: Ukraine am Scheideweg; Phoenix; 2000; S. 63.

¹⁴⁹ Vgl. Die Gemeinsame Strategie der Europäischen Union zur Ukraine, durch den Europäischen Rat vom 11. Dezember 1999: http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/994_492.

nahme an solchen Aktionen auch die Assoziierungsstaaten eingeladen.¹⁵⁰ Die Ukraine und sonstige europäische Staaten sind heute schon am politischen Dialog mit der Europäischen Union beteiligt sowie an den Aktionen unter der Leitung der EU. Der „*Europäische Aktionsplan zu den Militärischen Fähigkeiten*“, aufgenommen vom Rat am 19. November 2001, umfasst alle Bestrebungen und Maßnahmen für Entwicklung und Koordinierung, die sowohl auf den nationalen als auch vielseitigen Ebenen zur Verbesserung der vorhandenen Ressourcen und zur allmählichen Entwicklung des für die Entwicklung der Union in dieser Richtung notwendigen Potenzials stattfinden und eingeplant sind.¹⁵¹

3.1.2 Stabilität des politischen Systems

Mit dem Beitritt zur EU kann es zum ersten Mal in der Geschichte der Ukraine zur Situation kommen, dass die Ukraine, genauso wie andere kleine europäische Staaten, die im Laufe von vielen Jahrhunderten Subjekte der internationalen Beziehungen waren und gegen deren Willen in verschiedene Reiche eingeschlossen wurden, zum vollberechtigten Subjekt der internationalen Beziehungen werden kann, und ihrer Stimme ein tatsächliches Gewicht bei den Beschlussfassungen zustehen wird.

Einer der Hauptvorteile an der EU-Mitgliedschaft der Ukraine ist die Sicherung eines stabilen politischen Systems im Land. Dies bestätigt sich darin, dass sich gerade die EU im Laufe von 2004 - 2007 während der heftigen Präsidentenwahlen, der sogenannten „*Orangenrevolution*“¹⁵², der parlamentarischen Krise, die offene und allmähliche demokratische Lösungen für die politischen Probleme durchsetzen versuchte und zum neutralen internationalen Schiedsrichter wurde.

Das Europäische Parlament rief z.B. die Ukraine dazu auf, eine Wiederholung der Präsidentenwahlen aus dem Jahr 2004 durchzuführen und die Krise auf einem demokratischen Wege zu lösen. Der gleichen Auffassung waren auch die Vertreter der Europäischen Kommission und des Rates der EU-Minister, die am 01. Dezember 2004 auf einer außerordentlichen Sit-

¹⁵⁰ Vgl. Zandonella, Bruno: Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung; 2009; S 34-78.

¹⁵¹ Vgl. Bodruk, Oleg: Current problems of security sector reform and defense of Ukraine; National Institute of International Security Probleme; Kiev; 11-12 May 2005; p. 110-124.

¹⁵² The Orange Revolution was a series of protests and political events that took place in Ukraine from late November 2004 to January 2005, in the immediate aftermath of the run-off vote of the 2004 Ukrainian presidential election which was claimed to be marred by massive corruption, voter intimidation and direct electoral fraud. Kiev, the Ukrainian capital, was the focal point of the movement's campaign of civil resistance, with thousands of protesters demonstrating daily.

zung zu Fragen der Ukraine anwesend waren. Das Europäische Parlament war insbesondere der Meinung, dass die Neuwahlen unter Beteiligung von Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowich eine ausschließliche Lösung der Krisensituation in der Ukraine gewesen sei.¹⁵³

„Durch die Falsifizierung können die Wahlen nicht als rechtswirksam gelten. Aus diesem Grund erkennen wir diese Wahlen nicht an“,¹⁵⁴ teilte Ende 2004 der Vorsitzende des Europaparlaments für Außenangelegenheiten und deutscher Europaabgeordneter Elmar Brok mit. Am Abend des 1. Dezembers sind auch 11 Europaabgeordnete in die Ukraine gereist, um in der Lösung der Krise zu helfen.

„Die politische Krise in der Ukraine soll sich nicht in den Kampf zwischen den Westen und Osten umwandeln“, erklärte der Generalsekretär der NATO Jaap de Hoop Scheffer. „Für Europa sind die demokratische Zukunft und territoriale Ganzheit von einer besonderen Bedeutung“,¹⁵⁵ - sagte er in seiner Rede in Rom am 01. Dezember 2004. Scheffer rief die Bürgerinnen der Ukraine auf, den juristischen Behörden zu ermöglichen, „ihre Arbeit zu machen“, dabei meinte er das Oberste Gericht und erklärte, dass die Konfliktlösung in ihrer beliebigen Form keine Gewalt tragen soll, wobei es auch notwendig sei, dass die Situation von den rechtlichen Strukturen kontrolliert wird und die territoriale Einheit der Ukraine erhalten bleibt. Während der parlamentarischen Krise 2007 benutzte die EU auch aktiv ihre Autorität in der Lösung des Konflikts, indem sie die politischen Akteure zu einem konstruktiven Dialog aufgeforderte.

Die schwierigste politische Situation in der Ukraine nach der Zeiten der „Orangenrevolution“ 2004 beunruhigte die Anhänger der europäischen Integration der Ukraine in Brüssel auf, vor allem wegen der demokratischen Entwicklung in der Ukraine, die nicht absehbar war. Jose Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission erklärte: „Ich bin der Meinung, es ist eine ernsthafte politische Krise- schauen wir den Tatsachen ins Gesicht“.¹⁵⁶ Er brachte seine Befürchtungen über die Verschlechterung der Situation zum Ausdruck und forderte beide Parteien auf, die demokratischen und gesetzlichen Rahmen einzuhalten. Er warnte, dass die Verhandlungen zwischen Brüssel und Kiew bezüglich eines neuen Abkommens über die

¹⁵³ Vgl. Stanchuk, Sacha: Die politische Krise in der Ukraine durch die Augen der EU; in: Die Zeitung; No. 78 vom 12. Oktober 2004.

¹⁵⁴ Moshnenko, Anton: Politischer Dialog; in: Dzerkalo Tyzhnia; No. 59 vom 17. Dezember 2004.

¹⁵⁵ Gorodysky, Vin: Über Konfrontation; in: Die Zeitung No. 80; 2. Dezember 2004.

¹⁵⁶ Vgl. Miroshnichenko, Mikola: EU fordert Vereinbarung; in: Argumente und Fakten Zeitung No. 50; vom 18 November 2004.

Zusammenarbeit unvermeidlich in Verzögerung geraten, wenn sich die Krise weiter entwickelt.

Wiktor Juschtschenko, der westlich orientierte Präsident, benutzte den Besuch in Brüssel, um zu versichern, dass der Verfassungswiderstand bezüglich der vorzeitigen Wahlen mit demokratischen Mitteln zu lösen sei. Er erklärte, dass ein Einsatz der Streitkräfte gar nicht in Frage käme. Des Weiteren wird die Anpassung der nationalen Gesetze der Ukraine an die Gesetze der EU stattfinden, die vor allem von großem Vorteil für die Ukraine ist. Das Problem der nicht effektiven Rechtsprechung ist heutzutage in der Ukraine kritisch. Wie die Umfragen der Bevölkerung der Ukraine aus dem Jahr 2007 zeigen, trauen nur 8% der Bürger(innen) der ukrainischen Rechtsprechung, was eine kritische Kennzahl ist, die nur mit totalitären Staaten zu vergleichen ist. Die Ukraine weist auch eine immens hohe Anzahl der Gerichtsurteile auf, die von dem Europäischen Gerichtshof für menschenrechtswidrig anerkannt wurden.¹⁵⁷ In zweiundzwanzig Jahren der Unabhängigkeit ist es der Regierung der Ukraine nicht gelungen, ein effizient wirksames System der Rechtsprechung aufzubauen. Aus diesem Grund soll der Anschluss an das hochentwickelte europäische Recht zum Katalysator für die Erneuerung der ukrainischen Regierung werden.

3.2 Wirtschaftliche Vorteile

3.2.1 Makroökonomische Sicherheit

1993 wurden von der Europäischen Union sogenannte Maastricht-Kriterien¹⁵⁸ festgelegt, die als Grundprinzipien dienen, deren Einhaltung ausnahmslos erforderlich ist. Die Ukraine als Kandidat für den Beitritt in die EU und WWU soll deswegen diese Aufnahmekriterien in vollem Ausmaß erfüllen. Es ist dahingestellt, ob nachfolgende Kriterien, in Bezug auf die Ukraine, wirklich der Realität entsprechen und nicht angepasst werden sollten:¹⁵⁹

- Preisstabilität (die nationale Inflationsrate darf maximal 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten EU-Staaten liegen);
- Finanzlage der öffentlichen Hand (der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60%

¹⁵⁷ Vgl. Gaevoy, Alla: Justiz Krise in der Ukraine; in: Kiev Zeitung No. 11; vom 10. Januar 2007.

¹⁵⁸ Vgl. Vertrag über die Europäische Union – Vertrag von Maastricht vom 1. November 1993: http://europa.eu/eu-law/treaties/index_de.htm

¹⁵⁹ Centrum für Europäische Union: Maastricht-Kriterien; 21.05.2012: <http://www.cep.eu/eu-glossar/?title=Maastricht-Kriterien>

des BIPs erreichen);

- Wechselkurs (das öffentliche Defizit darf 3% des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) nicht übersteigen);
- Langfristige Zinssätze (der langfristige Zinssatz darf höchstens 2 Prozentpunkte höher als in den preisstabilsten EU-Staaten liegen).

Der Vergleich der oben genannten Kriterien mit den Entwicklungswerten der Ukraine kann aus der reinen praktischen Sicht zu bestimmten Orientierungspunkten für makroökonomische Stabilisierung der Ukraine, sowie für Veränderungen der Werte der sozialwirtschaftlichen Entwicklung des Staates dienen, was grundsätzlich für den Beitritt der Europäischen Union vorausgesetzt wird.

Die Durchführung einer balancierten und langfristigen Wirtschaftspolitik der EU beruht auf der Marktwirtschaft und ergibt sich aus dem Bestreben der Mitgliedsstaaten, einen freien Wirtschaftsraum ohne Innengrenzen und Zollschränken zu gründen, eine gemeinsame Währung einzuführen, effiziente Mechanismen für die Regulierung des Waren- und Dienstleistungsumsatzes einzuleiten.¹⁶⁰

Gerade am europäischen Finanzmarkt kann die Ukraine das Geld mobilisieren, das für die Sicherung der makroökonomischen Stabilität notwendig ist und dabei die Quellen ihrer finanziellen Forderungen diversifizieren. Die Teilnahme der Ukraine an der Wirtschaft der UdSSR, die durch das zwingende administrative Kommandosystem befallen wurde, führte zu einer langfristigen zerstörerischen Wirtschaftskrise. In den Krisenjahren (1990-1999) ist der Umfang des BIP um 59,2% geschrumpft, der Industrie - um 48,9%, der Landwirtschaft - um 51,5%. Der Reallohn hat sich um 3,82 verkürzt. Die größten Ausgaben sind in der Anfangsperiode der Umwandlungszeit 1991-1994 vorgekommen. In dieser Zeit ist der Umfang des BIP um 45,6% gesunken, der Industrie- um 40,4%, der Landwirtschaft - um 32,5%. Das Geld- und Finanzsystem war völlig desorientiert. Um die ukrainische Wirtschaft aus dieser Katastrophe ausführen zu können, benötigte man zehn Jahre anstrengender Arbeit.¹⁶¹

Falls die Ukraine in der Zukunft der EU beitrifft, in der die Marktwirtschaft mit einer entwickelten Wettbewerbsfähigkeit herrscht, könne dieser Schritt einen Faktor auslösen, der die

¹⁶⁰ Vgl. Begg/Hodson/Maher: Economic policy coordination in the European Union; National Institute Economic Review No. 183 January 2003:
http://www.eucenter.wisc.edu/omc/papers/econpolcoord/begg_et_al.pdf

¹⁶¹ Vgl. Ukrainisches Statistikkomitee: <http://ukrstat.org/uk>

Wirtschaft stimuliert. In der Ukraine wurde 2000 zum ersten Mal in der Geschichte der Unabhängigkeit der Haushaltsüberschuss 0,6% erzielt, der Stand der Außenschulden betrug aber ca. 25% des BIP, die Geschwindigkeit der Inflation – 16%, der Basiszinssatz war nicht weniger als 25%.¹⁶²

Außerdem wird die Ukraine von der Einführung der gemeinsamen Währung profitieren, was gemäß den herrschenden Bewertungen und Erwartungen positive langfristige Folgen auslöst.¹⁶³ Die Vereinfachung der Situation im Versicherungsbereich schafft einige Bereiche in der Nebenversicherungstätigkeit ab. Außerdem besteht nicht mehr die Notwendigkeit im Raum der Wirtschafts- und Währungsunion, die langfristig eröffneten Währungspositionen in größeren Umfängen in Währungen anderer Staaten zu vermeiden. Die währungsbezogenen Probleme lassen sich mit einem generellen Management der Währungsrisiken lösen.¹⁶⁴

Ausgehend von den Theorien der Makroökonomie, kann auf solche Weise ein optimales Regime der Kapitalbewegung gesichert werden. Zu einem Bestandteil solcher Tendenz kann die Tatsache hinzugezählt werden, dass eine Möglichkeit entsteht, dass der Bankzinssatz durch EZB festgesetzt wird und auf solche Weise ein zusätzlicher Geldzufluss in den Industriezweig gesichert werden kann.¹⁶⁵ Da die EZB heuer eine anhaltende Niedrigzinspolitik verfolgt, wird der Leitzins stark gegen 0% gehen, und somit den Zugang zum externen Kapital erleichtern. Davon profitieren vor allem die Geschäftskunden und die Staat selbst. Die Privatkunden müssen dagegen mehr Risiko eingehen, wenn sie mehr Profit aus ihren Kapitalanlagen herausholen wollen.¹⁶⁶

Es wird die Notwendigkeit aktualisiert, die Ermäßigungen und Präferenzen für einzelne Subjekte der Wirtschaftstätigkeit abzuschaffen, die Wettbewerbsfähigkeitsbedingungen auf der regionalen und lokalen Ebene auszugleichen, die Rechtsmechanismen des Wettbewerbs zu verbessern.¹⁶⁷ Zum hauptsächlichen Investitionsanreiz der Wirtschaft sowie dem Hauptbestandteil ihrer Stabilität gehört die Fähigkeit des Staates, „die Spielregeln“ für alle Subjekte der Wirtschaft nicht nur festzulegen, sondern auch eine wirksame wettbewerbsfähige Politik

¹⁶² ebd.

¹⁶³ Vgl. Eine Währung für eine Europa: der Weg zur Euro; 2007; S. 9:
http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication6730_de.pdf

¹⁶⁴ Vgl. Butorina, Olga: 2011; S. 58.

¹⁶⁵ Vgl. Butorina, Olga: 2011; S. 61.

¹⁶⁶ Vgl. EZB senkt Leitzins überraschend auf 0,25 Prozent; Die Presse; 7.11.2013:

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1473636/EZB-senkt-Leitzins-uberraschend-auf-025-Prozent>

¹⁶⁷ Vgl. Butorina, Olga: 2011; S. 62.

zu ermöglichen.

3.2.2 Zusätzliche Investitionen in die Ukrainische Wirtschaft

Das Wirtschaftspotenzial der EU und ihre Entwicklungsdynamik lassen darauf schließen, dass die Europäische Union nichts anderes als ein Vertriebsmarkt für Erzeugnisse ist. Dieser kann die Bedürfnisse der Ukraine bezüglich des Vertriebs von ihr hergestellten Verbraucher- und Investitionsgüter befriedigen. Überdies ist der Handel mit der EU eine wichtige Einnahmequelle der frei konvertierbaren Währung und ermöglicht gleichzeitig die Beschränkung der Tauschgeschäfte (Bartergeschäfte), deren Größe heutzutage die wirtschaftliche Sicherheit des Landes gefährdet.

Im Falle der EU-Mitgliedschaft bekommt die Ukraine gute Möglichkeiten für eine dynamische Entwicklung der Tourismus- und Erholungsgebiete und für den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich. Angesichts der bis heute vollständig an die Marktbedingungen angepassten Staatspolitik, konnte das vorhandene Potential in diesem Bereich nicht ausreichend realisiert werden. Da die Entwicklung des inländischen Tourismus ebenso wie die Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz und des Erkenntniswertes bis dato nicht vorhanden ist, fehlt es nach wie vor an qualifiziertem Personal zur Arbeitsausübung in diesem neuen Bereich. Im Grunde genommen verlor der Staat die Kontrolle über die Entwicklung und Regulierung im ganzen Sektor.

Zu einer der Tendenzen in der modernen Industrieentwicklung zählt die Bildung der Verbunde, die die Industrie direkt mit den anderen Zweigen der Wirtschaft verbinden und deren Teilnehmer Firmen und Unternehmen aus unterschiedlichen Ländern sind. Die Integration der ukrainischen Hersteller in solche Verbunde ermöglicht den Eintritt in die neuen aussichtsreichen Vertriebsmärkte, deren Rationalisierung der eigenen Herstellung, flexiblere Reaktion auf Veränderungen der internationalen Wirtschaftskonjunktur und die stabile Entwicklungssicherung der entsprechenden Industriezweige - zukunftssichere Möglichkeiten für die Ukraine anbieten.

Die Ukraine zählt weltweit zu den industriell entwickelten Ländern. Sie verfügt über einen der größten Industriekomplexe in Europa, die Teilnehmer dessen stark miteinander kooperieren. Die Industriestruktur umfasst grundlegende Bereiche: Schwarz- und Buntmetallurgie, Chemie und Petrochemie, Maschinen- und Gerätebau, Leicht- und Verarbeitungsindustrie. Die wissenschaftlich ausgeprägten Bereiche sind Luft- und Raumfahrttechnik, Schiffbau, Her-

stellung der Waffen, Schwer- und Landmaschinenbau, Werkzeugmaschinenbau, Elektrotechnik und Anlagenbau, Erzeugung der Nachrichtenmittel, der IT-Produkte und der zusammengesetzten Technik, der medizinischen Geräte, Radio-, Elektronik-, Automobilbau u.a. zu nennen. In deren Bestand sind alle in der Weltindustrie anzuwendenden Basistechnologien: Erzeugung der Materialien, Verarbeitungs-, Aufbereitungs-, Bearbeitungsmaschinen, Thermo- und Sammeltechnologien, Beschichtungen u.a.

Als überzeugende Beweise der hochtechnologischen und wettbewerbsfähigen Möglichkeiten der ukrainischen Industrie kann man die Serienaneignung von grundsätzlich neuen Flugzeugmodellen AH-70, AH-140 und AH-38 nennen, die zu den aussichtsreichsten Modellen des XXI. Jahrhunderts zu zählen sind. Zu solchen Beweisen gehört auch die Umsetzung eines einzigartigen internationalen Projektprogramms für den Raketen- und Raumfahrtkomplex der Seestationierung "Seestart" und "Global Star", in dem die inländischen Raketenträger „Zenit“ und „Zyklon“ angewandt worden sind. Von den 22 Basistechnologien der Raketenindustrie beherrscht die Ukraine 17. Alleine im Industriekomplex arbeiten 500 konstruktionstechnologische und wissenschaftliche Organisationen, in denen über 65 Tausend wissenschaftliche Mitarbeiter tätig sind, darunter 7700 Doktoren und habilitierte Doktoren. Die wissenschaftlichen Einrichtungen arbeiten aktiv mit den wissenschaftlichen Organisationen der Nationalakademie der Wissenschaften und Ministerien für Bildung und Wissenschaft zusammen.¹⁶⁸

Dieses gesamte wissenschaftlich-technische Potential der Ukraine kann ohne tatsächliche Investitionen zur Umsetzung nur ein Potential bleiben, da die meisten Investoren von der Unbestimmtheit der Gesetze und der makroökonomischen Unstabilität abgeschreckt werden. Der EU-Beitritt und die Anpassung der ukrainischen Gesetze an die Gesetze der EU können als Signal für die Besitzer der Großkapitale vor dem Beginn der Investitionszusammenarbeit in der Ukraine dienen.

Als die empfindlichste Stelle der ukrainischen Wirtschaft gilt die Struktur des industriellen Komplexes. Ihre Verformung und ein hohes Niveau der industriellen Monopolisierung sind von dem älteren Verwaltungssystem vererbt. Die Jahre der Reformierungen haben die Situation nicht verbessert, sondern sogar wesentlich verschlechtert.¹⁶⁹ Eine radikale Veränderung dieser ungünstigen Verhältnisse zählt zu den erstrangigen Aufgaben der staatlichen Industriepolitik, die zum Hauptwerkzeug in der Mobilisierung und Konzentration der Ressourcen und

¹⁶⁸ Vgl. Sekarov, Ivan: Die Handelsbeziehungen Ukraine-EU; Kiew; 2011; S. 86-93.

¹⁶⁹ Vgl. Sekarov, Ivan: 2011; S. 78-79.

der institutionellen Elemente zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der strukturell-innovativen Erneuerung der ukrainischen Wirtschaft, Verstärkung ihrer sozialen Ausrichtung werden soll.

Bei der Verhandlung des Beitritts in die EU sollen die Vereinigung der Potentiale im Energiesektor des Landes in Maßstäben des euroasiatischen Kontinents und die Rollenverstärkung der Ukraine als energie-übertragendes Land hinzugezählt und analysiert werden. Die Tatsache, dass die Ukraine nach deren Transitpotential einen der ersten Plätze in Europa einnimmt, verschafft eine besondere Bedeutung für die Entwicklung und Durchführung einer wirksamen Verkehrspolitik mit der EU. Eine vorrangige Rolle spielen dabei die beschleunigte Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, die Schaffung des nationalen Netzes von internationalen Transportkorridoren in Übereinstimmung mit den internationalen Standards sowie dessen Integration in die Verkehrssysteme von Europa und Asien und der Ostsee- und Schwarzmeer-Regionen. Besonderes Gewicht gewinnt die Umsetzung der Projekte, die der Ukraine die Teilnahme an internationalen Verkehrs- und Kommunikationsnetzen sichern, insbesondere an der Lieferung der kaspischen Energieressourcen auf die Binnen- und Außenmärkte. Dies sind komplizierte und umfassende Aufgaben, die mit der Modernisierung der Verwaltung mit den Transportsystemen zusammenhängen, was die Erweiterung in der Anpassung an die EU-Netze ermöglicht.¹⁷⁰

Die Beziehungen mit der EU und der Ukraine im Energiesektor werden mit Einhaltung der durch der Energiecharta-Vertrag vorgesehenen Bedingungen und unter Verzicht auf Diskriminierung der Ukraine aufgebaut. Die Ukraine kann insbesondere als Öl- und Gaslieferant in die EU-Staaten eine große Bedeutung haben. Nach dem Bauabschluss der Pipeline „Odessa-Brody-Plozk“ wird die Ukraine über eine notwendige Infrastruktur zur Leitung von größerem Volumen des kaspischen Erdöls verfügen. Die Hersteller des europäischen Kontinents sind daran besonders interessiert, und die EU soll zum Hauptkonsumenten des kaspischen Erdöls werden. Wobei die russischen und türkischen Pipelines eine ernsthafte Konkurrenz darstellen werden, wird die ukrainische Pipeline ohne Zweifel einen Vorteil genießen, und nicht nur weil sie den kürzesten Weg aus dem Kaspischen Becken in Europa hat, sondern auch weil sie zu den EU-Mitgliedsstaaten zählen wird.¹⁷¹

¹⁷⁰ Vgl. Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: The EU and its neighbouring regions: A renewed approach to transport cooperation; 7.07.2011.

¹⁷¹ Vgl. Ukraine Offers Odessa-Brody for Venezuelian Crude to Belarus; Oil&Gas Eurasia on March 2010: <http://www.oilandgaseurasia.com/en/news/ukraine-offers-odessa-brody-venezuelian-crude-belarus>

Zu wichtigen aussichtsreichen Aufgaben soll auch der Markteintritt in die EU-Staaten mit grundsätzlich neuen Erzeugnissen sein: im Bereich der Raketen- und Flugzeugtechnik (insbesondere Herstellung der Transportflugzeuge), des Mittel- und Großmaschinenbaus, des Anlagenbaus, der separaten Erzeugnisse in der Elektronik und Elektrotechnik, der Herstellung der Schweißanlagen. Zugleich ist es möglich, auf dem einheitlichen EU-Markt als Lieferant der Wasserfahrzeuge einer bestimmten Klasse und der Landmaschinen Fuß zu fassen. Eine wichtige, wenn sogar nicht entscheidende Voraussetzung dafür, wird der Einsatz des technologischen Potentials der Unternehmen, sowohl der sich umstellenden als auch der tätigen, sein.

3.2.3 Unterstützung der Landwirtschaft

Die Ukraine hat zahlreiche Möglichkeiten zur Entwicklung der Agrarindustrie, deren Umwandlung in einen für den Export geeigneten hocheffizienten Wirtschaftssektor zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit des Staates generieren kann. Der Staat verfügt fast über ein Drittel der gesamten Reserven an Schwarzböden und 27% an Äcker in Europa (pro Kopf der Bevölkerung ist das 0,66 ha Äcker, während diese Zahl in der EU gesamt 0,25 ha beträgt).¹⁷²

Wird die Ukraine zum EU-Mitglied, so eignet sich die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft (Common Agricultural Policy, CAP). Im Rahmen der europäischen Gemeinschaft existiert eine Reihe der Regulierungssysteme für verschiedene Märkte, die folgende Produkte inkludieren.¹⁷³ Die Einführung eines kommunitären Regulierungssystems des Markts bedeutet, dass die Mitgliedsstaaten den Einsatz der nationalen Regulierungsmaßnahmen hemmen sollten, die sich auf die Funktionsweise des kommunitären Systems auswirken würden.

Ein anderes äußerst wichtiges Regulierungsinstrument, das fast in allen Systemen eingesetzt wird, ist die Verwaltung der Zölle und den dazugehörigen Normen, durch welche die landwirtschaftlichen Produkte der Europäischen Gemeinschaft den Produkten aus Drittstaaten bevorzugt werden. Die landwirtschaftlichen Produkte aus den Drittstaaten dürfen somit nicht am Markt der Gemeinschaft zu niedrigeren Preisen verkauft werden, als die in der Gemeinschaft hergestellten Produkte. Es existieren auch andere Regulierungsinstrumente des land-

¹⁷² Vgl. Sekarov, Ivan: Die Handelsbeziehungen Ukraine-EU; Kiew; 2011; S. 64.

¹⁷³ Vgl. Overview of CAP Reform 2014-2020; Agricultural Policy Perspectives Brief No. 5; on December 2013.

wirtschaftlichen Markts.¹⁷⁴

In Oktober 2006 haben die Ukraine und die EU ein Memorandum über das gegenseitige Verpflichtungen in den landwirtschaftlichen Fragen zwischen dem Ministerium der Agrarpolitik der Ukraine und dem Generaldirektorium der Europäischen Kommission „*Die Landwirtschaft und die Entwicklung des Landes*“ unterzeichnet. In diesem Memorandum wurden die Richtungen der Entwicklung der zweiseitigen Partnerschaft zwischen den beiden Seiten in der Sphäre der Landwirtschaft definiert. Es wurden auch die Institutionen und die entsprechenden Mechanismen der gegenseitigen Beratung bestimmt.¹⁷⁵

Auf der Basis der dynamischen Entwicklung der Beziehungen in diesem Sektor fanden 9. Sitzungen des Dialoges „die Ukraine und die die EU“, bezogen auf die landwirtschaftlichen Fragen, statt und die letzte Sitzung wurde am 19. März 2013 in Kiew abgehalten. Im Verlauf der Sitzungen wurden solche Fragen der Zusammenarbeit in der Sphäre der Agrarpolitik und der Landwirtschaft besprochen:¹⁷⁶

- Entwicklung des ländlichen Raums in der Ukraine und in der EU;
- Agrarreform in der Ukraine ;
- Reformierung der Programme im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (Ukraine – EU);
- Bewertung der Agrarmärkte ;
- der ökologische Landbau ;
- Lebensmittelsicherheit (Lebensmittelhygiene).

Die Agrarpolitik der EU sieht vor, dass die neu beigetretenen Länder nur bedingt eingeschränkt werden und die Vorteile der Einschränkungen nur in einem bestimmten Zeitraum ausnutzen können.¹⁷⁷ Die Eingliederung der ukrainischen Agrarprodukte am europäischen Agrarmarkt wird trotz sämtlicher positiver Folgen der allgemeinen Agrarpolitik der EU von zwei Faktoren beeinflusst: die Eigenschaften der Produkte müssen mit den EU-Standards übereinstimmen und jegliche Änderungen in der Agrarpolitik der Ukraine müssen EU-Konform sein. Ebenso müssen die Änderungen in der gemeinsamen Agrarpolitik der EU ent-

¹⁷⁴ Vgl. Thünen, Johann: Preisvolatilität auf landwirtschaftlichen Märkten; Federal Research Institute for Rural Areas, Forestry and Fisheries; vom Mai 2011.

¹⁷⁵ Memorandum of understanding for establishing a dialog on agricultural issues: <http://ukraine-eu.mfa.gov.ua/mediafiles/files/memorandum2006.pdf>

¹⁷⁶ vgl. ebd.

¹⁷⁷ Vgl. Sekarov, Ivan: Die Handelsbeziehungen Ukraine-EU; Kiew; 2011; S. 63.

weder zur Gänze oder auch nur teilweise in der Agrarpolitik der Ukraine gespiegelt werden.

3.2.4 Das Erhalten des positiven Saldos des Handelsgleichgewichts

Die Mitgliedschaft der Ukraine in der WTO ist eine Voraussetzung für den EU-Beitritt, und könnte ebenso das Problem der Beseitigung von diskriminierenden und beschränkenden Anti-dumpinggesetzen in Bezug auf ukrainische Produkte lösen. Der Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation bedeutet den Abschluss einer wichtigen Integrationsstufe des Landes ins Welthandelssystem. Das Land eignete sich in der Tat einen neuen Status im System der globalen landwirtschaftlichen Beziehungen an. Die Ukraine soll jetzt ihre Handelspolitik aufgrund der international bestimmten Normen und Regeln aufbauen. Zugleich kann sie auch die sich aus der Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation ergebenden Vorteile genießen.

Der Verhandlungsprozess bezüglich der Mitgliedschaft der Ukraine in dieser Weltorganisation dauerte mehr als 14 Jahre. Innerhalb dieses Zeitraums führte das Land einen großen Teil der Anforderungen für die Mitgliedschaft in der WTO ein, was für die nationale Wirtschaft eine stufenweise Anpassung an die im Rahmen des Welthandelssystems geltenden Bedingungen ermöglicht hatte, dessen institutionelle Basis die WTO heute darstellt.

Die Analyse der wirtschaftlichen Folgen der Mitgliedschaft der Ukraine in der WTO zeigt, dass der Beitritt zur WTO positiv sowohl das Wirtschaftswachstum als auch den Wohlstand der Bevölkerung beeinflusst. Die Berechnungen bestätigen, dass das reale BIP um 2,6% im Vergleich zur Basis in der Entwicklungsdynamik in durchschnittlichen Zeiträumen und um 5,2% (d.h. doppelt so viel) in langfristigen Zeiträumen ansteigt. Der Wohlstand der Haushalte wächst sogar schneller: um 4,8% im Vergleich zum Basisabstand der Entwicklungsdynamik und um 8,6% in langfristigen Zeiträumen.¹⁷⁸

Die Berechnungen zeugen davon, dass gerade die Liberalisierung des Dienstleistungshandels, die Verminderung der Hemmnisse auf dem Wege der ausländischen Direktinvestitionen und der Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds im Staat bedeutet. Gemeinsam mit der Liberalisierung des Warenhandels können sie zu den Hauptelementen im Wohlstandswachstum der Haushalte und in der Beschleunigung der sozial-wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine

¹⁷⁸ Vgl. Sekarov, Ivan: Die Handelsbeziehungen Ukraine-EU; Kiew; 2011; S. 62.

gehören.¹⁷⁹

Anzumerken ist es auch, dass man realistisch die Schwierigkeiten der Anpassung der Wirtschaft an die WTO-Voraussetzungen sowie den Charakter der Probleme und Herausforderungen bewerten muss, die durch die Integration der nationalen Wirtschaft in die Weltwirtschaft ausgelöst sind. Zum Ausgleich der möglichen negativen Folgen der Liberalisierung des Handels, die infolge des WTO -Beitritts vorkommt, soll die Regierung erforderliche Bedingungen schaffen, die die Mobilisierung der Arbeitskraft erhöhen können. Dadurch kann sich die Wirtschaft schneller und effizienter an neue Wirtschaftsbedingungen anpassen sowie die vom WTO-Beitritt angebotenen Vorteile ausnutzen. In der nationalen Politik soll ein besonderer Akzent auf die Fragen der regionalen Entwicklung gesetzt werden, vor allem zur Beschleunigung der Entwicklung in den ländlichen Gebieten sowie zur Überwindung der Armut auf dem Lande.

Die EU stellt einen bedeutenden Absatzmarkt für ukrainische Waren und eine Quelle für die Steigerung und den Ausbau des ukrainischen Imports dar. Die allgemeine Senkung der durchschnittlichen Zollgebühren infolge des EU-Ausbaues wirkt sich positiv auf ukrainische Importeure aus. Außerdem wird die EU die positiven Auswirkungen auch auf die Integration der ukrainischen Energie-, Verkehrs-, und Telekommunikationsnetze in die europäische Infrastruktur ausüben. Der EU-Beitritt wird die Anschließung der allgemeinen Zollpolitik bedeuten, die aus folgenden Maßnahmen besteht.¹⁸⁰

Allgemeine Zollltarife. Gemäß Art. 9 der Römischen Verträge funktioniert die EU auf Grundlage der Zollunion, die den gesamten Warenumsatz umfasst. Die Zollunion sieht das Verbot der Einfuhr- und Ausfuhrgebühren oder sonstiger Zahlungen, die den gleichen Effekt unter den Mitgliedsstaaten auslösen sowie die Einführung der allgemeinen Zollltarife für Drittstaaten.¹⁸¹ Man unterscheidet verschiedene Zollsätze, die je nach Ausrichtung des Imports zwei Kategorien der Sätze beinhalten: autonome und konventionelle. Die konventionellen Sätze werden für Import aus den Mitgliedsstaaten eingesetzt und beinhalten in sich eine mögliche Begünstigung bezüglich der Zollgebühren. Am häufigsten werden in der Praxis die Präferenzgebühren unter Berücksichtigung einer großen Zahl der mit EU-Präferenzverträgen verbindenden Staaten angewandt (die niedriger als konventionelle sind, einschließlich der Null-

¹⁷⁹ Vgl. Sekarov, Ivan: 2011; S. 23-25.

¹⁸⁰ Regulations of the European parliament and of the council of 23 April 2008 No. 450: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:145:0001:0064:EN:PDF>

¹⁸¹ Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft [EWG-Vertrag]; 25. März 1957.

Sätze).¹⁸² Das dazugehörige Steuerungssystem wird als Allgemeines Präferenzsystem (APS) bezeichnet und wurde letztes durch die Verordnung 978/2012 des Europäischen Parlaments novelliert. Das System selbst gewährt bestimmten Staaten Zollbegünstigungen auf Exporte in die EU und kann als Hilfesystem für Entwicklungsländer angesehen wird. Abhängig von der Entwicklungsstufe der Staaten, werden die Exporte aus diesen Ländern in die EU entweder ganz zollfrei, oder erheblich vergünstigt. Durch die neue Regelung wurde die Liste der Länder und Erzeugnisse bearbeitet und inkludiert ausschließlich Länder, die Entwicklungshilfe brauchen – wie die Ukraine.¹⁸³

Die EU-Einfuhrzolltarife sind auch nicht gleichmäßig und hängen von der Fertigungsstufe des Endprodukts ab: je höher das Fertigungsstadium des Produkts ist, desto höher ist die Einfuhrgebühr. Dadurch wird ein Ziel verfolgt, bereits auf der Zollebene die nationale Herstellung in einzelnen Ländern (Erhaltung der Arbeitsplätze) zu sichern und zu verstärken. Diese Herstellung basiert überwiegend auf dem importierten Rohstoff und setzt dabei Halbfabrikate und Montageblöcke ein.¹⁸⁴

Das Niveau der meisten EU-Zolltarife ist der Gegenstand der internationalen Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (engl. Abkürzung GATT) (aktuell Welthandelsorganisation, WTO) und darf nicht erhöht werden; eine solche Situation wird als „Bindung“ der Zölle beschrieben und dadurch festgesetzten Tarife dürfen nicht überschritten werden.

Mengenbeschränkungen des Imports (Festlegung der Importquoten). Die Politik für Festlegung der Importquoten erfuhr die Vereinheitlichung und Übertragung von der nationalen Ebene auf die übernationale viel später als die Zollpolitik. Dies fand erst Anfang der 90-er Jahre während der Vorbereitungsphase zur Schaffung einen allgemeinen EU-Binnenmarkts statt. 1987 wurden die Einfuhrbeschränkungen für die Gründer GATT-Mitgliedsstaaten (Gründungsmitglieder) völlig aufgehoben.¹⁸⁵

¹⁸² Vgl. Verordnung (EG) Nr. 450/2008; des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaft (Modernisierter Zollkodex); S. 10-15: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:145:0001:0064:DE:PDF>

¹⁸³ Vgl. Amtsblatt der Europäische Union: Verordnungen über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen und zur Aufhebung der Verordnung; Nr. 978; vom 25. Oktober 2012: https://www.bmf.gv.at/zoll/fuer-unternehmen/ursprung-praeferenzen/L_303.pdf?40t6sy

¹⁸⁴ ebd.

¹⁸⁵ Vgl. Treaty of the Functioning of the European Union; Article 31; 2008; S 13-14.

Der Charakter der von der EU einzusetzenden Quoten ist entweder autonom oder wird durch die Verhandlungen im Rahmen der internationalen Verträge festgelegt. Anders ausgedrückt teilt man die EU-Importquoten in individuelle und globale auf. Die autonomen oder individuellen Quoten werden in der Regel von der Gemeinschaft in einem einseitigen Verfahren eingeführt und tragen den Charakter der Mengen- oder Qualitätsquoten der zugelassenen Einfuhr in die EU. Die Importeure sind verpflichtet, eine Lizenz zur Einfuhr der durch die Quotierung vorgesehenen Waren. Die autonomen Quoten setzt die Gemeinschaft relativ selten ein, da die GATT-Bestimmungen den Einsatz dieser Einschränkungform im Handel untersagen, es sei denn, dies betrifft die einzelnen Branchen, auf die im Vorbehalt hingewiesen wird.¹⁸⁶

Eine neuere Form der Importmengenbeschränkung stellen die globalen Quoten dar, die durch die Verhandlungen im Rahmen der internationalen Verträge festgelegt werden, und nicht in einem einseitigen Verfahren bestimmt werden. Diese Art der Quoten prägt die zugelassene Importmenge, berechenbar in physischen Einheiten oder Werteinheiten im bestimmten Zeitraum.¹⁸⁷Zur Regulierung der Einfuhr setzt die EU auch andere außertarifliche Regelungen ein, zu denen die freiwillige Selbstbeschränkung der Ausfuhr hinzuzählen ist, zu der sich die ausländischen Importeure verpflichten. Sie besteht darin, dass sich der Exportstaat „freiwillig“ verpflichtet, die beim Export festgelegten Mengen- und Qualitätsquoten einzuhalten.¹⁸⁸

Antidumping Politik. Zu einem wichtigen Werkzeug der Handelspolitik der Europäischen Union zählt der Marktschutz gegen unlautere Handelsgeschäfte seitens der ausländischen Lieferanten, insbesondere gegen Dumping. Die Antidumping-Politik der EU entspricht den internationalen Standards in diesem Bereich, die zunächst im Antidumping-Kodex des GATT seit 1979 bestimmt wurden sowie im Übereinkommen zur Durchführung des Art. VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens seit 1994.¹⁸⁹

Die Europäische Union führt häufig die Antidumping-Verfahren in ihren Handelsbeziehungen mit anderen Staaten durch. Neben den USA, Kanada und Australien gehört die EU zu hauptsächlichen Subjekten solcher Verfahren. In den 80-er Jahren des XX. Jhrs. führte die Gemeinschaft jährlich bis zu 36 Verfahren durch. 1992-1994 waren es bereits 80 Verfahren; zum Vergleich führten die USA und Australien im gleichen Zeitraum jährlich je 100 Verfahren,

¹⁸⁶ Vgl. Import regulations in the European Union; Policy Planning & Strategy Department; 2003; S 14.

¹⁸⁷ Vgl. Import regulations in the European Union; 2003; S. 16.

¹⁸⁸ ebd.

¹⁸⁹ Vgl. Das Abkommen über die Anwendung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 1994: http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/981_010

Kanada fast 60.¹⁹⁰

Schutzzollpolitik und Exportkontrolle. Neben den oben beschriebenen Marktschutzinstrumenten schließt die allgemeine EU-Handelspolitik die Exportregulierung ein, die auf Schutz und Exportkontrolle gerichtet ist.¹⁹¹ Art. 112 der Römischen Verträge verpflichtete die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft allmählich dazu, deren Unterstützungssysteme der Einfuhr in Drittstaaten in Einklang zu bringen, um den Hindernissen in der Entwicklung der Wettbewerbsbeziehungen von Unternehmen der Gemeinschaft vorzubeugen. Die Kommission überprüft die Einhaltung der Wettbewerbsgrundsätze und greift nur dann ein, wenn die Hilfe seitens des Staates den Regeln des allgemeinen Markts widerspricht (Art. 92) oder solch eine Hilfeleistung zu Missbräuchen führt.¹⁹²

Die Veränderungen im Handelssektor, die für den EU Beitritt der Ukraine notwendig sind, benötigen vor allem die Sanierung der gesamten wirtschaftlichen Systems, die durch notwendige politische Entscheidungen herbeigeführt wird. Die Umsetzung selbst soll stufenweise erfolgen, um die Wechselwirkungen und Spekulationen in verschiedenen Bereichen zu vermeiden. Nichtsdestotrotz, sollen die einzelnen Stufen an das gesamte Konzept der Umsetzung geknüpft werden. Die Übergangsphase soll durch die Anpassung, oder sogar vollständige Veränderungen der Tarife, Export- und Importquoten begleitet werden und ständig durch zuständige Behörden kontrolliert werden. Es ist zu beachten, dass die Änderungen auf der staatlichen Ebene große, sowie kleine und mittlere Betriebe betreffen. Die Planung soll somit mit großer Vorsicht und mit der Einbeziehung der für jede Größe und Art des Betriebs relevanten Faktoren erfolgen.

3.2.5 Sicherstellung der Entwicklung in der mittleren und kleinen Wirtschaft

In der Zeit des wirtschaftlichen Wachstums gewinnt die Einleitung der Regulierungsmaßnahmen, die auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Durchführung der Politik für produktive Beschäftigung gerichtet sind, an eine besondere Bedeutung. Fokussiert sollen die Bemühungen der Regierungsbehörde in erster Linie auf die Einleitung der wirksamen Anreigungen für die Schaffung der neuen Arbeitsplätze, Sicherung der Garantien für Beschäftigung

¹⁹⁰ Vgl. Sekarov, Ivan: 2011; S. 38.

¹⁹¹ Vgl. Sekarov, Ivan: 2011; S. 83-85.

¹⁹² Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft [EWG-Vertrag]; 25. März 1957.

im Prozess der Privatisierung und der Umwandlung der Unternehmen, auf die Unterstützung der Unternehmen und selbständigen Erwerbstätigkeit der Bevölkerung, auf die Erhöhung der Flexibilität des Arbeitsmarkts sein.¹⁹³

Für Jahrzehnte waren die ukrainischen Unternehmen tatsächlich vom Weltmarkt abgeschnitten. Aus diesem Grund ist deren Einführung in den EU-Markt von besonderer Bedeutung als Quelle für Erfahrung und für praktische Fertigkeiten, um den Wettbewerb mit Herstellern anderer Länder zu erhalten, und eine Strategie für industriell-kommerzielle Tätigkeit zu entwickeln und umzusetzen, die sich an der Weltkonjunktur der entsprechenden Märkte orientieren. Hierbei soll insbesondere darauf hingewiesen werden, dass die Fähigkeit, erfolgreich auf den internationalen Märkten zu agieren, zur Erhöhung der Befriedigung von Bedürfnissen der nationalen Verbraucher führt.

Ein erforderliches Element für das moderne Marktsystem stellen Kleinunternehmen dar, die durch Flexibilität, hohe Steuerfähigkeit und die Fähigkeit zur operativen Regulierung zugunsten der dynamischen Bedingungen der Außenumgebung geprägt sind. Außerdem sammeln Kleinunternehmen wesentliche finanzielle, arbeits- und rohstoffbezogene Ressourcen an, sichern die Schaffung von neuen zusätzlichen Arbeitsplätzen, senken das Arbeitslosigkeitsniveau, fördern den Anstieg der selbständigen Erwerbstätigkeit der Bevölkerung, die Entwicklung der wettbewerbsfähigen Umgebung und sind eines der Hauptelemente für die gesellschaftliche Stabilität.

Die Europäische Charta für Kleinunternehmen, bewilligt vom Europäischen Rat in Feira (am 19. -20. Juni 2000)¹⁹⁴ bestimmt, dass sich die Lage der kleinen Unternehmen in der Europäischen Union durch die Förderung des Unternehmertums, die Bewertung der vorhandenen Maßnahmen und ggf. die Anpassung dieser an die Interessen der Kleinunternehmen sowie die Berücksichtigung von Bedürfnissen der Kleinunternehmen verbessern lässt. In dieser Charta verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, den Innovations- und Unternehmergeist zu stärken; rechtliche, steuerliche und administrative Rahmenbedingungen zu schaffen, die der unternehmerischen Tätigkeit förderlich sind; den Marktzugang auf der Grundlage der am wenigsten aufwendigen Anforderungen sicherzustellen, die mit den Hauptzielen des "ordre public" in Einklang stehen; den Zugang zur besten Forschung und Technologie zu erleichtern; ständig

¹⁹³ Vgl. Sekarov, Ivan: 2011; S. 65-70.

¹⁹⁴ Kommission der Europäischen Gemeinschaft KOM 122 endgültig; Mitteilung der Kommission; Europäische Charta für Kleinunternehmen; Brüssel; 7.03.2001.

den Zugang zu Finanzmitteln und zur Technologie zu verbessern, so dass die EU die besten Rahmenbedingungen der Welt für Kleinunternehmen bietet; Aufgeschlossenheit für die Belange der Kleinunternehmen zeigen; eine erstklassige Unterstützung für Kleinunternehmen zu fördern.¹⁹⁵

Derzeit stellen die Kleinunternehmen das Getriebe des unternehmerischen Sektors dar. Um eine vielseitige Entwicklung der unternehmerischen Tätigkeit zu ermöglichen, die günstigen Rahmenbedingungen für Kleinunternehmen zu schaffen, den Zugang zu Informations- und modernen Technologien sicherzustellen, eine adäquate Rechts- und Steuerbasis gemäß den EU-Normen und Standards zu bilden, wurden in der letzten Zeit solche Gesetze in der Ukraine verabschiedet wie die Verordnung des Präsidenten vom 02.07.2008: Die „Frage der Einführung der Europäischen Charta für Kleinunternehmen in der Ukraine“ Nr. 603/2008 und Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine „Über die Einführung in der Ukraine der Grundsätze der Europäischen Charta für Kleinunternehmen“ No. 587.¹⁹⁶

Nach dem Ranking „Doing Business 2013“ verbesserte die Ukraine nicht nur ihre Positionen um 15 Punkte (bis Platz 137 aus 185 Ländern), sondern schloss sich der Liste an, die aus 23 Ländern besteht, die die meisten Reformen im Wirtschaftsbereich in den Jahren 2011 – 2012 umgesetzt haben. Gemäß der Auswertungen von „Doing Business“ sind in diese Liste die Länder, die grundsätzlich drei oder mehr Bereiche (Subindexe) reformieren ließen.¹⁹⁷

Die Weltbank zeichnete auch die Verbesserung der Bedienungen für die ukrainischen Unternehmen aus. In der jährlichen Studie konnte die Ukraine im Ranking bezüglich der Einfachheit der Geschäftsführung „Doing Business-2014“ (wird von der Weltbank zusammengestellt) um 25 Positionen aufsteigen: vom 137. Platz auf den 112. Platz (zum Vergleich: 2012 ist die Ukraine nur um 15 Positionen angestiegen).¹⁹⁸ *«Im Laufe eines Jahres ist die Zahl der zu untersuchenden Länder von 184 auf 189 angestiegen, d.h. die Ukraine verbesserte ihre Positionen bei der Umrechnung des Rankings um 28 Positionen»*,¹⁹⁹ – sagte der Chef der regionalen Vertretung für Internationale Finanzgesellschaft in der Ukraine und Weißrussland Rufat

¹⁹⁵ ebd.

¹⁹⁶ Verhovna Rada: Resolution vom 2. Juli 2008 No. 587 Kiev: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/587-2008-%D0%BF>

¹⁹⁷ Vgl. The World Bank: Doing Business 2013: Smarter Regulations for Small and Medium-Size Enterprises; 10th edition; Washington, DC; S. 12.

¹⁹⁸ Vgl. The World Bank: Doing Business 2014: Smarter Regulations for Small and Medium-Size Enterprises; 11th edition; Washington, DC; S. 11.

¹⁹⁹ Im Jahr 2014 versprach die ukrainische Unternehmen Steueroase; 30.10.2013: <http://uanews.dp.ua/economy/2013/10/30/24976.html>

Alimardanow.

Von den zehn Kriterien für Einfachheit in der Geschäftsführung, die von der Weltbank analysiert waren, verbesserte die Ukraine nur zwei nicht (Schutz der Investorenrechte und Verletzung der Verträge). Ein mehrjähriges Programm für die Unterstützung der Unternehmen und des Unternehmertums führt die unternehmerische Politik ein, die in einem neuen Verfahren für Koordinierung der Tätigkeit mit den Mitgliedsstaaten (Verfahren BEST) umzusetzen ist und die auf die Sicherstellung der Bedürfnisse der KMU in mehr als 30 Ländern (Europäische Union, Europäischer Wirtschaftsraum und Länder-Kandidaten auf den EU-Beitritt) gerichtet ist. Das Programm setzt sich zum Ziel, das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit des Business unter Bedingungen des wissenschaftlichen Inhalts der globalisierten Wirtschaft zu stärken, das Unternehmertum zu fördern, administrative und regulatorische Rahmenbedingungen im Geschäft zu vereinfachen und zu verbessern, um sich Innovationen und Ideen im Business entwickeln zu können, die finanzielle Lage für geschäftliche Aktivität zu verbessern (in Form der Kreditsicherheiten und Unterstützung der riskanten Investitionen).²⁰⁰

Die von der Gesellschaft verfolgten Ziele in Anbetracht der Harmonisierung der Gesetze über Gesellschaften und Rechnungslegung und Bilanzierung (vgl. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung), sind:²⁰¹

- Sicherstellung der Freizügigkeit für Unternehmen um von Vorteilen des gemeinsamen Markts zu profitieren;
- gleiche Bedingungen für Wettbewerbsfähigkeit unter den in unterschiedlichen Mitgliedsstaaten gegründeten Firmen;
- Förderung der Entwicklung von Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten;
- Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter den Firmen und Vereinfachung der grenzüberschreitenden Fusion und des Kaufs der Unternehmen.

Eine besonders große Bedeutung für die ukrainische Wirtschaft wird im Falle des Beitritts zur EU, der Anschluss an die Lissabon-Strategie haben. Die Wettbewerbsfähigkeit wird durch einen weltweiten Index gemessen und die Länder werden entsprechend diesem gereiht. Während in der EU Finnland den besten Wettbewerbsindex 1 vorzeigt und Griechenland – mit 46,

²⁰⁰ Vgl. Unterstützung der Europäischen Union Programme für KMU: Überblick über die wichtigsten Finanzierungsmöglichkeiten für europäische KMU; Januar 2012.

²⁰¹ ebd.

den schlimmsten, beträgt dieser Wert in der Ukraine 84.²⁰²

Zur Realisierung des Ziels, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, ist vorgesehen, das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation der EU von 2007-2013 umzusetzen, welches folgendes einschließt: Das Programm „Unternehmerische Initiative und Innovation; das Programm zur Unterstützung der Politik für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm); das Programm „Intelligente Energie - Europa“.²⁰³

Für die Ukraine ist diese Tätigkeitsrichtung interessant, da das genannte Programm für die Teilnahme der Mitgliedsstaaten des europäischen Wirtschaftsraums und die Kandidaten auf den EU-Beitritt sowie für die Nachbarstaaten geöffnet ist. Unter Berücksichtigung des Kurses der Ukraine hinsichtlich der EU-Integration sind die Maßnahmen für den möglichst realisierbaren Eintritt in die geschaffenen Mechanismen für Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit in der EU einerseits, und die Schaffung (soweit es möglich ist) der ähnlichen Mechanismen innerhalb der Ukraine andererseits heutzutage die wichtigen Aufgaben für die regulierende Politik der Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine.

Im Jahre 2000 legte der Europäische Rat die Lissabon-Strategie fest, die in der Erhöhung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU durch das wirtschaftliche Wiederbeleben bestand, und die die Entwicklung einer dynamischen, zum ständigen Wachstum fähigen Wirtschaft für die EU bis 2014 vorsieht. Die EU soll eine dynamische Wirtschaft haben, die zum ständigen Wachstum fähig ist.²⁰⁴

In 2010 wurde die neue europäische Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung für die nächsten 10 Jahre übernommen. Die Vertreterinnen der EU-Länder sind im Laufe der Erörterung der Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Europas, auf die Notwendigkeit der Konsolidierung der Bemühungen des Ausgangs aus der Krise und die Bildung der Bedingungen für

²⁰² Vgl. Schwab, Klaus: World Economic Forum: The Global Competitiveness Report; 2013–2014: http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2013-14.pdf

²⁰³ Vgl. Interim Evaluation of the Competitiveness and Innovation Framework Programme; 9 March 2010: http://ec.europa.eu/cip/files/docs/interim_evaluation_report_march2010_en.pdf

²⁰⁴ Vgl. Presidency conclusions: Lisbon European council; 23 and 24 March 2000: <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201107/20110718ATT24270/20110718ATT24270EN.pdf>

die standfeste Entwicklung aufmerksam geworden.²⁰⁵

"Europa 2020" bringt drei Hauptfaktoren mit sich, um die Wirtschaft zu stärken:²⁰⁶

- Intelligentes Wachstum: Entwicklung einer Wirtschaft, die auf Wissen und Innovation basiert.
- Nachhaltiges Wachstum: die Schaffung einer Wirtschaft, die auf einer geeigneten Nutzung von Ressourcen, Umwelt und Wettbewerb basiert.
- Integratives Wachstum: Förderung eines erhöhten Beschäftigungsniveaus, die Verwirklichung der sozialen Vereinbarungen.

Als ein Schritt auf dem Weg zur Stärkung und Entwicklung der mittleren und kleineren Betriebe kann die Einführung und Implementierung der einheitlichen europäischen Standards für die Produktion in der Ukraine angesehen werden.

Solche Verbesserungen der Produktionsfaktoren gehören nach Ali-M. El-Agraa (siehe Kapitel 1.1.3) zu den Formen der europäischen Integration. Wie in diesem Kapitel bereits gezeigt wurde, stagnierte die ukrainische Wirtschaft in den letzten 20 Jahren und kann eben durch die Formierung der gemeinsamen Ziele mit der EU wieder angekurbelt werden. Es ist aber nicht ausreichend nur die Ziele zu formulieren, sondern auch wichtig die Wege zu finden, diese mit der Koordination des Geldflusses und Steuerpolitik zu verbinden. Es ist eher diese Aufgabe, die der Ukraine und der EU Schwierigkeiten bereiten wird.

3.2.6 Einführung von EU Standards im Energiesektor der Ukraine

Unter den strategischen Aufgaben des nächsten Jahrzehntes sind die tiefen qualitativen Umwandlungen im Energiesektor der Wirtschaft zu nennen. Diese zu den schwierigsten Wirtschaftsfragen hinzuzählenden Angelegenheiten bestimmen zum größten Teil die nationale Sicherheit des Staates. Die Ukraine befriedigt ihre eigenen Bedürfnisse an natürlichen Energieressourcen durch selbständige Gewinnung zu ungefähr 45%.²⁰⁷ In den meisten Ländern der Welt ist das Niveau der Selbstversorgung mit Energieressourcen gleich oder sogar niedriger.

²⁰⁵ Vgl. Communication from the commission Europe 2020: A strategy for smart, sustainable and inclusive growth; Brussels; 3.3.2010; COM(2010) 2020:

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20EN%20BARROSO%20%20%20007%20-%20Europe%202020%20-%20EN%20version.pdf>

²⁰⁶ ebd.

²⁰⁷ Vgl. Meißner/Ueckerdt: Ausbau erneuerbarer Energien in der Ukraine: Potenzial, Hemmnisse und Politikempfehlungen Dr. Frank Meißner und Falko Ueckerdt; Berliner Economic; 2010; S 8.

Das Problem besteht in einem anderen Aspekt, in der unzulässig niedrigen Nutzungseffizienz der Energieträger und im Nichtvorhandensein der Diversifikation der Importquellen. Als niedrig ist die Nutzungseffizienz der Brennstoffenergieressourcen zu beurteilen.²⁰⁸

Die Ukraine steht vor der Notwendigkeit eine neue Energiestrategie zu entwickeln. Zu Instrumenten der Umsetzung sollen das Ganzheitliche staatliche Programm für Energieeinsparung, das Programm der staatlichen Förderung von nicht- konventionellen und erneuerbaren Energien und von der kleinen Hydro- und Wärmeenergiewirtschaft werden.²⁰⁹ Das Ministerkabinett der Ukraine jedoch hat die erneuerte Strategie für den ukrainischen Energiesektor bis zum Jahr 2030 am 24. Juli 2013 beschlossen.

Die 2006 verabschiedete Energiestrategie hat teilweise an Relevanz verloren und die von ihr vorgegebenen Orientierungen für die Entwicklung des Generierungs- und Netzobjekte bedürfen einer Präzisierung. Zu den Zielen der aktualisierten Energiestrategie zählen:²¹⁰

- Schaffung der Bedingungen für sichere und qualitative Befriedigung der Nachfrage von Energieprodukten;
- Erhöhung der Energiesicherheit des Staates;
- Erhöhung der Nutzungseffizienz der Energieprodukte;
- Minderung der technischen Belastung auf die Umwelt und Sicherung des zivilrechtlichen Schutzes im Rahmen der technischen Sicherheit des Brennstoff- und Energiekomplexes.

Zum einzigen Energieträger, der in der Ukraine für eine vollständige Befriedigung der eigenen Bedürfnisse ausreicht, zählt Kohle. Dieser ist ein wichtiger Bestandteil für Sicherung der Energiesicherheit im Staat. Die Aufgabe besteht darin, die Verbrauchsaufteilung der Energieträger wesentlich zu verändern, sowohl den absoluten Umsatz als auch den Teil des Erdgasverbrauchs zu verringern. Das durch die Regierung festgelegte Programm „Ukrainische Kohle“ sieht folgendes vor:²¹¹

- Umrüstung der Bergwerke mit sicheren und hochproduktiven Anlagen;
- Auflösung der aussichtslosen und Sanierung der potentiell aussichtsreichen Kohle-

²⁰⁸ ebd.

²⁰⁹ Vgl. Bach/Szumaska/ Chornobyl: Kommunale Nutzung erneuerbarer Energien in der Ukraine – Chancen, Potenziale und Hemmnisse; Lwiw; in: Ukraine-Analyse Nr. 89; 22.03.2011; S 2.

²¹⁰ Vgl. Ministerium für Energie und Kohleindustrie der Ukraine: Updates Energiestrategie der Ukraine für den Zeitraum bis zum Jahr 2030; 11.06.2012: <http://mpe.kmu.gov.ua/fuel/control/uk/doccatalog/list?currDir=50358>

²¹¹ Vgl. Cabinet of Ministers of Ukraine: State Target Economic Program "Ukraine coal" for 2010-2015; 2010.

bergwerke;

- Entstaatlichung des Eigentums von Kohlebergwerken nach besonderen Bewertungsregeln unter Berücksichtigung der Rentabilität und des Investitionsanreizes.

Der relevante Zustand der Energiesicherheit ist als nicht befriedigend zu bewerten. Eine niedrige Effizienz in der Brennstoff- und Energieproduktion mit deren Beförderung und Verbrauch in Bereichen der staatlichen Wirtschaft, verursachen einen mangelhaften Zustand der Energieversorgung. Die Abnutzung der technologischen Anlagen von Objekten des Brennstoff- und Energiekomplexes führt zu überflüssigen Ausgaben der Energierohstoffressourcen, Energieverlusten an lokalen Elektrizitäts- und Wärmenetzen sowie zur Herabsetzung des Wirkungsgrads der Wärmeanlagen.²¹² Als Hauptziele der Energieversorgung in der Ukraine sind festgelegt:²¹³

- Effiziente Versorgung der Wirtschaft, des Staates und der Bevölkerung mit benötigten Umfängen der Energieressourcen und Förderung der stabilen sozial-wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine;
- Maximierung der Bestrebungen der Staatsleitung, die auf die Verminderung der Abhängigkeit der importierten Energieträger gerichtet sind sowie die Diversifizierung der Importquellen unter Bedingungen des ständigen Außendrucks;
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen des Brennstoff- und Energiekomplexes Heranziehung und Übernahme der besten internationalen Praktiken in der Steuerung mit Unternehmen dieses Sektors und Elementen des Markts, der Entwicklung der eigenen wissenschaftlich – technischen Basis, der Erhöhung der Personalqualifizierung.

Die Europäische Union stellt eine unerschöpfliche Quelle für die Erfahrungen über die Funktionsweise der Markt-orientierten Wirtschaft und der staatlichen Regulierung der Wirtschaftsprozesse dar. Es liegt auf der Hand, dass die Ukraine gerade hier die Kenntnisse für die Entwicklung und Umsetzung der Antimonopolpolitik finden kann. Gleichzeitig kann sie die Kontrolle über die Tätigkeiten in bestimmten Bereichen der Wirtschaft ausüben, Regulierung des Wertpapiermarkts durchführen und Politik im Bereich der Arbeitsbeschäftigung realisieren. Die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der EU bedeutet eine unvermeidliche Notwendigkeit, angemessene Regeln und Standards für die Erarbeitung und Umsetzung der Wirtschafts-

²¹² Vgl. Bach/Szumaska/ Chornobyl: 2011; S 7.

²¹³ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of Ukraine: Energiesicherheit der Ukraine: <http://mfa.gov.ua/ua/about-ukraine/economic-cooperation/energy-security>

politik einzuleiten. Dies wird seinerseits zur Bildung des transparenten Umfelds für die betrieblich-kommerziellen Tätigkeiten auf der nationalen Ebene beitragen, was von großer Bedeutung für die Ukraine ist.

Zu vorteilhaften Ausrichtungen in der Realisierung des Exportpotentials der Ukraine mit den EU-Ländern soll die Umwandlung in die führenden exportorientierten Herstellungsbereiche werden, die unmittelbar mit der Umsetzung der wissenschaftlich – technischen Errungenschaften zusammenhängen, und in denen die Ukraine eine unbedingte Priorität aufweist (Pulvermetallurgie, ultraharte und hochqualitative Erzeugnisse mit vorgegebenen Eigenschaften).

Zur Hauptaufgabe in Bezug auf die wissenschaftlich-technische Kooperation der Ukraine mit den Ländern des Westeuropas ist die Beteiligung der Ukraine an die Arbeiten, die im Rahmen des Programms für wissenschaftlich-technische Integration im Bereich der High-Techs „EU-REKA“²¹⁴ und der internationalen wissenschaftlich-technischen Programme der EU beruhen. Diese Beteiligung sollte auch auf die Lösung der grundsätzlichen wissenschaftlich-technischen Probleme abzielen, sowie sich auf Erreichung eines qualitativ neuen Niveaus des Herstellungspotentials, Teilnahme und die Arbeit in der internationalen Forschungszentren konzentrieren.

Die Bereiche des Brennstoff- und Energiekomplexes werden aktuell aus der wirtschaftlichen und wirtschaftlich-technischen Sicht durch Einrichtungen und Organisationen der verschiedenen dienstlichen Unterordnung versorgt: Ministerien für Energie und Kohlenindustrie, Nationale Wissenschaftsakademien der Ukraine, Ministerien für Bildung und Wissenschaft, sonstige Ministerien und Behörden. Ihre Hauptaufgaben sind, wissenschaftlich-technisch und technologisch die Arbeit des Bereichs zu unterstützen, eine effiziente Nutzung des geistigen und technischen Potentials der wissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fachorganisationen zu sichern. In den Jahren 2000- 2010 wurden 55 bis 65% der wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Arbeiten in der Forschungseinrichtungen durchgeführt, 20 bis 30% - an den akademischen Vereinigungen, 10 bis 15% - an den Hochschulen, und restliche 5% - in den Werken.²¹⁵

Zu einem notwendigen Faktor für die weitere ständige und langfristige Entwicklung der

²¹⁴ Homepage: <http://www.eurekanetwork.org/>

²¹⁵ Vgl. Cherkassky, Ivan: Gesamtwirtschaftliche Politik der Ukraine in der Kredit-und Finanzbeziehungen mit der Europäischen Union; Sammlung von wissenschaftlichen Arbeiten; Nr. 26; S. 137.

Energie und Wirtschaft der Ukraine sowie zur Lösung der praktischen Aufgaben des Brennstoff- und Energiekomplexes zählt die Sicherstellung des entsprechenden Entwicklungsniveaus der wissenschaftlich-technischen und personalbezogenen Unterstützung der Bereiche des Brennstoff- und Energiekomplexes.

In diesem Kapitel wurden die wichtigsten Vorteile beschrieben, die die Ukraine durch ihren Beitritt in die EU erlangen kann. Aus politikwissenschaftlicher Sicht konnten diese mithilfe der Theorie der positiven und negativen Integration nach Tinbergen und Scharpf analysiert werden. Die beschriebenen Vorteile wären auf der bilateralen Ebene nur schwer zu erreichen. Durch die Mitgliedschaft in der EU, wo alle Mitglieder einer gemeinsamen Regulierung unterliegen und die nationalen Regelungen keine Gültigkeit mehr besitzen, konnte die Ukraine ihre Erzeugnisse unter der gleichen Konditionen vertreiben, wie die anderen Teilnehmer des europäischen Marktes und somit ihr Handel stabilisieren. Gleichzeitig würden die kleineren Unternehmen eine Möglichkeit bekommen gewisse Forderungen seitens der EU zu erhalten, um ihre Position am Markt zu verbessern und sich weiter zu entwickeln. Die Integration in die EU bringt der Ukraine viele Vorteile mit, die aber durch klar ausgeprägte Nachteile begleitet werden. Gleichzeitig können manche Vorteile der Ukraine zu Verhängnis werden. Diese werden im nächsten Kapitel näher erläutert.

4 Negative Folgen der Integration für die Ukraine

Trotz attraktiver Mitgliedschaft in einer EU Gemeinschaft, die durch viele Vorteile begleitet wird, dürfen die mit dem Beitritt verbunden Nachteile für die Ukraine nicht unterlassen werden. Diese werden in diesem Kapitel ausführlich beschrieben. Zugleich werden die Beispiele angeführt, die es genau zeigen welche Entwicklungsszenarien durch den Beitritt ausgelöst werden können.

4.1 Politische Nachteile

4.1.1 Teilweiser Verlust der Souveränität

Die Europäische Integration wurde mit dem Ziel geplant, das nach dem II. Weltkrieg zerschlagene Europa wieder aufzubauen und neu zu errichten. 1951 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) errichtet als Vorläufer der heutigen EU geschaffen.²¹⁶ Es war zunächst ausschließlich ein Wirtschaftsverbund. Der Vertrag von Maastricht, unterzeichnet 1992, rief den neuen, zuvor unbekanntem Verbund unter der Namen Europäische Union ins Leben. Auch wenn die EU bestimmte Vorteile für alle Bevölkerungsschichten mit sich brachte, war zunächst keine breite Zustimmung in der Bevölkerung vorhanden und eine Vielzahl der Bürgerinnen erkannte darin die Gefahr für ihre nationale Identität. Als eine aussagekräftige Bestätigung dafür, gilt das Referendum über den Beitritt zur EU, dass vor der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht durchgeführt wurde, um die Akzeptanz der Bevölkerung zu überprüfen.

1992 fanden solche Referenden in Irland, Dänemark und Frankreich statt. Die Mehrheit der Menschen in Irland stimmte für den Vertrag zu (68,7%). Die Dänen/Däninnen sprachen sich gegen Maastricht aus (50,7% „dagegen“), aber nach einiger Zeit schlossen sie sich unter bestimmten Vorbehalten und Beschränkungen dennoch an. Die französische Bevölkerung unterstützte den Vertrag mit einer geringen Mehrzahl der „für“-Stimmen (51%). Im gleichen Jahr blieb der Status der Schweiz „außer dem Block“ erhalten, in dem der Beitritt dem Europäi-

²¹⁶ Establishing the european coal and steel community and Annexex I-III; Paris; 18 April 1951: http://www.ab.gov.tr/files/ardb/evt/1_avrupa_birligi/1_3_antlasmalar/1_3_1_kurucu_antlasmalar/1951_treaty_establishing_ceca.pdf

schen Wirtschaftsraum abgelehnt wurde (50,2% der Bevölkerung war gegen den Beitritt).²¹⁷ 1994 fanden die Stimmabgaben für das Referendum, das sich auf den Vertrag von Maastricht bezog, auch in Österreich und drei anderen nördlich-europäischen Ländern statt: Österreich stimmte “für” die EU (66,6%), Finnland ebenso “für” (56,9%), die Schweden waren auch “für” (52%) und Norwegen sprach sich “gegen” eine Mitgliedschaft im neu gegründeten Verbund aus. (52,3%).²¹⁸

Diese Angaben zeugen davon, dass die Bevölkerung der Länder, in denen die Referenden stattgefunden hatten, sich nicht sicher über der Notwendigkeit der Vereinigung im Rahmen der EU waren. Die Anzahl der Anhänger und Gegner des Vertrags von Maastricht erwies sich als ungefähr gleich, sowohl in den Ländern, wo er aufgenommen wurde, als auch in den Ländern, wo er wiedergelegt wurde. Der bekannte französische Philosoph Raymond Claude Ferdinand Aron hatte also Recht, als er einmal sagte: *“Ich bin überzeugt, die nationale Identität ist ohne Zweifel stärker als die Bedeutung des Europas [...] Die vorherigen Nationen wohnen noch in Herzen der Menschen, und die Liebe zur europäischen Nation ist noch nicht entstanden, und entsteht kaum irgendwann”*.²¹⁹

4.1.2 EU Unsicherheit in der Strategie der Entwicklung

Die EU ist eine Vereinigung, die über mehrere Mitgliedsstaaten hinausgeht. Die Märkte dieser Staaten, trotz der Gesellschaft in einer gleichen Vereinigung, nehmen am Wettbewerb teil und stehen sogar in Konkurrenz zueinander. Gerade hier fließen die hauptsächlichen Linien des möglichen Zusammenbruchs der EU. Deutschland, Frankreich und Großbritannien führen einen versteckten Kampf um die Leitfiguren-Position. Italien und Spanien haben aktive Ansprüche auf die Zurechnung zur „*ligue des grands*“²²⁰ der Europäischen Union. Die mittleren und kleineren EU-Staaten streben an, ihren Status zu verstärken. In der EU wurde bisher kein einheitliches Konzept für die weitere Entwicklung des Integrationspotentials erarbeitet; es bestehen weiterhin die Diskussionen zwischen den Anhängern des Föderalismus und des Neofunktionalismus. Der Funktionalismus schlägt zwei Arten von Strategien vor: die erste für die

²¹⁷ Volksentscheide zu EU-Fragen von 1972-2009: http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2012-11-23_EU-Volksentscheide.pdf

²¹⁸ Vgl. Kaiser/Visuri/Malmström: Die EU-Volksabstimmungen in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen: Verlauf, Ergebnisse, Motive und Folgen; IHS Reihe Politikwissenschaft No. 23; 23 März.

²¹⁹ Reymond, Aron: Democracy and Totalitarianism; University of Michigan Press; 1990; P. 87.

²²⁰ Vgl. Osadchikh/Lobanov: Die Entwicklung der EU: in den Streiten geboren Wahrheit; Kiev; 2009; S. 27-35.

erstrangige Vertiefung oder die zweite, die sich auf den erstrangigen Ausbau konzentriert.²²¹

Zusammen mit den inneren Konsolidierung und Solidarität in den europäischen Staaten, existiert eine eindeutige nationale Orientierung, vor allem in Italien und Spanien, an die Staaten entlang des atlantischen Ozeans und Nord- und Südamerika. Im Hinblick auf das neutral eingestellte Irland, Schweden, die Schweiz und Finnland, bleibt der Kreis der außenpolitischen Bestrebungen der EU weitfassend und wird öfters durch die nationalen Vertreter der EU Mitglieder im Europäischen Rat kritisiert. Daraus ergeben sich die grundsätzlichen Unterschiede in der Einstellung der EU-Mitgliedstaaten zu der Außenpolitik der USA.²²²

In letzter Zeit bekräftigen autoritäre europäische Politiker oftmals die Idee, die neuen EU-Mitgliedstaaten in die sogenannte Gruppe „des zweiten Levels“²²³ einzuordnen, die an der Entwicklung und Umsetzung des gesamten Ansatzes der Ausrichtungen der allgemeinen EU-Politik nicht beteiligt ist. Diese Vorschläge sehen vor, die Mitgliedstaaten in mehrere Gruppen aufzuteilen, die die Innen- und Außentätigkeit der Europäischen Union unterschiedlich beeinflussen können. Die ursprünglichen EU-Mitgliedstaaten, von denen die Struktur selbst geschaffen wurde, geben ungern den neuen Mitgliedstaaten einen Anteil der Einflussnahme über die strategischen Beschlussfassungen. Aus Sicht einiger europäischen Politiker sollen nicht alle Staaten in der EU-Politik mit dem gleichen Intensitätsgrad integriert werden.

Die Vertreter der alten EU-Mitgliedstaaten sind davon überzeugt, dass die einheitliche über-nationale europäische Einrichtung potentiell um bis zu 30 Mitgliedstaaten erweitert wird. Dies erfordert die Entwicklung einer neuen Form der Mitgliedschaftsintensivität. Solche Ideen sind infolge der kritischen Bewertung der Ergebnisse von der letzten Erweiterungswelle der EU entstanden.²²⁴

Infolge der Nichtbestimmtheit bezüglich der weiteren Entwicklung der EU ist es nicht ausgeschlossen, dass die Ukraine in eine internationale politische und wirtschaftliche Struktur gerät, die nach dem Prinzip des Netzmarketing aufgebaut ist, und in der die größten Vorteile „ältere“ Mitglieder der Europäischen Union genießen, von denen die Pyramide gegründet worden

²²¹ Vgl. Osadchikh/Lobanov: 2009; S. 35-38.

²²² Vgl. Wyn Rees: The US-EU Security Relationship: The Tensions between a European and a Global Agenda (The European Union Series) [Paperback]; Martin's Press LLC; New York; 2011; P.102-105.

²²³ Kutz, Jurij: Geopolitical aspects of conflict and national security; National University of Internal Affairs; Nr. 14; 2012; p. 12.

²²⁴ Vgl. Wyn Rees: 2011; p. 110-113.

ist. Die Ukraine geht das Risiko ein, in die „zweite Liga“ der EU zu geraten. So wird die Ukraine gezwungen sein ihre Beziehungen mit der EU nach einem bestimmten Modell aufbauen zu müssen, das Großteils dem postindustriellen Wirtschaftsmodell entspricht. Aus Sicht zahlreicher Politologen besteht das Hauptproblem der EU darin, dass solches Modell viele Lösungswege mit sich bringt, die sehr unterschiedlich agieren und sich auf verschiedene Richtungen der Entwicklung konzentrieren. All dies verstärkt die Ungleichheit und führt zu Konflikten unter den EU-Mitgliedstaaten.

Die einzelnen Mitglieder der Europäischen Union entwickeln sich hingegen schneller als die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen ihnen. Zusätzlich befinden sich diese auf unterschiedlichen Stadien der Entwicklung und weisen verschiedene Probleme auf, die miteinander schwer vergleichbar sind, wobei gerade diese Faktoren den Zusammenbruch des Römischen Reichs und der UdSSR ausgelöst haben. Unter der Bedingung der Erhaltung ähnlicher Tendenzen ist es möglich, dass ein solches Schicksal auch die EU erwarten wird. Der Zusammenbruch der EU kann hierbei nach dem im Buch „Foundation“ von Isaac Asimom²²⁵ dargelegten Schema passieren, wenn ein sehr attraktiver Vertrag über das Zusammenwirken des Zentrums mit Regionen geschlossen wird. Mithilfe der computergestützten Analyse und Modellierung lassen sich die Schemata aus dem Buch von Asimom über die Entwicklung solcher Verbunde überprüfen und bringen folgende Ergebnisse zustande: *“Das Reich hat über Provinzen keine Macht, und die Provinzen haben dessen gegenüber keine Verpflichtungen“*.²²⁶

4.1.3 Verschlechterung der Beziehungen zu Russland und GUS-Staaten

Es ist bekannt, dass die Ukraine, als ehemalige Republik der UdSSR, im Laufe von sieben Jahren in das gemeinsame sowjetische Wirtschaftssystem integriert war und mit anderen Republiken durch bilaterale Beziehungen eng verbunden war. Sie pflegte über Jahrzehnte Beziehungen, die auf dem gegenseitigen Handel aufgebaut waren. Zu einem wichtigen wirtschaftlichen Partner, insbesondere im Energiebereich zählt nach wie vor Russland, das infolge einer Reihe von geschichtlichen, ideologischen und geostrategischen Gründen die Ukraine ausschließlich als ihren Einflussbereich gesehen hat. In diesem Zusammenhang reagiert Russland derzeit immer härter auf jegliche Handlungen der ukrainischen Regierung, die in einer Gegenrichtung von Russland gesteuert werden. Davon zeugt z.B. die künstlich geschaffene Gas-

²²⁵ Asimom, Isaac: Foundation; Gnome Press; 1951.

²²⁶ Vgl. Asimom, Isaac: 1951; p. 165.

Krise nach der Wahl des Präsidenten der Ukraine Wiktor Juschtschenko.

Was ist heutzutage für Russland nicht akzeptabel, wenn es um die Pläne der Ukraine geht? Russland ist besorgt über die Pläne von Kiew und hat die Absicht, seinen Markt zu schützen. In Moskau befürchtet man, dass die ukrainischen Waren infolge des europäischen Warenstroms in die Länder der Zollunion EURASEC (Euroasiatische Wirtschaftsgemeinschaft) fließen. Im Zusammenhang damit beabsichtigt die Russische Föderation, ihren Markt zu schützen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Abkommen, das heute im Rahmen der GUS-Staaten eine Rolle spielt, zur Prüfung des freien Handels der Ukraine herangezogen wird. Dies kann zur Erhöhung der Einfuhrgebühren für die in Russland importierten Waren aus der Ukraine führen. Dadurch sinkt auch die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Betriebe.

Außerdem erklärte Russland, dass die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU für die Ukraine die Türen in die Zollunion schließt. Momentan gehören neben Russland noch Weißrussland, Kasachstan und Armenien zur EURASEC dazu. Man führt die Verhandlungen über den Beitritt zur EURASEC auch mit Kirgisien, Tadschikistan und Armenien durch.²²⁷ Die Ukraine drückte Ihr Interesse an der Unterzeichnung einiger Teilbereiche des Abkommens über diese Zollunion aus.

Unter solchen Umständen wird die Ukraine für den Beitritt zur EU gegen den Willen von Russland viel aufgeben müssen, insbesondere in einer kurzfristigen Perspektive, wenn es zur endgültigen Durchtrennung der Nabelschnur kommt, mit der Russland die Ukraine fest hält und immer wieder zu kontrollieren versucht. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Bereiche im Handelssektor umzugestalten. Je nachdem, welche Handlungen Russland in Gang setzt, kann solche vorübergehende Spannung die Arbeit der Betriebe oder gar der ganzen Zweige der Wirtschaft verzögern, die von den Finanz- und Handelspartnern aus den ehemaligen Republiken der Sowjetunion abhängig sind. Das kann unter anderem die Verschlechterung der politischen Beziehungen mit den GUS-Staaten auslösen, insbesondere als direkte Folge kann die Erklärung der politischen Blockade erfolgen. Es ist aber wenig wahrscheinlich, dass die GUS Teilnehmer, die sich eigentlich eine fruchtbare Partnerschaft mit der Ukraine wünschen, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der Ukraine abbrechen werden.

²²⁷ Vgl. Polownikow, Alexandr: Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland–Motive, Entwicklungen und Perspektiven; Arbeitspapier FG 5; SWP Berlin; No. 01; Juli 2012.

Bevor der nächste Unterkapitel die wirtschaftlichen Nachteile der Integration beschreibt, lässt sich aus diesem Kapitel festhalten, dass die angeführten politischen Nachteile zugunsten der zweiten Hypothese sprechen. Die ukrainische politische Elite kennt diese Nachteile der Integration und zögert deswegen öfters, wenn es um das Treffen der Entscheidungen bezüglich der Fragen auf der übernationalen Ebene geht. Dieses Verhalten führt zu einer zusätzlichen Verlangsamung der Integrationsprozesse. Die EU dagegen arbeitet Pläne aus, die den Beitritt der neuen Mitglieder erleichtern sollen. Diese sehen aber für die ukrainischen politischen Vertreter als nicht akzeptabel aus, da die neuen Mitglieder in eine Gruppe des „zweiten Levels“ hineingeschoben werden. Diese Informationen, zusammen mit der Tatsache, dass die EU nur unvollständige Pläne der Integration vorweisen kann, gehören zu den Gründen, die höchstwahrscheinlich die ukrainische Politik von der tatkräftigen Entscheidungen bezüglich der Integration der Ukraine in die EU abgehalten haben.

4.2 Wirtschaftliche Nachteile

4.2.1 Wettbewerbsverlust in bestimmten Branchen

Nach der Öffnung der europäischen Wirtschaft haben sich eine große Zahl der ukrainischen Betriebe als nicht wettbewerbsfähig mit dieser Wirtschaft erweisen und das trotz der Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation. Die Ukraine verfügt heute, nach den internationalen Kriterien, über ein niedriges Potenzial der Wettbewerbsfähigkeit, der nur langsam gesteigert werden kann und viele menschliche als auch finanzielle Ressourcen erfordert. So rangiert die Ukraine nach dem Index der laufenden Wettbewerbsfähigkeit, der im Rahmen von World Economic Forum, Global Competitiveness Report 2012-2013 verfasst wurde, von 144 Ländern auf dem 73. Platz, während sie 2011-2012 noch den 82. Platz belegt hat.²²⁸

Den Schätzungen der Experten zufolge ist infolge dieses Schritts die Senkung der Produktion zu erwarten, deren Umfänge der Erhöhung des Imports gleichwertig sind. So wird beispielsweise im Falle der Senkung der Einfuhrgebühren auf PKW-Reifen von 20% auf 10% die Erhöhung des Imports auf 11 Mio. US-Dollar erwartet und als Folge die Senkung der Produktionsumfänge im gleichen Umfang. Dies kann zu Verlusten im Haushalt im Betrag von 2,7 Mio. US-Dollar und zur Abschaffung von etwa 200 Arbeitsplätzen führen.²²⁹

²²⁸ Schwab, Klaus: Insight Report: The Global Competitiveness Report 2012–2013; in: World Economic Forum; 2013; p.13.

²²⁹ Vgl. Pidhirna, Valentina: Ukraine in the World Trade Organisation (WTO): Adaption Problems and the ways of their solving; Bukovyna State Finance Academy; 2013; p. 9-15.

Nach den Ergebnissen der 5-jährigen Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation erhielt die Ukraine nicht die erwarteten Vorteile von der Mitgliedschaft. Der beschleunigte Beitritt zur WTO verursachte bestimmte Probleme in der Heranziehung der Investitionen für die inländischen Hersteller des Elektronik- und Anlagenbau-Bereichs, insbesondere bei der Herstellung der spezialisierten Technik. Auf solche Weise verlangsamten, die sich aus der Unterzeichnung der GATT- und WTO-Abkommen ergebenden Verpflichtungen, den Erneuerungsprozess der Elektronikindustrie und können sowohl zum Verlust des eigenen Markts führen, als auch zum Verlust der Marktpositionen in Russland und in den anderen GUS-Staaten.²³⁰

Mit Rücksicht darauf, dass der Beitritt zur WTO in der Regel mit Senkung der Sätze auf bestimmte Warengruppen zusammenhängt, sollte die Ukraine einige Kompromisse eingehen, indem sie die geltenden Einfuhrgebühren auf sensible Waren gesenkt hatte, insbesondere auf Landwirtschafts- und Lebensmittelprodukte, Metallurgie, Chemie-Produkte und auf eine Reihe der Produkte aus der Maschinenbauindustrie. Dies kann eine bestimmte Erhöhung des Imports für diese Waren bedeuten und den entsprechenden Druck auf inländische Hersteller ausüben.

Das Nachbarland Polen schaffte bei der Vorbereitung auf den Beitritt zur EU die Subventionen für die meisten Unternehmen ab, was zum Abbau von hunderttausend Arbeitsplätzen führte. Mit Stand vom Ende 2011 betrug die Arbeitslosigkeit hier über 10,1%.²³¹ So entschied der Staatskonzern Poludniowy Koncern Energetyczny, der der zweitbedeutendsten Energieproduzenten in Polen ist, die Zahl der Arbeitnehmer um 600 Personen abzubauen.²³² „Der Personalabbau zählt zum strategischen Eckpfeiler, um am europäischen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben“²³³, so der Vorsitzende Jan Krup. Der Hersteller der Autoreifen Debica baute 2012 5% der Arbeitsplätze ab und die größte polnische Bank PKO BP beabsichtigt im Laufe von 2012-2014 Jahren 1200-1500 Angestellte zu entlassen. Der staatliche Fluggesellschaft LOT plante durch den Personalabbau, die Kosten um 123 Mio. Euro pro Jahr zu senken, da Polen seinen Luftraum für Billigfluggesellschaften geöffnet hat.²³⁴

²³⁰ Vgl. Pidhirna, Valentina: 2013; p. 9-27.

²³¹ Wirtschaftskammer Österreich: Arbeitslosenquoten 2000-2014; November 2013:
<http://wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf>

²³² Vgl. Chorna, Nataliya: Evolution of polish-ukrainian relations after the entry of Poland into European Union; Kiev; 2012; p. 10-11.

²³³ Interview Jan Krup vom 28.11.2013.

²³⁴ Vgl. Nataliya Chorna: 2012; p.11.

Unabwendbar verliert die ukrainische Wirtschaft die Vorteile der billigen Arbeitskraft infolge der hohen Sozialgewährleistungen, die von ihr unbedingt unter Bedingungen des wirtschaftlichen Rückstands im Vergleich zu den mehr entwickelten europäischen Ländern gewährleistet werden sollen. Dies kann die Entwicklung des nationalen Unternehmertums hemmen. Die Einführung der einheitlichen Währung lässt nicht zu, solch einen Ausgleichsmechanismus für die Wettbewerbsunfähigkeit wie die Währungsabwertung anzuwenden. Das kann der Stimulierung des Exports des Staates drohen.

Die Erhöhung der ausländischen Investitionen kann trotz der oben erwähnten Vorteilen auch wesentliche Nachteile mit sich bringen, da die Inhaber der wichtigsten Betriebe der Industrie und Produktion mit der Zeit nicht durch ukrainische, sondern durch ausländische Investoren vertreten sein werden. Der Beitritt zur EU wird vornehmlich von der Wechselbeziehungen der ukrainischen Entwicklung mit der europäischen Wirtschaft abhängig sein – *„Je wettbewerbsfähiger die ukrainische Wirtschaft zu den europäischen sein wird, desto mehr Chancen hat die Ukraine demnächst der EU beizutreten“*.

4.2.2 Komplizierte Umstellung auf die europäische Preissetzung

Nach dem Beitritt zur EU geht die Ukraine das Risiko ein, sich in einer kurzfristigen Perspektive mit Problemen und Nachteilen zu konfrontieren, mit denen Polen oder die Baltischen Republiken ebenfalls konfrontiert waren, d.h. mit dem Problem des Übergangs zum europäischen Preisniveau, das zu einer heftigen Verteuerung der Waren des alltäglichen Bedarfs führt. So erhöhte sich beispielsweise nach der nicht zuletzt durchgeführten EU-Erweiterung die Zahl der Bevölkerung um 20%, und deren BIP insgesamt nur um 5%. Die neuen Unionsbürger sind vergleichsweise arm und der Lohnunterschied ist riesig; der Einwohner in Luxemburg verdient im Monat so viel, wie der Lette pro Jahr. Mit der Zeit verändert sich die Situation, aber aktuell sind die europäischen Großstaaten von den Höhen der Hilfeleistungen beunruhigt, die die neuen Mitglieder benötigen.²³⁵

Die Erweiterung der Europäischen Union im Osten fand zu der Zeit statt, wenn die beitretenden Länder sich in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten befanden. Hier wuchs die Arbeitslosigkeit und das wirtschaftliche Wachstum fand kaum statt. Die meisten Experten sehen fol-

²³⁵ Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Europäischen Union (EU) 2013:
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/>

gendes Entwicklungsszenario vor: die Unternehmen in West-Europa, die derzeit in die hohen Kosten durch hohe Löhne und Steuern aufweisen, werden allmählich den größten Teil ihrer Betriebe in den östlichen Teil des Kontingents verlagern, da dort noch zu niedrigeren Kosten produziert werden kann. Durch die Verlagerung können auch höhere Gewinne erzielt werden.

In Polen sind z.B. die Preise nach dem Beitritt zur EU angestiegen. Der Grund dafür liegt im Zusammentreffen von zwei Ereignissen – die Erhöhung der MwSt. seit dem 01. Mai 2012 und die Erhöhung der Preise auf Brennstoff am Weltmarkt. In den Geschäften sind Lebensmittel, Kinderwaren, Arzneimittel und Baustoffe teurer geworden.²³⁶ Der erste Preis, den die polnische Gesellschaft für die Möglichkeit, Unionsbürger zu sein, gezahlt hat, war der Anstieg von Preisen auf Lebensmittel und Industriewaren.²³⁷ Der Beitritt Polens zur EU zeichnete sich mit einem allmählichen Preisausgleich zu den Preisen der Europäischen Union aus. Die Einführung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel verursachte deren heftigen Preisanstieg, innerhalb von 2012 stiegen in Polen die Preise auf Lebensmittel, Gas und Brennstoff jede Woche an. Die Inflation in den einzelnen Monaten betrug in Polen bis zu 7,8%.²³⁸ Die polnische Regierung hat keine Antwort darauf gehabt, wie die Inflation zu bekämpfen ist, die sich auf die sozial schwachen Schichten katastrophal auswirkte. Die durchgeführten Liberalisierungsmaßnahmen in vielen Sektoren der Wirtschaft brachten nur genügende Ergebnisse, die nicht in der Lage waren die Inflation in Polen zu hemmen. Offenbar können ähnliche Probleme auch die Ukraine unmittelbar nach ihrem zu beschleunigten EU-Beitritt erwarten.

Am Beispiel von Polen ist es eindeutig sichtbar, dass die Ukraine mit den gleichen Problemen konfrontiert sein wird, sobald sie die EU beitrifft. Zusätzlich, die im zweiten Kapitel dieser Arbeit angeführten statistischen Daten lassen darauf schließen, dass die ukrainische Wirtschaft weit hinter der von Polen ist und die Konsequenzen die aus oben angeführten Risikosituationen noch weitgreifender sein werden können. Der innere Regionalismus sagt zwar aus, dass durch die Gründung der homogenen wirtschaftlichen Raum die sozio-ökonomischen Disproportionen reduzieren werden, definiert aber nicht genauer in welchem Ausmaß diese durch bestimmte Risiken im jeweiligen Staat beeinflusst werden. Abgesehen von der Ukraine selbst, kann die EU, angesichts des Beitritts der Ukraine, bestimmte Risiken treffen. Diese werden im nächsten Kapitel erläutert.

²³⁶ Vgl. Kondratov, Dmitrij: Finanzielle Probleme: Probleme der Osterweiterung der Europäischen Union am Beispiel Polens; Kiev; 2012; S. 138-145.

²³⁷ Vgl. Kondratov, Dmitrij: 2012; S. 137-139. <http://www.ecfor.ru/pdf.php?id=2011/6/09>

²³⁸ Vgl. Kondratov, Dmitrij: 2012; S. 145-146.

5 Mögliche Vorteile und Risiken für die EU

In diesem Kapitel wird auf die Vorteile eingegangen, die die EU durch die Integration der Ukraine erlangen könnte. Diese werden vor allem durch einen großen Konsumentenmarkt, entwickeltes System der Energieversorgung, die Stärke des Agrarsektors und allgemeine Reichtum an Rohstoffe dargestellt. Darüber hinaus werden auch die Risiken dargestellt, die durch die Konvergenz entstehen können und sich schwer durch die Präventivmaßnahmen abhalten können. Es sind vor allem die Probleme, die die Regulierung betreffen. Ein besonders risikobehaftetes Problem der Ukraine bleibt nach wie vor das Atomkraftwerk „Tschernobyl“.

5.1 Mögliche Vorteile

5.1.1 Ein großer Markt mit geringer Kaufkraft

Die Ukraine, als Wirtschaftsstandort, besitzt einen großen Binnenmarkt mit 45.59 Millionen Einwohnern, der sich geographisch nah an die Absatzmärkte in der EU und Osteuropa befindet. Trotz hochentwickelter Nischenmärkte, wie Flugzeug- und Raketenbau, und guten natürlichen Gegebenheiten für die Landwirtschaft, die wiederum durch einen niedrigen Lohnniveau und hohen Bildungsstand begleitet werden, besteht ein hoher Nachholbedarf für die Investitionen im Bereich des Konsums und Investitionen für die Modernisierung der Volkswirtschaft.

Nach der Einstufung der Länder nach Ihrem Einkommen, die von der Weltbank ständig aktualisiert und öffentlich bereitgestellt wird, ist die Ukraine als ein „lower middle income“²³⁹ Staat mit einem wenig vielfältigen und äußerst modernisierungsbedürftigen Volkswirtschaft und einem Pro Kopf Einkommen von ungefähr 3.800 US Dollar (Stand 2012) zu sehen.²⁴⁰ Noch vor der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 war die Ukraine in der Lage die Armutsrate jährlich zu senken, konnte aber die Unterschiede im Einkommen zwischen Hauptstädte und ländlichen Gebiete nicht ausgleichen.

Die hohen Wachstumsraten der Wirtschaft hielten bis 2008 an, zeigten aber, dass es nach wie vor Schwierigkeiten in der Transformation der ukrainischen Wirtschaft gibt, die Großteiles durch das innenpolitische Instabilität und verschiedene politische Interesse herbeigeführt

²³⁹ The World Bank: Lower middle income: <http://data.worldbank.org/income-level/LMC>

²⁴⁰The World Bank: Ukraine: World Development Indicators: <http://data.worldbank.org/country/ukraine>

wurden. Es wurden solche wichtige Reformen wie Agrarreform, Rentenreform, Justizreform, Verwaltungsreform gar nicht, oder nur teilweise durchgeführt. Solche Art der Umsetzung betrifft auch die geplanten Reformen für die Jahre 2010 bis 2014.

Das Land wird zwei Gebiete aufgeteilt. Das westliche Gebiet ist eher ländlich aufgebaut und der östliche ist als Zentrum für schwere Industrie konzipiert. Die wichtigsten Industrien sind die metallurgische und chemische die durch Maschinenbau und Landwirtschaft (inkl. Nahrungsmittelindustrie) begleitet werden. Vor Beginn der Krise 2008 sorgten der Export- und Konsumsektor für das Wachstum. Es fand ein starkes Kreditwachstum im Konsumsektor statt, das durch einen leichten Zugang zum Markt der Finanzierungen geschaffen wurde. Aufgrund der veralteten Produktionsstätte, die einen hohen Energiebedarf aufweisen, blieb die Wettbewerbs- und Exportfähigkeit der ukrainischen Industrie immer auf einem niedrigen Niveau.

Mit einer Wachstumssteigerung von nur 0,2 Prozent konnte die Ukraine die notwendige Dynamik, die für die anhaltende Erholung der Wirtschaft notwendig ist, nicht erreichen. Nachdem die Leistung der Wirtschaft ab 2009 um 15 Prozent kontinuierlich eingebrochen ist, konnte die Ukraine die Folgen für das Wachstum, das Großteils vom Export abhängig ist (Metallurgie, Maschinenbau, Chemierzeugnisse und zunehmend Landwirtschaft), nicht mehr abfangen.²⁴¹ Ob es eine Besserung für das Wachstum im Jahr 2013 geben wird, ist von der Art der Umsetzung und Implementierung von wirtschaftspolitischen Reformen, die bereits seit 2010 in Planung stehen, abhängig. Zusätzlich, um die Reformen abzuschließen, wird eine Konsolidierung des Staatshaushaltes benötigt.²⁴²

Die Exporte der Ukraine mache ungefähr 40 Prozent des BIP's aus und machen das Land zu einem exportorientierter Volkswirtschaft. Die Exporte setzen sich aus der Auslieferung von Roh- und Halbfertigwaren, und zeigen, dass eine geringe Spezialisierung vorhanden ist, da es fast keine Fertigerzeugnisse ausgeliefert werden können. Die meisten Einnahmen (ca. 30%) aus dem Export werden durch den Stahlsektor erzeugt. Die wichtigsten Partner der Ukraine in der WTO (Ukraine ist Mitglied seit 2008), gemessen nach dem Gesamtvolumen der Exporte, sind Russland, China und Deutschland. Zum in 2013 erarbeiteten Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU gehört auch ein Freihandelsabkommen, dass vom Alexander Balassa im Rahmen seiner Theorie der regionalen Integration als eine der Stufen der In-

²⁴¹ Vgl. Kuchta, Pawel : Ökonomische Jahresbilanz der Ukraine; in Ukraine-Nachrichten; 18.01.2014: http://ukraine-nachrichten.de/files/3855_oekonomische-jahresbilanz-der-ukraine.pdf

²⁴² Vgl. Kuchta, Pawel : Ökonomische Jahresbilanz der Ukraine: 18.01.2014.

tegration betrachtet wird, die zur Liberalisierung des internationalen Handels führen. Dieses wurde zwar umfassend ausgearbeitet, konnte aber bis dato nicht unterzeichnet werden und fuhr sogar zur heftigen Ausschreitungen und Demonstrationen in der Ukraine Ende 2013.²⁴³

Die gesamten Investitionen in die Ukraine betragen, seit dem Erlangen der Unabhängigkeit, 54 Milliarden US-Dollar und verglichen mit den anderen Ländern im Region, sind diese Direktinvestitionen pro Kopf ziemlich gering. Die größten Investoren in die Ukraine, gereiht nach dem Volumen der Investitionen, waren Zypern, Deutschland, die Niederlande, Russland, Österreich, Großbritannien.²⁴⁴

5.1.2 Energieversorgung

Die Energieversorgung der EU würde an Stabilität gewinnen. Mit rund 80 % der gesamten Zufuhrleitungen nach Europa, ist die Ukraine der mit Abstand wichtigste Transitstaat für Erdöl und Erdgas aus Russland und den zentralasiatischen Ländern. Darüber hinaus, hat die Ukraine gut entwickelte Öl- und Gastransportsysteme. Das Öltransportsystem der Ukraine ist ein Netzwerk von Öl-Pipelines mit der Gesamtlänge von etwa 4800 Kilometer. Das ukrainische Öltransportsystem ist in der Lage die Bedürfnisse der erdölverarbeitenden Betriebe zu befriedigen. Dies ist aber nur unter der Berücksichtigung ihrer maximalen projizierten Kapazität von 50 Mio. Tonnen im Jahr möglich. Die Funktionalität des Öltransportsystems wird durch 51 Ölpumpstationen und Tanklager mit einer Gesamtkapazität von 1,085 Mio. m³ gewährleistet.²⁴⁵

Die Kapazitäten des Öl-Transport-Systems werden heuer nur zu weniger als 40 Prozent benutzt. Es werden unter anderem die Verarbeitungskapazitäten von inländischen Raffinerien nicht vollständig ausgeschöpft. Der Trend zu einem Rückgang des Öltransports, einschließlich Öltransit, hält an. Die Ausrüstung des Öl-Transport-Systems wird in einem angemessenen sicheren Zustand gehalten, ist aber veraltet und muss ersetzt oder aufgerüstet werden und verursacht folglich zusätzliche Betriebskosten. Das ukrainische Gastransportsystem ist das zweitgrößte in Europa, nach Russland. Das System kann jährlich bis zu 140 Mrd. Kubikmeter

²⁴³ Vgl. Auswärtiger Amt: Reise- und Sicherheit: Letzte Aktualisierungen: Ukraine; October 2013: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Ukraine/Wirtschaft_node.html

²⁴⁴ Vgl. Kuchta, Pawel : Ökonomische Jahresbilanz der Ukraine: 18.01.2014.

²⁴⁵ Vgl. International Energy Agency: Ukraine 2012 Energy Policies; Beyond IEA Countries; p.17-25: http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/Ukraine2012_free.pdf

Gas in 18 Länder Europas transportieren.²⁴⁶

Das Gastransportsystem hat einen direkten Anschluss an das Rohrleitungssystem in Russland, Weißrussland, Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Moldawien, und ist dadurch tatsächlich in das europäische Gasnetz integriert. Das System sichert die Erdgasversorgung für die ukrainischen Haushaltskunden und die restlichen 80 Prozent des transportierten Gasvolumens gehört zu dem Transitvolumen, das aus Russland in die anderen europäischen Länder übertragen wird.

Zusätzlich hat die Ukraine eine der größten Netze (Platz zwei nach Russland) der unterirdischen Aufbewahrungsorte des Gases in Europa. Das Netz ist ein wichtiger technologischer Teil des Übertragungssystems des Gassystems und kann sowohl die Zuverlässigkeit für die innere Gasversorgung, als auch für die Transitleistungen des russischen Gases in die europäischen Länder gewährleisten. Die Gesamtkapazität des unterirdischen Gasspeichers beträgt 32 Milliarden Kubikmeter. Die maximale tägliche Ausladung von Gas aus dem Untergrundspeicher, bei seiner vollständigen Füllung, kann 240 Mio. m³ betragen und sichert somit eine unterbrechungsfreie Gasversorgung.²⁴⁷

Derzeit hat ein Drittel der Rohrleitungen und Regelstellen ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erreicht und ihre Nennlebensdauer sogar um das 1,5-fache überschritten. Um die Zuverlässigkeit und Sicherheit des gesamten Gastransportsystems zu gewährleisten, muss eine umfangreiche Sanierung und Modernisierung durchgeführt werden. Für die Ukraine ist es wichtig, die maximale Exportkapazität des Gastransportsystems zu behalten, auch wenn dafür neue Wege für den Transport von Gas auf dem ukrainischen Territorium der EU identifiziert werden müssen. Zur gleichen Zeit soll der Ausbau des Gastransportsystems, in der Übereinstimmung mit dem Projekt der Modernisierung, durchgeführt werden und kann die Kapazität des Netzes auf 40 Mrd. m³ pro Jahr erhöhen.

Es konnte ein steigendes Interesse der EU Länder am Gastransportsystem der Ukraine festgestellt werden. Mehrere europäische Staaten (Polen, Ungarn, Italien, Deutschland) gaben bekannt, derzeit mit der Ukraine in Verhandlungen bezüglich der Abkommen zur Nutzung der ukrainischen unterirdischen Gastransportsanlagen zu stehen. Dies wurde durch den Minister der Ukraine für Energie und Kohle Eduard Stavytskyj bekannt, der auch erklärte, dass Polen

²⁴⁶ Vgl. International Energy Agency: 2012; p. 137-139.

²⁴⁷ Vgl. Energy Information Administration: International Energy Outlook; July 2013; P.102: <http://www.eia.gov/forecasts/ieo/pdf/0484%282013%29.pdf>

die ukrainischen Gasspeicheranlagen nutzen möchte, um dem heimischen Erdgasmarkt Preisstabil zu machen.²⁴⁸ Da die Ukraine über 13 Gasspeicheranlagen verfügt, die ungefähr 31 Milliarden Kubikmetern an Naturgas speichern können, zeigten viele europäische Länder Interesse an der Mitbenützung der ukrainischen Gastransportsystems, um Ihre Gasmengen dort über die Sommerzeit zu speichern und dann während der Spitzenlastzeiten im Winter wieder verwenden zu können.

Am 3. Mai 2013 fanden im Brüssel die Gespräche zwischen den ukrainischen Minister für Energie und Kohle Eduard Stavytskyj und dem EU-Energiekommissar Günther Öttinger statt, die sich mit der Weiterentwicklung des ukrainischen Gassektors beschäftigten. Es wurden neben europäischen Unternehmen auch viele russische Unternehmen, darunter auch Gazprom, zum Treffen eingeladen, um gemeinsam an der Weiterentwicklung und Modernisierung der ukrainischen und osteuropäischen Gasnetzte zu arbeiten. Um den ukrainischen Markt zu modernisieren, bekam die Ukraine die Unterstützung seitens der 27 EU Staaten und konnte sogar ihre Gasversorgung, durch den Bezug vom deutschen Gas über Polen, diversifizieren. Laut der offiziellen Angaben könnte die Ukraine von November 2012 bis April 2013 171 Millionen Kubikmeter Gas auf diese Weise importieren.²⁴⁹

5.1.3 Ein relativ rohstoffreiches Land

Die Ukraine ist im Vergleich zu den meisten EU-Ländern ein relativ rohstoffreiches Land und die EU könnte so ihre Abhängigkeit von Rohstoffimporten verringern. Die ukrainischen Mineralressourcen sind sehr bedeutsam im globalen Maßstab. In der Ukraine sind 117 Arten von Mineralien aufzufinden. Der Rohstoffsektor bildet einen erheblichen Anteil des Bruttoinlandsprodukts. Die Gewinnung und Nutzung der natürlichen Ressourcen tragen 48 Prozent zum industriellen Potenzial des Landes bei und beschäftigen 20% der gesamten Arbeitskräfte. Diese Zahlen sind mit den entwickelten Ländern, die eine starke Bergbauindustrie haben, vergleichbar und beinhalten 20 bis 40% der Gesamtinvestitionen in die ukrainische Wirtschaft. Zudem sind in diesem Bereich 20% der gesamt verfügbaren Arbeitskräfte konzentriert. Die heutige Ukraine fördert in großen Mengen die Kohle (1,7% der Gesamtproduktion in der gesamten Welt), betreibt Eisen- (4,5 %) und Manganhandel (9%) gewinnt Erz, Uran, Titan, Zirkonium, Graphit (4%), Kaolin (18 %) und zusätzliche Stoffe wie Brom-, Ocker-, Eisen- und

²⁴⁸ Vgl. Presseportal: EU-Länder zeigen Interesse am Gastransportsystem der Ukraine; 19.04.2013:

<http://www.presseportal.de/pm/81767/2454667/eu-laender-zeigen-interesse-am-gastransportsystem-der-ukraine>

²⁴⁹ ebd.

andere Stahl- und nichtmetallische Werkstoffe.²⁵⁰

Stein- und Holzkohle in der Ukraine stellen der einzig potentiell (die Quellen sind bereits erforscht und bereit für die Förderung) Verfügbaren energetischen Rohstoff, deren Vorräte es für die Versorgung der energetischen Sicherheit des Staates in ausreichendem Ausmaß vorhanden sind. Die Kohlenförderung und seine Verarbeitung spielen nach wie vor eine große Rolle in der Kohlenproduktion des Rohstoffsektors und sind als Energieträger anzusehen, der auf die vorhergesagte Periode die Bedürfnisse der Ukraine stillen kann.

Alleine in der Ukraine gibt es 54 Eisenerzgruben, von denen 22 noch in Betrieb sind. Das angereicherte Eisenerz und eisenhaltige Quarzit Ablagerungen befinden sich in der Kriwoj Rog, Kremenschug und Bilozirske Eisen Gebieten. Es befinden sich in der Ukraine insgesamt drei bekannte Öl- und Gasregionen: Osten (Dnjepr-Donetz-Becken und im Nordwesten der Donbass), Western (Wolhynien-Podolsk Herd, Karpaten, Karpaten und Transkarpatien) und Süden (Schwarzes Meer, Krim und die Platte in der ausschließlich (See-) Wirtschaftszone des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres beinhaltet ist). Um die Mineralreserven zu erhalten, wurden Reserven von Öl, Gas und Gaskondensat in den 381 Lagerstätte Land Weit errichtet.²⁵¹

Ein Beispiel der Zusammenarbeit. Die Ukraine kooperiert mit der italienischen Öl- und Gasgesellschaft „Eni“ und französischen „Electricite de France“ um die Förderung von Kohlenwasserstoffen auf dem Schwarzen Meer zu entwickeln. Die entsprechende Vereinbarung wurde zwischen der Regierung der Ukraine und der genannten Unternehmen bereits in November 2013 ausgearbeitet. Das Kabinett des Ministers beschloss die Aufteilung, ohne die Wettbewerbsbehörde darüber zu informieren, und unterzeichnete ein Production Sharing (PSA) mit den Unternehmen Eni, Electricite de France, JSC "Chornomornaftogas" und LLC "Water of Ukraine", die eine gemeinsame Entwicklungsgebiete im Schwarzen Meer zur Bearbeitung zugeteilt bekamen. Die Vereinbarung könnte dann von den Parteien selbst im Laufe des Jahres unterzeichnet werden. Die Ukraine präsentierte ihren neuen Energiekurs, der die Energieversorgung diversifizieren und die inländische Gasproduktion steigern sollte. Laut der im Voraus festgelegten Ziele des Projekts, soll die aktualisierte Energiestrategie der Ukraine bis 2030 umgesetzt werden und inkludiert eine jährliche Zunahme an inländischer Gasprodukti-

²⁵⁰ Vgl. Verhovna rada of Ukraine: Über die Bestätigung des nationalen Programms Entwicklung von Mineralressourcenbasis der Ukraine für den Zeitraum bis zum Jahr 2030; 10.06.2012:

<http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/3268-17>.

²⁵¹ ebd.

on.²⁵²

5.1.4 Sicherung der Welternährung

Ukraine als Kornkammer Europas könnte mit ihren fruchtbaren Schwarzerde-Böden eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Welternährung übernehmen. Durch ein Mangel an Fachexperten und speziellen Maschinen, kann die Ukraine, die ausgezeichnete Bedingungen für den Pflanzenanbau aufweist und als großer Agrarexporteur angesehen wird, meistens nur geringe Getreideausbeute erreichen, die den westeuropäischen Niveau nicht Mal annähernd erreicht.

Die ukrainische Flagge hat eine äußerst symbolische Bedeutung, wenn es um die Beschreibung der Ukraine geht. Die obere blaue Seite mit dem blauen Himmel bedeutet „Freiheit“ und die untere gelbe Seite beschreibt die gelben Weizenfelder, die für die Fruchtbarkeit der Erde stehen. Tatsächlich, die fruchtbaren, humusreichen ukrainischen Böden, die ungefähr 60 Prozent des gesamten Ackerbodens der Ukraine ausmachen, bieten optimale Voraussetzung für den Anbau von Pflanzen verschieden Arten. Diese Eigenschaften können die Ukraine als „Kornkammer“ Europas beschreiben. Durch eine laue Bevölkerungsdichte könnte die Ukraine zu einem großen Agrarexporteur werden. Trotz fehlenden Wachstum, die mangels stabiler und anhaltender Agrarpolitik, die Ausmaßen von einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum nicht erreichen konnte, konnte der Agrarsektor während der Krise von 2008 und auch während der Nachkrisenzeiten standhalten. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Produkte des Marktes erfolgreich auf den Exportmärkten vertreiben zu können, müssen zahlreiche Modernisierungen in der gesamten Wertschöpfungskette des Sektors vorgenommen werden, unabhängig davon, ob es sich um die Technik des Erntens, oder Abschluss der Lieferverträge handelt.

Trotz den Mangel am Kapital und Know-how, die die vollständige Ausreizung des Potentials der ukrainischen Landwirtschaftsbetriebe nicht zulassen, bringt der Ukrainische Agrarmarkt 12 Prozent des BIP's zustande und trägt somit erheblich zum ukrainischen Volkswirtschaft bei. Obwohl die Ukraine fast doppelt so viel Ackerfläche wie Deutschland besitzt (32 Mio. Hektar), können nur drei Tonnen pro Hektar erwirtschaftet werden. Somit erreicht die Ukraine mit 35 Mio. t pro Jahr nur knapp zwei Drittel von der deutschen Produktion der Getreide.

²⁵² Vgl. FINANCE.UA: Ukraine hat Französisch und Italiener die Schwarzmeer Regal entwickeln; 30.11.2013: <http://news.finance.ua/ua/~1/2013/11/30/313738>

Die Untersuchungen zeigten, dass manche Standorte in der Ukraine sind in der Lage 10 Tonnen pro Hektar zu produzieren, falls neue Agrartechnologien fachgerecht eingesetzt werden. Solche Entwicklung im ukrainischen Agrarmarkt ermöglicht schätzungsweise (Schätzungen der UNO, FAO) den Anstieg der Getreide Produktion im Jahr und würde die Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine auf dem Weltmarkt, der sich mit der Welternährung der konstant steigenden Weltbevölkerung auseinandersetzt, stärken.²⁵³

Deutsch-Ukrainische Zusammenarbeit im Bereich Agrarwirtschaft als gutes Beispiel. Die Steuerung der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit im Bereich Agrarwirtschaft findet seit 1998 statt und wird durch eine gemeinsame Organisation AG Landwirtschaft/Ernährungsindustrie kontrolliert. Diese Organisation unterliegt seit 2001 dem Arbeitsgruppe Ost-Ausschuss und wird durch führende Unternehmen des Sektors finanziert. Zusätzlich wurde im Rahmen des Fördermittels des Programms für die Transformation 1999 wurde sogenannte Gruppe für Deutsch-Ukrainische Agrarentwicklungs- und Investitionsprojekte – DUAP gegründet. Die Zielsetzung dieser Gruppe war eine Beratungstätigkeit für landwirtschaftliche Themen aufzunehmen und die Fach- und Führungskräfte für den landwirtschaftlichen Sektor auszubilden. Dadurch hätte auch die Kooperation zwischen den ukrainischen und deutschen Unternehmen gestärkt werden sollen. Als Ergebnis der Arbeit dieser Gruppe konnten viele Unternehmen gegründet werden, die viele Investoren in die ukrainische Landwirtschaft kompetent beraten könnten.²⁵⁴

Durch eine enge Kooperation auf der Ebene der Ministerien, konnte der Deutsch-ukrainische Ausschuss viele Konzepte des Einstiegs der deutschen Unternehmen in den ukrainischen Agrarmarkt ausarbeiten und umsetzen. Gleichzeitig fand besonders wichtige wirtschaftspolitische Unterstützung der Investitionsprojekte, die die Lieferung und Inbetriebnahme der Agrartechnik aus Deutschland ermöglichte. Alleine 2008 importierte die Ukraine die für Ihr Agrarmarkt notwendigen Güter aus Deutschland. Durch die Wirtschaftskrise brachen die Importe um fast zwei Drittel, da die ukrainischen Landwirte nicht mehr in der Lage waren genügend Investitionen für die Lieferungen bereitzustellen.²⁵⁵

Da es nach wie vor große Probleme im Bereich der qualifizierten Fach- und Führungskräfte gibt, die zusätzlich noch von der fehlenden Motivation und teilweise fehlenden Marktzutritt

²⁵³ Vgl. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft: Perspektiven für die ukrainische Agrarwirtschaft; 20.03.1010: <http://www.ost-ausschuss.de/perspektiven-f-r-die-ukrainische-agrarwirtschaft>

²⁵⁴ ebd.

²⁵⁵ Vgl. Gerlinde, Sauer: Entwicklungsperspektiven der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Ukraine; in: Ukraine-Analysen No. 71; 30.03.2010; S. 2-7.

bekräftigt werden, stellen diese zusammen eine große Barriere für die Weiterentwicklung des Sektors. Im Rahmen des Ost-Ausschusses wurde ein Deutsches Agrarzentrum (DAZ) im Bundesland Tscherkassy²⁵⁶, Ukraine errichtet, um dort die Facharbeiter praxisnah für die modernen Agrartechnologien einschulen zu können.

Um eine Kommunikation im Agrarsektor zu verstärken, wird durch die Unterstützung von der deutschen Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft seit 2004 eine Plattform betrieben, die erstmals auf der Internationalen Grünen Woche der Ukraine (2004) präsentiert wurde. Dieses Plattform wurde nach der Grünen Woche weiterentwickelt und ins Global Forum for Food and Agriculture umbenannt. Heuer, bietet dieses einen Treffpunkt für Wirtschaft-, Handels- und Investitionspartner, die am ukrainischen Agrarsektor interessiert sind und bekommt ständige Unterstützung seitens Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft (Deutschland) um erfolgreiche Gespräche auf einem höheren Niveau führen zu können. Obwohl die ukrainische Politik der letzten Jahre starke Schwankungen aufwies, konnte die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft feste und optimistische Beziehungen zur Ukraine aufbauen und das Land als einen wichtigen Partner für die Zukunft gewinnen. Durch neue Herausforderungen, die vor allem die Ernährung von ständig steigenden Weltbevölkerung bis 2050 vorsehen, wird die Ukraine, zusammen mit ihren Bodenschätzen, gute Perspektiven für die Entwicklung haben und durch kommende Zusammenarbeit ihren Agrarsektor aufbessern und modernisieren können.²⁵⁷

5.1.5 Gemeinsame Projekte

Bis zum Ende des Jahres 2006 wurde die ENP von verschiedenen, geographisch abhängigen Finanzierungsprogrammen (TACIS - Technical Aid to the Commonwealth of Independent States, MEDA - Mésures d'accompagnement financières et techniques, PHARE - Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies) der Europäischen Investitionsbank und von thematischen Programmen wie der „Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte“ (EIDHR) unterstützt. Um die Finanzierungsmöglichkeiten zu vereinfachen, wurden ab 2007 die Programme TACIS und MEDA in ein Finanzierungsinstrument, das ENPI (European Neighbourhood Policy Instrument), zusammengefasst.²⁵⁸

²⁵⁶ Der Ukraine besteht aus 26 Bundeslandes.

²⁵⁷ ebd.

²⁵⁸ Homepage ENP: http://ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm

Ab 2007 hat die Ukraine den Zugang auf die neuen Formen der technischen Hilfe der EU bekommen. Insbesondere zusätzliche Unterstützung für die Umsetzung von Reformen, der Anpassung der Gesetzgebung und Stärkung der institutionellen Kapazität. Dies wurde in Form von Expertenwissen zur Verfügung gestellt und durch einen speziellen Mechanismus für technische Hilfe und Informationsaustausch geregelt – TAIEX. Außerdem, die technische und Expertenhilfe konnte individuell von den Staaten, denen die Mitgliedschaft im Rahmen der Projekte "twinning" gewährt wurde, bezogen werden. Am 22. November 2010 war das Protokoll zum Abkommen über die Partnerschaft und die Zusammenarbeit über den Zugang der Ukraine auf die Programme der EU auch unterschrieben. Diese Entwicklungen zeigen die beidseitige Bereitschaft an der Integration der Ukraine in die EU zu arbeiten. Wie es vorher bereits erwähnt wurde, ist die Zusammenarbeit während der internationalen Projekte und die Mitgliedschaft in Weltorganisationen - ein wichtiger Bestandteil der integrativen Prozesse, die von der Ukraine vermehrt wahrgenommen wird. Durch die Teilnahme an Programme wie TACIS, MEDA, TAIEX zeigt die Ukraine Ihr Wille die Expertenhilfe entgegen nehmen zu wollen, um die integrativen Prozesse voranzutreiben und die Situation im Land zu stabilisieren. Die grundsätzlich neuen Instrumente der Hilfeleistungen wurden der Anlagemechanismus der Nachbarschaft (Neighbourhood Investment Facility) mit einem Budget von 700 Millionen Euro (Zeitraum 2007-2013) und die Unterstützung der Staatsführung (Governance Facility) gewählt.²⁵⁹

Die oben erwähnten Beispiele der Kooperation zeigen, dass die von Bela Balassa entwickeltes Schema der ökonomischen Integration kann auch in der Ukraine Anwendung finden. Seine Unterscheidung der Integration in zwei Kategorien zeigt, dass die Kooperation kann lediglich die Diskriminierung in bestimmten Bereichen reduzieren, diese aber nicht vollständig beseitigen. Im Anschluss erfolgt die Beschreibung der höchstwahrscheinlichen Risiken, die sich die EU nach dem Beitritt der Ukraine erwarten kann.

²⁵⁹ ebd.

5.2 Mögliche Risiken

5.2.1 Das Problem der wirtschaftlichen Regulierung der Integration der Ukraine in der EU

Im Falle der Euro-Integration der Ukraine in die EU, wird erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Hilfe seitens der EU benötigt, die die nationale Wirtschaft zu den europäischen Anforderungen bringen soll. Zeitgleich kann diese Hilfe einen Tiefstand in den Krisenprozessen auslösen, die die EU versucht gerade zu überwinden.

Viele Probleme sind in der EU noch nicht gelöst. Die Kreditgeber versuchen die Bedürftigen Staaten im Hinblick auf die Wiederherstellung ihrer Wirtschaft finanziell zu unterstützen, steigern aber dadurch die Auslandsschuld des Landes und zusätzlich die von der Region insgesamt. Nach Angaben der statistischen Agentur EUROSTAT, die allgemeine staatliche Verschuldung der Länder der Eurozone nach den Ergebnissen des I. Quartals 2013 ist bis zu 92,2 % des BIP's gewachsen. Zum Vergleich, betrug diese in den I Quartal 2012 „nur“ 88,2 % des BIP's. Trotz der benötigten Unterstützung, sind die Länder wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal immer noch in der Rezession. Das eindrucksvollste Beispiel ist Griechenland, dessen Verbesserungen im wirtschaftlichen Sektor von den Ökonomen und Banken überschätzt wurden. Das zugewiesene Geld war nicht ausreichend um die Probleme des Landes zu lösen und diese vermehren sich anhaltend. Nach Schätzungen der IWF, müssen für die Rettung des Landes noch 11 Mrd. Euro aufgebraucht werden – und das nur im besten Fall.²⁶⁰

Die allgemeine Situation in der Europäischen Union ist durch bereits bekannte Problemen mit der Arbeitslosigkeit und der staatlichen Verschuldung in den Ländern des PIIGS²⁶¹ (Portugal, Irland, ist Italien, Griechenland und Spanien) auch nicht erfreulich.

Die Währungsunion glättet diese Divergenzen der Interessen nicht, verschärft sie aber um vielfaches. Die Europäische Kommission nahm während der Krise in der EU eine Position ein, die normalerweise von der IMF, in Bezug auf die Entwicklungsländer, eingenommen wird. Die Erfahrungen in der Arbeit der IMF der letzten Jahrzehnte zeigten, dass das Eingee-

²⁶⁰ Vgl. Stanislav Eminescu, Lulia: Structure of government debt; Upward trend in the EU government debt level continued in 2012; in Eurostat:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Structure_of_government_debt

²⁶¹ PIIGS or PIGS is an acronym for the members of European Central Bank, who were the most financially troubled during the financial crisis that began in 2008. Its usage is considered to be derogatory. The countries included are: Portugal, Ireland, Greece, Spain.

hen zu den Problemen auf diese Weise die wirtschaftlichen Probleme nicht löst, sondern sie nur verschärft und trägt keineswegs zu einer Stärkung der europäischen Einheitlichkeit bei. Zusammengefasst, ist es unklar, ob die Europäische Union in ihrer derzeitigen Form überhaupt überleben kann.

5.2.2 Das Problem der Massenauswanderung aus der Ukraine in die EU-Länder

Eines der größten Probleme in der wechselseitigen Beziehungen der Ukraine und der Europäischen Union ist die Migration des Arbeitskapitals. Die gewaltigen sozialen Aufregungen auf „Euromaidan“ in der Ukraine hängen mit der Absage des Präsidenten und der Regierung zusammen, die die Ukraine von der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union abhielten und somit auch die Interessen der ukrainischen Arbeiterinnen komplett außer Acht gelassen haben. Somit wurde der versprochene erleichterte Zugang zum Arbeitsmarkt der EU auf Eis gelegt. Als Folge der europäischen Integration der Ukraine würde sich der Fluss der ukrainischen Arbeitsmigrantinnen in die EU-Länder erhöhen und somit zu einer Verschärfung der Migrationsprozesse in Europa selbst führen. Laut der Studie für die Arbeitsmigration in der Ukraine, die vom staatlichen Ausschuss für Statistik der Ukraine und dem Institut für Demographie der Ukraine, von Januar 2010 bis Juni 2012 durchgeführt wurde, befinden sich derzeit 1,2 Millionen ukrainische Bürgerinnen oder 3,4 % der Gesamtbevölkerung mit dem Ziel ihre Einnahmen zu erhöhen, im Ausland. Wie die Inpress.ua berichtete - das staatliche Komitee für Statistik teilte mit, dass zwischen Januar- Oktober 2013 emigrierten aus der Ukraine um 157% Bürgerinnen mehr, als im gleichen Zeitraum im Vorjahr.²⁶²

Mehr als Jahrzehnte war Italien als Hauptgebiet für die Migration aus der Ukraine bekannt, heuer sind es - Russland und Polen. Dies sind die offiziellen Daten, die viele Faktoren der Migration nicht berücksichtigen. Zum Beispiel, es wird nie erwähnt wie viele Ukrainerinnen ihre Tätigkeiten im Ausland illegal ausüben - erst dann wird Italien die erste Stelle einnehmen. Heuer neigt die überwiegende Mehrheit der Ukrainerinnen (91%) dazu, ins Ausland zu ziehen. Die Hauptgründe für eine solche Einstimmigkeit und eigentlich die Beweggründe, die Ukraine zu verlassen sind - die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Lage im Land und der Mangel an Perspektiven für die persönliche Weiterentwicklung. Eines der beliebtesten Ziele für die Auswanderung ist Kanada. Dieses Land wird von mehr als 40 % der

²⁶² Ukrainisches Statistikkometee: http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/menu/menu_u/ds.htm

Bevölkerung der Ukraine als Kandidat für die zukünftige Heimat betrachtet.²⁶³

Am 10. Dezember 2013 veröffentlichte die statistische Behörde der EU - EUROSTAT einen Bericht über die Kapazitäten der Arbeitsmarkt für Migrantinnen in der EU, ausgedrückt als eine Mengen von Rücküberweisungen in Euro, sprich wie viel Geld die Migrantinnen in ihre Heimatländer während des Aufenthalts im Ausland überwiesen haben. Es ist aber zu bemerken, dass es sich hierbei um die Statistik für die Arbeitsmigration innerhalb der Europäischen Union handelte. Der Bericht selbst enthält auch die Arbeitsmigrantinnen aus den Baltischen Ländern. Die abgesonderten Punkte des Berichts behandelten die Summe der Geldanweisungen der Migrantinnen aus den Ländern, die nicht zu der Europäischen Union gehören und in die Herkunftsländer der Migrantinnen gerichtet waren.

Von allen mitteleuropäischen EU Staaten, weist die Tschechische Republik die günstigsten Bedingungen für die EU-Migrantinnen auf. Überraschend zeigt die EUROSTAT Statistik auch, dass kleine Länder wie Litauen, den Migrantinnen aus den EU-Ländern, sowie vom außerhalb der EU, eine große Chance bieten, eine angemessene Entlohnung für ihre Arbeitsleistungen zu bekommen. Es ist jedoch bekannt, dass ein signifikanter Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung von Litauen, wanderte auf der Suche nach der Arbeit in die anderen Ländern Europas aus, insbesondere nach Großbritannien. Deshalb konnte es registriert werden, dass es genügend Möglichkeiten für eine Arbeitsbeschäftigung in Litauen gibt, die aber Großteiles von Arbeitsmigrantinnen ausgeführt wird. Währenddessen, wandern die litauischen Arbeitskräfte in die anderen EU Länder aus.²⁶⁴

5.2.3 Problem „Tschernobyl“

Eine tragische technologische Katastrophe Tschernobyls ereignete sich vor mehr als zwanzig Jahren, aber das Kraftwerk selbst, nach so vielen Jahren, ist nach wie vor gefährlich und kann noch sehr viel Schaden für die Umwelt und Gesundheit von Menschen anrichten. Unter dem „Sarkophag“ (Schutzeinrichtung) birgt sich eine unsichtbare Gefahr, die bereit ist, jederzeit auszubrechen - die Wände lassen langsam nach und können die Strahlung nicht mehr zurückhalten, während die ukrainische Regierung weiterhin enorme Ressourcen aufwenden muss, um die Sicherheit aufrecht zu erhalten. Die Experten können noch bis heute nicht bestimmen

²⁶³ Vgl. Migration Policy Center: Ukraine 2013; Co-financed by the European Union.

²⁶⁴ Vgl. INPRES.UA: Polsha pomojet Ukraine zajitit trudovuh migrantov; 8.02.2014:
<http://inpress.ua/ru/economics/24957-polsha-pomozhet-ukraine-zaschitit-trudovykh-migrantov>

in welcher Höhe wurde die Umwelt aus dieser Katastrophe betroffen und stellen sich immer wieder die Frage – wird dieser atomare Alptraum jemals aufhören?

Die Ukraine befindet sich gerade in einer tiefen politischen Krise und steht dauernd unter Druck im Hinblick auf die Finanzierung des Staates, somit bleibt es weiterhin unklar, ob alle erforderlichen Mitteln, um den Bau zu vollenden, jemals vorhanden sein werden. Das Kraftwerk selbst befindet sich nach wie vor hundert Kilometer von Kiew entfernt und stellt ein großes Risiko für die Bevölkerung dar. Die Last, die vom Staat zu tragen ist, beläuft sich jährlich auf 34 Millionen Euro und fließt in die Bezahlung der Wartungskosten für diese Einrichtung, abgesehen vom Tausenden dort beschäftigten Fachleuten, die eine extra Bezahlung benötigen. Die Mitarbeiterinnen beschäftigen sich mit der Abfallkonservierung, Sicherheitsüberwachung und Inspektion von Boden und Wasser.²⁶⁵

Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat bereits 800 Mio. € für die Beseitigung der Folgen zugeordnet, diese Summe reichte jedoch nicht aus. Von drei geplanten Abfalllagerzentren sind nur zwei einsatzbereit und das dritte Projekt ist gerade in Planung. Den Reaktor betreffend, wird eine neue Schutzhülle benötigt, die auch große finanzielle Investitionen benötigt, um besterreichbare Schutz zu bieten.²⁶⁶

Nach der Tagung im Juni 1994 in Korfu wurde durch die Europäische Union ein Programm zur Zusammenarbeit der Ukraine vorzuschlagen, dass zur Stilllegung des Kernkraftwerkes in Tschernobyl hätte führen sollen.²⁶⁷ Die G7-Staaten unterstützten bei ihrem Treffen in Neapel im Juli 1994 diesen Beschluss der EU. Dies führte schließlich am 20. Dezember 1995 im kanadischen Halifax zur Unterzeichnung eines Memorandums bezüglich Tschernobyl durch den ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma, in dem die Abschaltung aller Reaktoren der Tschernobyl Atomkraftwerks bis zum Jahr 2000 angestrebt wurde.²⁶⁸ Die Finanzierung erfolgte über das TACIS-Programm der EU, die bereits im fünften Kapitel erwähnt wurden. Im November 1996 wurde der Block 1 vom Netz genommen. Danach, im Dezember 1997 beschloss die ukrainische Regierung, den Reaktor 3 stillzulegen. Im Juni 2000 wurde schließlich die Entscheidung getroffen, den dritten Block am 15. Dezember 2000 endgültig außer Betrieb

²⁶⁵ Vgl. Zbigniew, Jaworowski: Observations on Chernobyl After 25 Years of Radiophobia; in: 21st Century Science & Technology; 2010; p. 30-44.

²⁶⁶ ebd.

²⁶⁷ Europäischen Rat: Tagung in Korfu Schlussfolgerungen des Vorsitzes; 24. und 25. Juni 1994:

http://www.europarl.europa.eu/summits/cor1_de.htm

²⁶⁸ Vgl. Memorandum of Understanding between the Governments of the G-7 Countries and the Commission of the European Communities and the Government of Ukraine on the Closure of the Chernobyl Nuclear Power Plant; 20.12.1995: <http://www-bcf.usc.edu/~meshkati/G7.html>

zu nehmen.²⁶⁹

Die gemeinsamen Regulierungsgebote werden nicht immer für die Ukraine passend sein, somit läuft die EU Gefahr die Regulierung so gestalten zu müssen, dass diese auch die Besonderheiten berücksichtigt, die die Integration der Ukraine in die EU direkt oder indirekt beeinflussen. Im Sinne der positiven Integration nach Balassa, lässt sich diese Vorgang ganz gut aus dem politikwissenschaftlichen Blickwinkel beschreiben. Die positive Integration kann erst dann erfolgen, wenn die Grundlagen für die negative Integration als genügend eingestuft werden. Da die Ukraine sich gerade ganz am Anfang der negativen Integration befindet (Assoziierungsabkommen) ist die positive Integration aus heutiger Sicht als ein Problem, aber nicht als eine Bedrohung (Risiko) anzusehen. Das Tschernobyl Atomkraftwerk dagegen trägt ein hohes Risiko mit sich mit und muss von der EU wahrgenommen werden.

Das nächste Kapitel ist abschließend und fasst die gesamte Arbeit zusammen.

²⁶⁹ Vgl. OECD: Shutdown of the Chernobyl plant. In: Chernobyl: Assessment of Radiological and Health Impact. 2002 Update of Chernobyl: Ten Years On; 2002, S. 115–120: <http://www.oecd-nea.org/rp/reports/2003/nea3508-chernobyl.pdf>

6 Fazit

Der Begriff Integration wurde öfters in dieser Arbeit erwähnt und besonders im Rahmen einer politischen Integration. Die Theorie der Neofunktionalismus beschreibt die Integration als einen langwierigen Prozess, der über Jahrzehnte dauern kann. Die Ukraine, als ein unabhängiger Staat, der selber über sein Schicksal entscheiden kann, bekam so eine Möglichkeit erst am Anfang der 90 er Jahre. Einerseits untersuchte diese Arbeit die wichtigsten Kapiteln in der Entwicklung der ukrainischen Politik seit Anfang der 90 er Jahre und wie diese sich gegenüber der Integration positionierte. Andererseits fand eine umfangreiche Analyse der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Ukraine zu der EU und anderen Nachbarstaaten, in Bezug auf die Integration der Ukraine in die EU.

Es konnte festgestellt werden, dass die ukrainische Politik wurde vor allem vom ewigen Konflikt der Interessen geprägt. Auch wenn die nationalen Interessen stimmten überein, gab es immer Streitigkeiten im Bereich der übernationalen Interesse. Diese Konflikte verlangsamten die endgültige Entscheidung der politischen Führung der Ukraine, die für weitere Schritte in die Richtung der Integration in die EU dringend notwendig waren. Dadurch wurden überwiegend die Prozesse der Integration im wirtschaftlichen Bereich benachteiligt, die für eine erfolgreiche Integration in die EU von großer Bedeutung sind. Trotz einem günstigen Klima für die Auslandsinvestitionen, sank die Investitionsbereitschaft der ausländischen Investoren in die Ukraine nach der Wirtschaftskrise 2008-2009. Diese Entwicklung ist aber nicht direkt auf die wirtschaftliche Situation weltweit zurückzuführen, sondern pflegt ihre Wurzeln im Ausbleiben der notwendigen Entscheidungen seitens der ukrainischen Politik.

Die Untersuchung der Vor- und Nachteile des Beitritts der Ukraine in die EU führen zu einem Entschluss, dass es mehr Vor- als Nachteile durch beide Seitens durch den Beitritt erlangt werden können. Es lässt sich festhalten, dass die Ukraine, als auch die EU schon viele Jahre durch eine enge Kooperation in verschiedenen Bereich (Agrarpolitik, Rohstoffe, Sicherheit in verschiedenen Bereichen des Lebens) profitieren und diese florierende Kooperation durch den Beitritt der Ukraine in die EU nur verstärken können. Die angeführten Vergleiche zu den anderen Mitglieder der EU, die die Gemeinschaft vor kurzen beigetreten sind, zeigten, dass trotz vieler Vorteile, wird die Ukraine und die EU auch mit vielen Nachteile (politische Beziehungen mit Russland, Wettbewerb am europäischen Markt) konfrontiert sein. Die neueren Entwicklungen

in der Beziehungen im Dreieck „Ukraine-Russland-EU“ bestätigten nur diese Funde.²⁷⁰

Die Analyse der möglichen positiven und negativen Folgen des Beitritts der Ukraine in die EU zeigte, dass der Beitritt in die EU eine logische Konsequenz des Wunschs der Ukraine ist. In der heutigen globalisierten Gesellschaft kann der größte Vorteil nur in den Ländern erreicht werden, die sich um gemeinsame Interessen bemühen und höhere Niveau der Entwicklung erreichen wollen. Es ist festzuhalten, dass der Beitritt der Ukraine entspricht im Allgemeinen der Interessen der Bevölkerung, vorbehaltlich, dass die Ukraine eine Reihe an Empfehlungen seitens der EU bekommt und daraus eigene Strategien entwickelt, die wiederum der Mitgliedschaft der Ukraine in der EU nicht widersprechen.

Die Integration in die Europäische Union ist eine endgültige Chance für die Ukraine, sich in den stabilen Staat zu verwandeln, der dann über unbestreitbare Perspektiven für die Zukunft aufweist. Jedoch existieren andererseits selbst in der EU die internen Widersprüche in den strategisch wichtigen Fragen und es mangelt an der einheitlichen gesamteuropäischen Idee und spezifischen Konzepte für die Weiterentwicklung der EU die dann allesamt zur Unbestimmtheit in ihrer weiteren Schicksal und dem Status der Mitgliedsländer und Länder führen, die lange Zeit als Kandidaten für das Beitritt angesehen wurden. Die europäische Integration der Ukraine sollte als ein Mittel zum Zweck gesehen werden um die nationalen Interessen der Ukraine zu schützen. Sie sollte nicht nur als strategisches Ziel der Außenpolitik angesehen werden, sondern auch als bewusster und berechneter Weg der Beziehungen mit den Nachbarstaaten.

Bezüglich der formulierten Hypothesen (siehe Kapitel 1.4.4) lässt sich folgendes festhalten:

Zur ersten Hypothese:

Da die funktionalen Anforderungen sich stark vom Bereich zu Bereich unterscheiden konnte jeweils nur ein Bereich untersucht werden, um die erste Hypothese zu überprüfen. Somit können die festgestellten Ergebnisse nur auf diesen Bereich angewendet werden. Zur Bekräftigung der ersten Hypothese wurden vor allem die Investitionstätigkeiten der EU in der Ukraine untersucht. Wenn man die Investitionsprozesse in der Ukraine als Bestandteil der Integrationsprozesse betrachtet, kann die Hypothese sogar eindeutig verifiziert werden. Die Analyse zeigte, dass die Investitionen tatsächlich in Sektoren stattfinden, wo die funktionellen Erfordernisse ausreichend konkretisiert wurden, sprich für die Zusammenarbeit im Rahmen von

²⁷⁰ Vgl. NEWS.AT: Russland weiterhin "strategischer Partner" der EU?; 7.05.2014: <http://www.news.at/a/ukraine-konflikt-russland-strategischer-partner-eu>

verschiedenen Projekten mit der EU bereit waren. Sogar während der Wirtschaftskrise 2008-2009 blieben die getätigten Investitionen stabil, vor allem weil sie bereits als konstantes Beitrag zur Integration der Ukraine in die EU angesehen wurden. Die Investitionen wurden vor allem im Energie- und Agrarsektor getätigt, die für die Investoren besonders attraktiv sind, da es genügend Erfordernisse für wirtschaftliches Wachstum vorhanden sind. Da diese Arbeit sich nur auf die für die Öffentlichkeit verfügbaren statistischen Daten stützte, sollen unbestätigten Meldungen über die Herkunft der Investitionen aus Zypern mit Vorsicht genossen werden. Die neueren Untersuchung und Meldungen der Nachrichtenagenturen vom Februar 2014 zeigten bereits, dass ein großer Anteil der Investitionen, die auch ins ukrainische Budget reingeflossen sind, auf private Konten der ehemaligen Regierungsmitglieder transferiert wurden und Ihre Bestimmungsgebiete nicht erreicht haben. Ob die Hypothese auch nach neueren Erkenntnissen verifiziert werden kann, kann nur die zukünftige Forschung in diesen Bereich zeigen.

Zur zweiten Hypothese:

Die oben genannten Ergebnisse der Analyse, sowie die neueren Entwicklungen in der Politik der Ukraine unterstützen die zweite Hypothese und zeigen die Bereitschaft der neuen ukrainischen Regierung, unterstützt durch die Mehrheit der Bevölkerung, den Weg in die Richtung Integration in die EU einzuschlagen. Seitens der EU herrscht auch die Bereitschaft die politischen Teile des Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen.²⁷¹ Diese Entwicklungen wurden jedoch Großteiles durch die instabile politische Situation, sowie das russische Verhalten in Krim gefördert. Ob die für die Unterzeichnung der Assoziierung zuständigen Organe der EU für den ersten Schritt der Integration der Ukraine in die EU tatsächlich bereit sind, ist fraglich und bleibt noch offen. Noch im Dezember 2013 verneinte die EU jegliche Bereitschaft die Assoziierung mit der Ukraine vollbringen zu wollen. Daraus ergibt sich die Frage, die nur schwer zu beantworten ist: wäre eine Assoziierung überhaupt zustande gekommen wenn die neueren Entwicklungen in der Ukraine nicht stattgefunden hätten? In solcher Situation können die Entscheidungen, die auf bestimmten Ereignissen aufbauen öfters zu voreiligen Handlungen führen, die später nur schwer rückgängig gemacht werden können. Zu heutigem Zeitpunkt ist es aber leider nicht möglich die Hypothese vollständig zu beweisen, da die weiteren Entwicklungen in der Ukraine unvorhersehbar sind. Die heutige Situation in der Ukraine zeigt es aber eindeutig,

²⁷¹ Vgl. Der Tagesspiegel: Steinmeier warnt Putin vor Annexion der Krim; 7.03.14:
<http://www.tagesspiegel.de/politik/krise-in-der-ukraine-im-news-blog-steinmeier-warnt-putin-vor-annexion-der-krim/9577576.html%29>

dass der Anfang der Integration der Ukraine in die EU nur durch starke politische Änderungen und Konzentration der Gedanken auf der europäischen Ebene seitens der Politik und des Volkes möglich war. Aus der Analysen in dieser Arbeit, die die Entwicklungen der Vergangenheit (bis Ende 2013) abdecken, ist auch zu erkennen, dass nur die abgeschwächte Version der zweiten Hypothese bewiesen werden kann, da nicht alle Punkte der originellen Hypothese zutreffen. Im vierten Kapitel wurde ausführlich beschrieben, dass die ukrainische politische Elite jahrelang durch ihre Handlungen die integrativen Prozesse absichtlich verlangsamt um nicht zur Gruppe des „zweiten Levels“ der EU zu gehören.

Diese Arbeit bietet eine Grundlage für die weitere Forschung und kann zum Einstieg in die Thematik der Beziehungen der Ukraine und EU verwendet werden. Die Fragestellungen der Arbeit sind seit der neusten Entwicklungen in der Ukraine noch relevanter geworden und werden die Interessentinnen auf die möglichen Szenarien vorbeireiten und einen Überblick über das Thema geben.

7 Quellenverzeichnis

7.1 Literaturverzeichnis

ASIMOV, Isaac (1951): Foundation; Gnome Press

AUSWÄRTIGER AMT (October 2013): Reise- und Sicherheit: Letzte Aktualisierungen: Ukraine:
http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Ukraine/Wirtschaft_node.html (Zugriff am 4.03.2014)

BALASSA, Bela (2003): The Theory of Economic Integration: An Introduction; in: The European Union; Brent/Nelsen; Basingstoke

BACH/SZUMSKA/ CHORNOBYL (22.03.2011): Kommunale Nutzung erneuerbarer Energien in der Ukraine – Chancen, Potenziale und Hemmnisse; Lwiw; in: Ukraine-Analyse Nr. 89

BEGG, I./ HODSON, D./ MAHE, I. (January 2003): Economic policy coordination in the European Union; National Institute Economic Review; No. 183:
http://www.eucenter.wisc.edu/omc/papers/econpolcoord/begg_et_al.pdf (Zugriff am 12.03. 2014)

BESCHLUSS DES PRÄSIDENTEN DER UKRAINE NR. 0001100-02
(2002): Evropejskij vubir. Konceptualni zasadu strategii ekonomichnogo ta sozialnogo rozvutky Ukraïnu na 2002-2011 roku [ПОСЛАНТЯ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ (2002): Європейський вибір. Концептуальні засади стратегії економічного та соціального розвитку України на 2002-2011 роки].
<http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/n0001100-02> (Zugriff am 12.09. 2013)

BMU-Pressemitteilung (19.04.2011): Deutschland stellt weitere Unterstützung für Tschernobyl in Aussicht; No. 054/11; Berlin:
<http://www.bmub.bund.de/bmub/presse-reden/pressemitteilungen/pm/artikel/deutschland-stellt-weitere-unterstuetzungfuer-tschernobyl-in-aussicht/> (Zugriff am 14.09. 2013)

BODRUK, Oleg (2005): Current problems of security sector reform and defense of Ukraine; National Institute of International Security Probleme; Kiev

BOECKH, Katrin (2007): Die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg; in: Boeckh/Völkl: Ukraine – Von der Roten zur Orangenen Revolution; Regensburg

BOROVOI, Aleksandr (2006): Nuclear fuel in the shelter. In: Atomic Energy; Band 100; No. 4

BRZEZINSKI, Zbigniew (1998): The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, Basic Books

BRZEZINSKI, Zbigniew (2004): The Choice: Global Domination or Global Leadership; Basic Books; New York

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT (19. April 2011): Pressemitteilung: Deutschland stellt weitere Unterstützung für Tschernobyl in Aussicht; Nr. 054/11; Berlin

BUTENKO, Anatolij (2011): Unsere Zukunft unserer Wahl; Kiew

BUTORINA, Olga (2011): International Rates: integration and competition; Business Books

BYKOV, Pavel (13.01.2014): Krizicy but, jdem; in: Exper; [БЫКОВ, Павел(13.01.2014): Кризису быть, ждем; No. 3 (882); Эксперт]: <http://expert.ru/expert/2014/03/krizisu-byit-zhdem/> (Zugriff am 27.02.2014)

CHARU, Wilkinson (9 March 2010): Interim Evaluation of the Competitiveness and Innovation Framework Programme (2007-2013); in: TECHNOLIS Group: http://ec.europa.eu/cip/files/docs/interim_evaluation_report_march2010_en.pdf (Zugriff am 3.03. 2014)

CHARTA VON PARIS (19. - 21. November 1990): Charta von Paris für ein neues Europa: Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit; Paris: <http://www.menschenrechtsbuero.de/pdf/paris90g.pdf> (Zugriff am 21.04. 2014)

CHERKASSKY, Ivan (2012): Gesamtwirtschaftliche Politik der Ukraine in der Kredit- und Finanzbeziehungen mit der Europäischen Union; Sammlung von wissenschaftlichen Arbeiten; No. 26

CHORNA, Nataliya (2012): Evolution of polish-ukrainian relations after the entry of Poland into European Union; Kiev

COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION (30.11.2005): A Strategy for the External Dimension of JHA: Global Freedom, Security and Justice; Brüssel.

COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION (29-30 September 2011): Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit; {14983/11 PRESSE 341}; Warsaw: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/eastern_partnership/documents/warsaw_summit_declaration_en.pdf (Zugriff am 19.10. 2013)

COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION (28-29 November 2013): Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit; {17130/13 (OR. en) PRESSE 516}; Vilnius.

COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION (17.12.2013): Council conclusions on Enlargement and Stabilisation and Association Process; General Affairs; Brüssels: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/139765.pdf

DELEGATION OF THE EUROPEAN UNION TO UKRAINE (1998): Chronology of bilateral relations: http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/eu_ukraine/chronology/index_en.htm (Zugriff am 12.11. 2013)

DELEGATION OF THE EUROPEAN UNION TO UKRAINE (1998): Chronology of bilateral relations:
http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/eu_ukraine/chronology/index_en.htm (Zugriff am 12.11. 2013)

DELEGATION OF THE EUROPEAN UNION TO UKRAINE (4.07.2002): European Union-Ukraine Summit; {10607/02 (Press 195)}; Copenhagen:
http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/summit03_statement_en.pdf (Zugriff am 5.10. 2013)

DELEGATION OF THE EUROPEAN UNION TO UKRAINE (7.10.2003): EU-Ukraine Summit; {13091/03 (Press 2869)}; Yalta:
http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/summit03_statement_en.pdf (Zugriff am 5.10. 2013)

DELEGATION OF THE EUROPEAN UNION TO UKRAINE (1.12.2005): EU-Ukraine Summit; {15222/05 (Press 337)}; Kiev:
http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/eu-ukraine_summit_en.pdf (Zugriff am 5.10. 2013)

DELEGATION OF THE EUROPEAN UNION TO UKRAINE (27.10.2006): EU-Ukraine Summit; {14604/06 (Press 294)}; Helsinki:
http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/eu_ukraine_summit_joint_en.pdf (Zugriff am 5.10. 2013)

DELEGATION OF THE EUROPEAN UNION TO UKRAINE (14.09.2007): EU-Ukraine Summit; {12927/07 (Press 199)}; Kiev:
http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/st12927_en.pdf (Zugriff am 10.10. 2013)

DELFI (29.11.2013) Final Vilnjusskogo sammita: strogie ozenki v adres Ukrainu i Rossii; [ДЕЛФИ (29.11.2013): Финал Вильнюсского саммита: строгие оценки в адрес Украины и России]: <http://ru.delfi.lt/news/politics/final-vilnyusskogo-sammita-strogie-ocenki-v-adres-ukrainy-i-rossii.d?id=63410728> (Zugriff am 18.10. 2013)

DELO. UA (19.03.2010): Die Investitionen zu die Ukraine aus den EU-Ländern wurden auf 21 % verringert:
<http://delo.ua/ukraine/investicii-v-ukrainu-stran-es--138691/> (Zugriff am 5.11. 2013)

DER STANDART (13.09.2012): EU ebnet Weg zur Europäischen Föderation; 13.09.2012:
<http://derstandard.at/1345166885529/Barroso-stimmt-auf-Fiskalunion-ein> (Zugriff am 1.03. 2014)

DER SPIEGEL (20.01.2014): Pro-West-Protest: Klitschko warnt vor Bürgerkrieg in der Ukraine: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/pro-west-protest-klitschko-warnt-vor-buergerkrieg-in-der-ukraine-a-944383.html> (Zugriff am 7.02. 2014)

DEUTSCHES ATOMFORUM e.V. (2011): Der Reaktorunfall in Tschernobyl; Berlin; 2011:

http://www.kernenergie.de/kernenergie-wAssets/docs/service/025reaktorunfall_tschernobyl2011.pdf (Zugriff am 17.03.2014)

DEUTSCHE WELLE (21.07.2004): Die meisten Deutschen gegen eine weitere Erweiterung: <http://www2.dw-world.de/ukrainian> (Zugriff am 17.03.2014)

DÖHRN, Roland/ HEILEMANN, Ullrich (2003): Strukturwandel und Integration: Theoretische und empirische; in: Regionale Integration und Osterweiterung der Europäischen Union

DURKOT, Juri (2003): EU oder GUS – Quo vadis, Ukraine?, in: KAS-AI, H. 3

EL-AGRAA, Ali (1998): The European Union. History, institutions, economics and policies; Book Press

ENERGY INFORMATION ADMINISTRATION (July 2013): International Energy Outlook; P.102:
<http://www.eia.gov/forecasts/ieo/pdf/0484%282013%29.pdf> (Zugriff am 18.02.2014).

EURARCHIV (8.18.2008): EU and NATO keep Eastern countries at bay:
<http://www.euractiv.com/east-mediterranean/eu-nato-keep-eastern-countries-b-news-220981> (Zugriff am 24.10. 2013)

EUROPEAN COMMISSION (20.12.1995): Memorandum of Understanding between the Governments of the G-7 Countries and the Commission of the European Communities and the Government of Ukraine on the Closure of the Chernobyl Nuclear Power Plant:
<http://www-bcf.usc.edu/~meshkati/G7.html> (Zugriff am 12.03.2014)

EUROPEAN COMMISSION (11.03.2003): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Größere Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn; {KOM (2003) 104 endgültig}; Brüssel:
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf (Zugriff am 3.12. 2013)

EUROPEAN COMMISSION (2003): EU-Ukraine Aktionsplan:
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf (Zugriff am 13.12. 2013)

EUROPEAN COMMISSION (26.3.2003): The Stabilisation and Association process for South East Europe Second Annual Report – Annex 1; {COM (2003) 139 final}; Brussels

EUROPEAN COMMISSION (3.3.2010): Communication from the commission Europe 2020: A strategy for smart, sustainable and inclusive growth; {COM(2010) 2020}; Brussels:
<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20EN%20BARROSO%20%20%20007%20-%20Europe%202020%20-%20EN%20version.pdf> (Zugriff am 7.02. 2014)

EUROPEAN COMMISSION (7.07.2011): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: The EU and its neighbouring regions: A renewed approach to transport cooperation; {COM(2011) 415 final}; Brussels

EUROPEAN COMMISSION (07.11.2013): European union, trade in goods with Ukraine: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113459.pdf (Zugriff am 7.02. 2014)

EUROPEAN COMMISSION (December 2013): Overview of CAP Reform 2014-2020; Agricultural Policy Perspectives Brief No. 5

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2007): Eine Währung für eine Europa: der Weg zur Euro: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication6730_de.pdf (Zugriff am 8.02. 2014)

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2009): Europäische Charta für Kleinunternehmen; Brüssel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012) Unterstützung der Europäischen Union Programme für KMU: Überblick über die wichtigsten Finanzierungsmöglichkeiten für europäische KMU

EUROPEAN PARLAMENT (19.05.1998): Briefing No 23 Legal questions of enlargement

EUROPEAN PARLAMENT (10-11 Dezember 1999): Europäische Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes; Helsinki: http://www.europarl.europa.eu/summits/hell1_de.htm (Zugriff am 17.10. 2013)

EUROPÄISCHE RAT (11. Dezember 1999): Die Gemeinsame Strategie der Europäischen Union zur Ukraine: http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/994_492. (Zugriff am 18.02. 2014)

EUROPÄISCHE RAT (24. und 25. Juni 1994): Tagung in Korfu Schlußfolgerungen des Vorsitzes: http://www.europarl.europa.eu/summits/cor1_de.htm (Zugriff am 15.03.2014)

EUROPÄISCHE UNION (25. März 1957): Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft); Rome.

EUROPÄISCHE UNION (1. November 1993): Vertrag über die Europäische Union – Vertrag von Maastricht: http://europa.eu/eu-law/treaties/index_de.htm (Zugriff am 13.02. 2014)

EUROPÄISCHE UNION (30.03.2010): Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union.

FESSENKO, Volodymyr (25.06.2013): Die Zukunft der EU-Ukraine-Beziehungen, in: UKRAINE ANALYSEN; Nr. 119

FINANCE.UA (30.11.2013) : Kamin dozviluv franzuzam ta italijzjam pozroblyatu chornomorskuj shelf; [FINANCE.UA (30.11.2013): Кабмін дозволив французам та італійцям розробляти чорноморський шельф]: <http://news.finance.ua/ua/~1/2013/11/30/313738> (Zugriff am 11.03.2014)

FONTANKA (29.11.2013): Barroza: trohstoronnix peregovorov s RF i Ukrainoj po assoziaciji Kieva i ES ne bydet; [ФОНТАНКА(29.11.2013): Баррозу: Трехсторонних переговоров с РФ и Украиной по ассоциации Киева ЕС не будет]: <http://www.fontanka.ru/2013/11/29/132/> (Zugriff am 5.12. 2013)

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG (2010): Die Beziehungen zwischen der Ukraine - EU: der Druck der Finanzkrise; Nr 1

GAEVOJ, Alla (10. Januar 2007): Justiz Krise in der Ukraine; in: Kiev Zeitung No. 11

GERLINDE, Sauer (30.03.2010): Entwicklungsperspektiven der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Ukraine; in: Ukraine-Analysen No. 71

GORODYSKY, Vin (2. Dezember 2004): Über Konfrontation; in: Die Zeitung No. 80

HAAS, Ernst B. (1996): The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces 1950-57., Ann Arbor, MI: UMI Books on Demand

HAAS, Ernst B. (1964): The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces 1950-57; Stanford: Stanford University Press

HAUSER, Gunther (2006): Das europäische Sicherheits-und Verteidigungssystem und seine Akteure; Wien

HOCHLEITNER, Erich P.(2000): Die Europäische Union am Weg zur Sicherheits-und Verteidigungsunion; 2000, in: Hochleitner, Erich P. (Hg.): Das europäische Sicherheitssystem zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Wien

HOFFMAN, Karl (2000): Ukraine am Scheideweg; Phoenix

HOFFMAN, Stanley (2006): Reflections on the nation-state in Western Europe Today. In: Journal of Common Market Studies, p. 21-37. In: Bieling, Hans-Jürgen: Theorien der europäischen Integration; Wiesbaden

HOME PAGE PRÄSIDENT DER UKRAINE (2011): Modernizaciya Ukrainu: nash strategichnuj vubir; Kiev; [Призидент України (2011): Модернізація України]: http://www.president.gov.ua/docs/Poslannya_sboraka.pdf (Zugriff am 17.12. 2013)

INPRES.UA (8.02.2014): Polsha pomojet Ukraine zajitit trudovuh migrantov; [INPRES.UA (8.02.2014): Польша поможет Украине защитить трудовых мигрантов]: <http://inpress.ua/ru/economics/24957-polsha-pomozhet-ukraine-zaschitit-trudovykh-migrantov> (Zugriff am 14.02.2014)

INTERNATIONALE ENERGY AGENCY (2012): Ukraine Energy Policies; Beyond IEA Countries; P.17-25: http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/Ukraine2012_free.pdf (Zugriff am 15.02.2014)

INVEST UKRAINE (24.01.2014): State Agency for Investment and National projects of Ukraine: The Agency enhances investment interest to the regions of Ukraine. 26 investment passports were presented

JOIN EVALUATION REPORT (2008): EU-Ukraine Action Plan; Brussels/Kyiv: http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/eu_uk_chronology/ukraine_eu_joint_evaluation_2008_en.pdf (Zugriff am 19.12. 2013)

KAPPELER, Andreas (2009): Die kleine Geschichte der Ukraine; München

KASER, W./ VISURI P./ MALMSTRÖM C.(23.03.1995) : Die EU-Volksabstimmungen in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen: Verlauf, Ergebnisse, Motive und Folgen; IHS Reihe Politikwissenschaft No. 23

KENNETH, Waltz (1979): Theory of International Politics; Reading Mass

KIS, Jaroslav/PEDICH, Basyl(2004): Aktuelle Probleme der Geschichte der Ukraine; Ivano-Frankivsk

KISELEV/ SURIN/ CHECHEROV (1996): Post-accident survey of the unit 4 reactor of the Chernobyl nuclear power plant. In: Atomic Energy. Band 80, No. 4

KONDRATOV, Dmitrij (2012): Finanzielle Probleme: Probleme der Osterweiterung der Europäischen Union am Beispiel Polens; Kiev

KUCHTA, Pawel (18.01.2014): Ökonomische Jahresbilanz der Ukraine; in Ukraine-Nachrichten:
http://ukraine-nachrichten.de/files/3855_oekonomische-jahresbilanz-der-ukraine.pdf (Zugriff am 22.09.2013).

KUTZ, Jurij (2012): Geopolitical aspects of conflict and national security; National University of Internal Affairs; Nr. 14

KUZIO, Taras/WILSON, Andrew (2000): Ukraine Under Kuchma: Political Reform, Economic Transformation, and Security Policy in Independent Ukraine (Studies in Russian & Eastern European History and Society); Hardcover.

KUZIO, Taras (2003): National Identities and Virtual Foreign Policies among the Eastern Slavs, in: Nationalities Papers; Vol. 31; No. 4; 2003; S. 431–452.

KUTSCHMA, Leonid (2003): Die Ukraine ist nicht Russland; Verlag: Wremja

LB.UA (24.11.2013): Evromajdan pruzyal rezoljuciju i obiyavil bessrochnuju akziju [LB.UA (24.11.2013): Євромайдан прийняв резолюцію і об'явив бессрочную акцію]:
http://lb.ua/news/2013/11/24/242546_evromaydan_prinyal_rezolyutsiyu.html (Zugriff am 3.12. 2013)

LIGA (01.11.2013): Medvediev pro Ukrainu: Nehai kredutu berut v Brjusseli; [ЛІГА (01.11.2013): Медведєв про Україну: Нехай кредити беруть в Брюсселі]

MACHLUP, Friz (1977): History of Thought on Economic Integration; Columbia University Press

MEHR DEMIKRATIE (23.11.2012): Volksentscheide zu EU-Fragen von 1972-2009: http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2012-11-23_EU-Volksentscheide.pdf (Zugriff am 10.03.2014)

MEIßNER F./ UECKERDT F. (2010): Ausbau erneuerbarer Energien in der Ukraine: Potenzial, Hemmnisse und Politikempfehlungen Dr. Frank Meißner und Falko Ueckerdt; Berliner Economic

MIGRATION POLICY CENTER (2013): Ukraine: Co-financed by the European Union

MINISTERIUM FÜR ENERGIE UND KOHLEINDUSTRIE DER UKRAINE (11.06.2012): Updates Energiestrategie der Ukraine für den Zeitraum bis zum Jahr 2030;: <http://mpe.kmu.gov.ua/fuel/control/uk/doccatalog/list?currDir=50358> (Zugriff am 7.03.2014)

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS OF UKRAINE (4.12.2009): Ukraine-EU Summit: <http://mfa.gov.ua/en/page/open/id/780> (Zugriff am 9.12. 2013)

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS OF UKRAINE (22.11.2010): Ukraine-EU Summit; Brüssel: <http://mfa.gov.ua/en/page/open/id/777> (Zugriff am 9.12. 2013)

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS OF UKRAINE: (19.12.2011): Ukraine-EU Summit; Kiev: <http://mfa.gov.ua/ua/page/open/id/3474> (Zugriff am 10.12. 2013)

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS OF UKRAINE: (25.11.2012): Ukraine-EU Summit; Kiev: <http://mfa.gov.ua/ua/page/open/id/3519> (Zugriff am 15.12. 2013)

MIROSHICHENKO, Mikola (18 November 2004): EU fordert Vereinbarung; in: Argumente und Fakten; No. 50.

MORAVCSIK, Andrew (1997): Taking Preferences seriously: A Liberal Theory of International Politics. In: International Organisation; Nr. 4; S. 513-553

MOVCHAN, Veselovskij (2009): International review; No.4 (12).

MOVCHAN, Veronika (25.06.2013): Die Ukraine und die Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan: würde sich eine engere Integration auszahlen? In: UKRAINE ANALYSEN; Nr. 119

NAIR/FABY SANNY/MANISH CHOPRA (2013): Estimation of radioactive leakages into the Pacific Ocean due to Fukushima nuclear accident; in: Environmental Earth Sciences

NAIR/FABY SAMMY/ MANISH (2013): Estimation of radioactive leakages into the Pacific Ocean due to Fukushima nuclear accident; in: Environmental Earth Sciences; 2013

NEUMANN, Matthias/ PLEINES, Heiko (2004): Neues Europa? Osteuropa 15 Jahre danach Beiträge für die 12. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten; Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa; Nr 60; Bremen: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoAP60.pdf> (Zugriff am 13.11. 2013)

NEZAVISIMAYA (18.05.2009): Vladimir Chijov: «Jujnij potok» nado sdelat prioritetnum proektom ES; [Независимая (18.05.2009): Владимир Чижов: "Южный поток" надо сделать приоритетным проектом ЕС]: http://www.ng.ru/courier/2009-05-18/9_chizhov.html?mright=0 (Zugriff am 22.11. 2013)

NIKITIN, Anton (2012): Recht der Europäische Union; Kiew

OFFICIAL JOURNAL OF THE EUROPEAN UNION (9.05.2008): Treaty of the Functioning of the European Union

OFFICIAL JOURNAL OF THE EUROPEAN UNION (23 April 2008): Regulation (EC) No 450/2008 of the European parliament and of the council: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:145:0001:0064:EN:PDF> (Zugriff am 22.03. 2014)

OECD (2002): Shutdown of the Chernobyl plant. In: Chernobyl: Assessment of Radiological and Health Impact. 2002 Update of Chernobyl: Ten Years On: <http://www.oecd-nea.org/rp/reports/2003/nea3508-chernobyl.pdf> (Zugriff am 2.03.2014).

OSADCHUK B./ LOBANOW I. (2009): Die Entwicklung der EU: in den Streiten geboren Wahrheit; Kiev Press

OST-AUSSCHLUS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (20.03.2010): Perspektiven für die ukrainische Agrarwirtschaft: <http://www.ost-ausschuss.de/perspektiven-f-r-die-ukrainische-agrarwirtschaft> (Zugriff am 17.03.2014)

PASICHNUK, Wolodimir (2007): Die nationale Idee im Rahmen der ukrainisch-russischen Beziehungen; Kiew

PIEHL, Ernst (2005): Die Ukraine; in: PIEHL, Ernst/ SCHULZE, Peter W./ TIMMERMANN, Heinz: Die offene Flankeder Europäischen Union – Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau; Berlin; S. 331–457.

PIDHIRNA, Valentina (2013): Ukraine in the World Trade Organisation (WTO): Adaption Problems and the ways of their sollving; Bukovyna State Finance Academy

PLEINES, Heiko (2008): Die Ukraine zwischen Ost und West. Außenpolitische und kulturelle Orientierungen No. 99; Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

POLOVNIKIW, Alexandr (2012): Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland–Motive, Entwicklungen und Perspektiven; Arbeitspapier FG 5; SWP Berlin; No. 01

POSELSKIJ, Wladimir (2011): Erweiterung Union und die erweiterten Europa; Kiew

PRESSEPORTAL (19.04.2013): EU-Länder zeigen Interesse am Gastransportsystem der Ukraine:

<http://www.presseportal.de/pm/81767/2454667/eu-laender-zeigen-interesse-am-gastransportsystem-der-ukraine> (Zugriff am 22.02.2014)

RAUSER, Gunther (2005): Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure; Wien

REES, WYN (2011): The US-EU Security Relationship: The Tensions between a European and a Global Agenda (The European Union Series) [Paperback]; Martin's Press LLC

REGNUM (15.07.2013): Islandiya otozvala zayavku na Evrosojuz; [REGNUM (15.07.2013): Исландия отозвала заявку на вступление в Евросоюз]:
<http://regnum.ru/news/polit/1671801.html> (Zugriff am 12.12. 2013)

REGNUM (2013): Runok trudovoj migracii v ES; [REGNUM (2013): Рынок трудовой миграции в ЕС]:

<http://www.regnum.ru/news/fd-abroad/romania/economy/1744789.html> (Zugriff am 11.02.2014)

REITER, Erich (Hg.) (2011): Entwicklungsszenarien in Osteuropa – mit Schwerpunkt Ukraine; Böhlau Verlag.

RENATA GOLDINOVA (27.05.08): Eastern Partnership could lead to enlargement; Euroobserver: <http://euobserver.com/foreign/26211> (Zugriff am 7.11. 2013)

REYMOND, Aron (1990): Democracy and Totalitarianism; University of Michigan Press; 1990

RIA NOVOSTI (28.11.2013): Glava Evroparlamenta: Kiev mojet sblizitsya s ES posle uchoda Janukovicha; [РИА НОВОСТИ (28.11.2013): Глава Европарламента: Киев может сблизиться с ЕС после ухода Януковича]:

<http://ria.ru/politics/20131128/980461699.html> (Zugriff am 8.11. 2013)

ROBERTSON, Ronald (2002): White, Globality and Modernity; Sage Publications, London

ROZOFF, RICK (February 13 2009): Eastern Partnership: the Wests Final Assault on the former Soviet Union; in: Global Research.

ROSTBALT (27.04.2013): Glacev: Ukraina asociacii s ES navsegda zakruvaet dver v TS [РОСТБАЛТ (27.04.2013): Глазьев: Украина ассоциацией с ЕС навсегда закрывает дверь в Таможенный Союз]:
<http://www.rosbalt.ru/ukraina/2013/04/27/1123413.html> (Zugriff am 22.12. 2013)

ROSAMOND, Ben (2001): Theories of European Integration, Basingstoke; London: Macmillan 2000. In: Dimitris N. Chrysochoou: European Integration, Sage Publications; p. 15-55

SAVONO, Carlo (1995): Geo-Ökonomie - die Domäne der Wirtschaftsraum; Milan

SCHARPF, Fritz (1999): *Governing in Europe. Effective and Democratic?* Oxford: Oxford University Press

SCHLEINSTEIN, Natalija (2006) *Aspekte der EU-Osterweiterung*; in: Cassel [Hrsg.]; *Apolte: Regionale Integration und Osterweiterung der Europäischen Union*; Stuttgart: Lucius & Lucius

SCHWAB, Klaus: *The Global Competitiveness Report 2013–2014*; in: World Economic Forum: http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2013-14.pdf (Zugriff am 1.03. 2014)

SCHWAB, Klaus (2013): *Insight Report: The Global Competitiveness Report 2012–2013*; in: World Economic Forum

SERAKOV, Ivan (2011): *Die Handelsbeziehungen Ukraine-EU*; Kiew Press

SERGULIN, Alexander (18.08.2010): *Ostliche Partnerschaft: Herausforderung die russische Diplomatie in Osteuropa*; *Vestnik*; Die Staatliche Universität Sankt Petersburg; S. 205-210:
<http://www.vestnik.vsu.ru/program/view/view.asp?sec=lingvo&year=2010&num=01&fname=2010-01-48> (Zugriff am 27.11. 2013)

SHISHKOV, Jurij (2006): *Theorie der regionalen Integration: die Erfahrung der Vergangenheit und in die blicken für Zukunft*; Nr. 4; Kiew

SMEDA BUSSINESS GUIDE SERIES (2003): *Import regulations in the European Union*; Policy Planning & Strategy Department

SMITTER, Philippe (2005): *Ernst B. Haas and the Legacy of Neofunctionalism*; Routledge Taylor & Francis Ltd; in: *Journal of European Public Policy*, 2005, Vol.12 (2), P. 246-260

STANISLAV EMINESCU, Lulia (2012): *Structure of government debt; Upward trend in the EU government debt level continued in 2012*; in Eurostat:
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Structure_of_government_debt (Zugriff am 8.02.2013)

STATISTA (2013): *Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Europäischen Union (EU) 2013*: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/> (Zugriff am 22.02.2014)

STRANCHUK, Sacha (12. Oktober 2004): *Die politische Krise in der Ukraine durch die Augen der EU*; in: *Die Zeitung Ukraine*; No. 78

THE ECONOMIST (29.04.2004): *Ever-Expanding Union?*:
<http://www.economist.com/node/2628212> (Zugriff am 22.11. 2013)

THE EUROPEAN COAL AND STEEL COMMUNITY AND ANNEX I-III (18 April 1951); Paris

THE WORLD BANK (2013): Ukraine: World Development Indicators:
<http://data.worldbank.org/country/ukraine> (Zugriff am 16.02.2014)

THE WORLD BANK (2013): Smarter Regulations for Small and Medium-Size Enterprises; 10th edition; Washington, DC.

THE WORLD BANK (2014): Smarter Regulations for Small and Medium-Size Enterprises; 11th edition; Washington, DC.

THÜNEN, Johann (2011): Preisvolatilität auf landwirtschaftlichen Märkten; Federal Research Institute for Rural Areas, Forestry and Fisheries

TINBERGEN, Jan (1954): International Economic Integration; Amsterdam

TÖPFEL, Roland (23.06.2012): Thema Deutsche: Die Euro-Optimisten; in: KURIER:
http://www.nordbayerischer-kurier.de/nachrichten/thema_deutsche_die_euro_optimisten_12297 (Zugriff am 15.02.2014)

UBR (2010): Zypern und Deutschland - die größten Investoren in der Ukraine:
<http://ubr.ua/finances/macroeconomics-ukraine/kipr-i-germaniia--krupneishie-investory-v-ukrainu-78409> (Zugriff am 5.02. 2014)

UKRAINE NACHRICHTEN (18.01.2014): Ökonomische Jahresbilanz der Ukraine:
<http://ukraine-nachrichten.de/thema/statistik/> (Zugriff am 1.03. 2014)

UKRAINISCHES STATISTIKKOMITEE (7.02.2010): Die Investitionen der außenwirtschaftlichen Tätigkeit im Jahr 2009, Express Ausgabe No. 35.

UKRAINISCHES STATISTIKKOMITEE (17.03.2009): Staatliche Außenbeziehungen mit der EU im Jahr 2008; Express Ausgabe No. 59.

UKRAINISCHES STATISTIKKOMITEE (2013): Das Bruttoinlandsprodukt:
http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2005/vvp/vvp_ric/vvp_u.htm (Zugriff am 12.03. 2014)

UKRAINISCHES STATISTIKKOMITEE (14.08.2013): Die Express-Ausgabe: Außenhandel der Ukraine im Jahr 2013; Nr. 140

UKRAINISCHES STATISTIKKOMITEE (2013): Demographie Ukraine
http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/menu/menu_u/ds.htm (Zugriff am 26.01.2014)

UKRAINSKA PRAVDA (21.11.2013): Asarow vidmivuvysya vid ugodu pro asoziaziju z ES; [УКРАЇНСЬКА ПРАВДА (21.11.2013): Азаров відмовівся від угоди про асоціацію з ЕС]:
http://www.pravda.com.ua/news/2013/11/21/7002657/view_print/ (Zugriff am 30.11. 2013)

VASJUTIN, Ivan (2009): Konvergenz mit dem Unionsrecht Rechtssysteme der Beitrittsländer in die EU; Gesetz der Ukraine; No. 9

VERHOVNA RADA OF UKRAINE (24.08.1991): Akt progoloshennya nezalejnosti Ukrainu; [ВЕРХОВНА РАДА УКРАЇНИ (24.08.1991): Акт проголошення незалежності України]:

http://gska2.rada.gov.ua/site/postanova/akt_nz.htm (Zugriff am 17.12. 2013)

VERHOVNA RADA OF UKRAINE (15.04.1994): Ugoda pro zastosuvannya Statti VI Generalnoi ugodu z tarufivta torgivli 1994; [ВЕРХОВНА РАДА УКРАЇНИ (15.04.1994): Угода про застосування Статті VI Генеральної угоди з тарифів та торгівлі 1994]: http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/981_010 (Zugriff am 20.11. 2013)

VERHOVNA RADA OF UKRAINE (10.11.1994): Ugoda pro partnerstvo i spivrobotnuztvo mij Ukrainoju i Evropejskumu Spivtovarustvamu ta ih derjavamu-chlenamu; [ВЕРХОВНА РАДА УКРАЇНИ (10.11.1994): Угода про партнерство і співробітництво між Україною і Європейськими Співтовариствами та їх державами-членами]:

http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/998_012 (Zugriff am 18.11. 2013)

VERHOVNA RADA OF UKRAINE (2.07.2008): Postaniva pro zaprovadzennya v Ukraini prunzupiv evropejskoi hartii dlya maluh pidpruemstv; [ВЕРХОВНА РАДА УКРАЇНИ (2.07.2008): Постанова Про запровадження в Україні принципів Європейської хартії для малих підприємств]: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/587-2008-%D0%BF> (Zugriff am 7.03. 2014)

VERHOVNA RADA OF UKRAINE (10.06.2012): Zakon Ukrainu pro zatverdjennta zagalniderjavnoi programu rozvutku mineralno-surovunnoi bazu Ukrainu na period do 2030 roku; [ВЕРХОВНА РАДА УКРАЇНИ (10.06.2012): Закон України Про затвердження Загальнодержавної програми розвитку мінерально-сировинної бази України на період до 2030 року]: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/3268-17> (Zugriff am 27.01.2014)

VOLKHART, Vincentz (2002): Perspektiven für einen Reformschub in der Wirtschaft; in: GERHARD, Simon: Dieneue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik; Köln

WAZ (25.02.2013): Ukraine will sich nicht auf EU festlegen: <http://www.derwesten.de/politik/ukraine-will-sich-nicht-auf-eu-festlegen-id7657836.html#plx197663495> (Zugriff am 9.10. 2013)

WEHRSCHÜTZ, Christian (1999): Die Ukraine und die Europäische Union (1) eine Beziehung mit erheblicher Frustrationstolerant:

http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/01_ueu_01_ueu.pdf (Zugriff am 11.12. 2014)

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH (2013): Arbeitslosenquoten 2000-2014: <http://wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf>

WORLD INTEGRATE TRADE SOLUTION: (2013): <http://www.wits.worldbank.org> (Zugriff am 7.03. 2014)

ZANDONELLA, Bruno (2009): Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

ZBIDNIEW, Jaworowski (2010): Observations on Chernobyl After 25 Years of Radiophobia; in: 21st Century Science & Technology

ZENTRUM FÜR POLITISCHEN UND RECHTLICHE FORMEN (2013): Die Ukraine, der Zeit zu Wahlen; Kiew

7.2 Graphiken- und Tabellenverzeichnis

Grafik 1: Ausländische Direktinvestitionen in der Ukraine 1996-2013	44
Grafik 2: Ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine von den großen Ländern	46
Grafik 3: Direktinvestitionen aus der Ukraine zwischen 1996-2012 (in Mio. US \$)	46
Grafik 4: Direktinvestitionen aus der Ukraine von den großen Ländern investieren 2011-2012	47
Grafik 5: Export und Import nach Waren und Dienstleistungen	49
Grafik 6: Verteilung der ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine von großen Investitionen Ländern im Jahr 2009 (in%)	53
Grafik 7: Ausländische Direktinvestitionen in die Ukraine aus der EU-Ländern	54
Tabelle 1: Export-Import nach Hauptpartnerländer in 2012 (in%)	50

8 Anhang

8.1 *Abstract Deutsch*

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU auseinander. Die zentrale Fragestellung, die in dieser Arbeit bearbeitet wurde, ist durch die Gegenüberstellung der möglichen positiven und negativen Auswirkungen der Integration der Ukraine in die Europäische Union charakterisiert. Die Untersuchung der Fragestellung erfolgte aus der Sicht der Ukraine auf der einen Seite, und aus der Sicht der Europäischen Union auf der anderen Seite.

In dieser Arbeit findet vor allem die Feststellung der wichtigsten Argumente für die europäische Integration der Ukraine, mit gleichzeitiger Untersuchung der strategischen und taktischen Konsequenzen einer solchen Integration für die Ukraine.

Der Fokus der vorliegenden Arbeit umfasst politische und wirtschaftliche Bereiche und stellt sie gegenüber. Infolge des EU-Beitritts kann die Ukraine größte Vorteile besonders in diesen Bereichen erlangen. Durch die Einbeziehung der Ukraine in die EU, die sich aktiv und erfolgreich, anhand der gesammelten Erfahrungen und Anstrengungen ihrer Mitglieder, sich um zuverlässige kollektive Sicherheit kümmert, die effiziente Nutzung von Ressourcen und Kapazitäten in den wirtschaftlichen und finanziellen Bereich vorsieht und zusätzlich einen einzigartigen Markt und einen starken Energiesektor besitzt kann die Weiterentwicklung und Stärkung der Ukraine auf der nationalen und internationalen Ebene vorangetrieben werden.

Abschließend werden die Interessen der EU an der ukrainischen Integration präsentiert. Gleichzeitig werden die möglichen Risiken für die EU, im Falle der Integration der Ukraine, näher betrachtet.

Schlüsselbegriffe: Ukraine, die Europäische Union, die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Integration, die Wirtschaft, die Politik, Vorteile, Nachteile

8.2 Abstract English

This master thesis deals with the relations between Ukraine and the EU. This thesis answers mainly the question of the possible positive and negative effects of the integration of Ukraine into the European Union. The conducting research occurred from the perspective of the EU, as well as from the side of Ukraine.

This study scrutinizes the most important arguments in favour of the Ukrainian integration to the EU, moreover, the strategical and tactical consequences of the integration will be analysed.

The study focuses on political and economic areas. The research identifies the following benefits of the Ukrainian integration to the EU: the member states experience and efforts of supporting collective security, efficient use of resources and capacities in the financial area, provision of the unique market, and a strong energy sector, the development and strengthening of Ukraine both at the national and international level.

In conclusion, this thesis shows the interests of the EU towards the Ukrainian integration, so as the associated possible risks for the EU, in the case of integration of Ukraine.

Key words: Ukraine, European Union, European Neighbourhood Policy, integration, economy, politics, advantages, disadvantages

8.3 Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbständig angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche in nachprüfbarer Weise kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer andern Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Tetyana Antonishena

Wien, Mai

2014

8.4 Curriculum Vitae

Persönliche Daten:

Name: Tetyana ANTONISHENA
Geburtsdaten: 29.05.1987
Nationalität: Ukraine

Schulausbildung:

1994 - 2004 Chmelnyzkyj National Gymnasium (Matura mit ausgezeichnetem Abschluss)

Studium:

2004-2010 Student an der Haupt Uni Chmelnyzkyj;
Fachgebiet: Internationale Beziehungen (Magisterstudium)
Vertiefung: Internationale Wirtschaftsbeziehungen
Abschluss: Magister der Internationalen Wirtschaftsbeziehungen

2010- laufend Student an der Universität Wien, Fakultät der Politikwissenschaften
Fachgebiet: Politikwissenschaft (Masterstudium)
Vertiefung: Internationale Politik und Entwicklung, Osteuropastudien

2010 STUDIENREISE nach New York und Washington DC –
Vorträge im Hauptquartier der Vereinten Nationen, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds

Berufserfahrung:

09/2009-02/2010 R-Quadrat Immobilien GmbH, Konsultantin in MOEL Marketing Angelegenheiten (Analyse von Kennzahlen, Immobilienmarktanalyse und Landwirtschaftsforschung)

02/2010-01/2014 MAGNAT Real Estate GmbH, weisungsfreie Beraterin in GUS Ländern (Entwicklung von Kooperationskonzepten, Markt- und Wettbewerbsanalysen, Observierung und Analyse von Markttrends und Preisen)

Sprachenkenntnisse

Muttersprache Russisch, Ukrainisch

Andere Sprachen Englisch - Fließend
Deutsch - Gute Kenntnisse